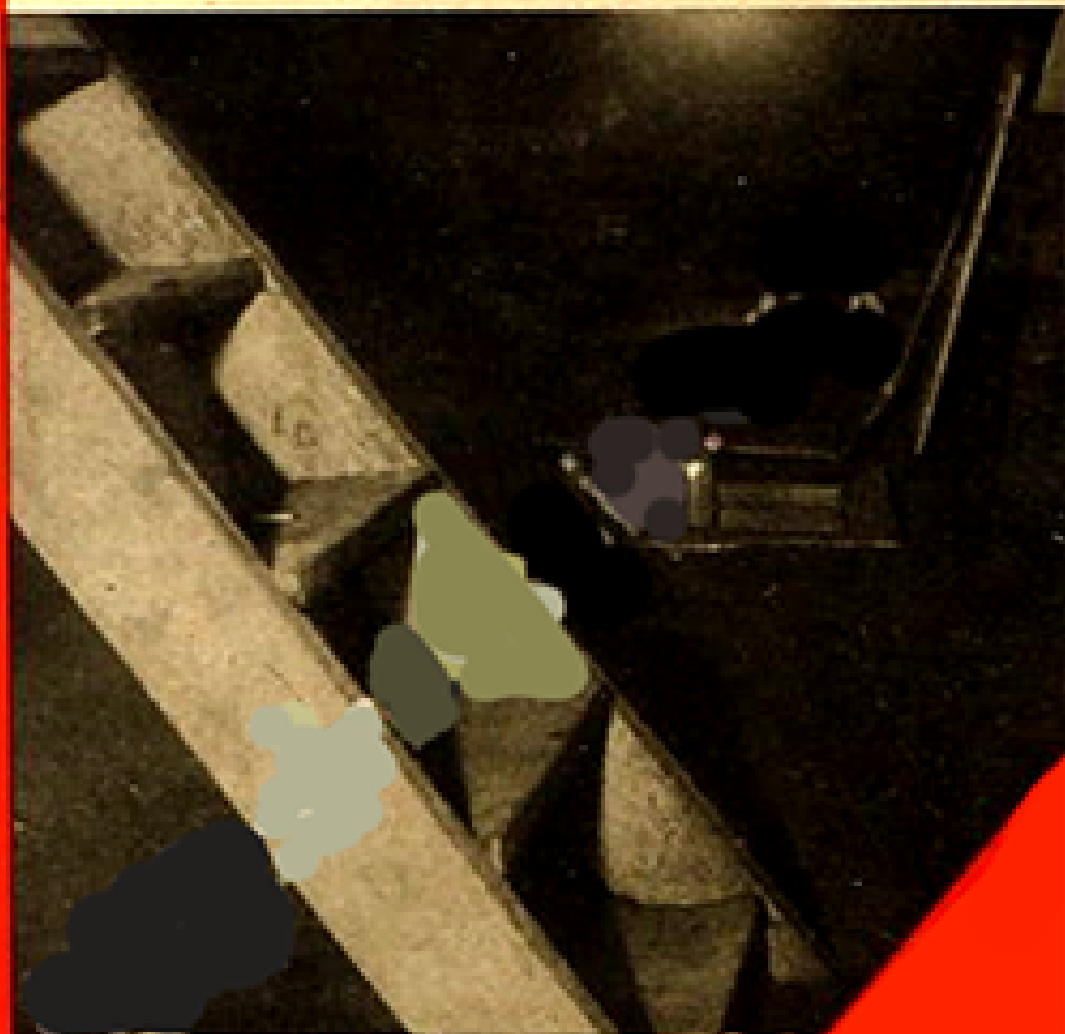


# 1

## AUS DER WERKSTATT DER REVOLUTION



M. KEDROW

# GEHEIM- DRUCKEREIEN



1931  
Verlag  
Carl May Nachf.  
Hamburg / Berlin

Herausgegeben von der Gesellschaft alter Bolschewiki

54

**AUS DER WERKSTATT DER REVOLUTION**

**BAND 1**

**M. KEDROW**

# **GEHEIM- DRUCKEREIEN**

**Herausgegeben von der  
Gesellschaft alter Bolschewiki**



---

**VERLAG CARL HOYM NACHFOLGER  
HAMBURG / BERLIN**



5405

---

Alle Rechte, insbesondere die des Nachdruckes und der Radioverbreitung, vorbehalten.  
Copyright 1931 by CARL HOYM NACHFOLGER Louis Cahabley, Hamburg-  
Berlin NW 6. Für den Inhalt verantwortlich A. Creutzburg, Berlin. Druck Neudrag, Leipzig.

---

## Wie die „Produktionsmittel“ und „Werkzeuge“ für Geheimdruckereien beschafft wurden

„Die Organisation von Geheimdruckereien“ — so könnte man eine der interessantesten Blätter aus der Geschichte der russischen revolutionären Bewegung überschreiben. Seit den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts (der erste Versuch, eine Geheimdruckerei einzurichten, wurde 1861 in Moskau unternommen) haben die revolutionären Narodniki-Gruppen und dann seit dem Ausgang der achtziger Jahre die sozialdemokratischen Organisationen eine Reihe von unterirdischen Druckereien geschaffen, in denen Aufrufe, Flugblätter, Broschüren und Parteizeitungen gedruckt wurden. Angesichts der Spionage und des erbarmungslosen Terrors der Gendarmen — nicht selten verfielen die verhafteten Revolutionäre der Todesstrafe — eine Druckerei zu organisieren, war ein außerordentlich schweres Werk, das große Selbstaufopferung, Kühnheit und Erfindungsgabe erforderte.

Die Ueberwindung aller dieser Hindernisse schuf indessen einen eisernen Fonds von revolutionärer Erfahrung in der Organisation der illegalen Presse. In der ersten russischen Revolution von 1905 verfügte die Arbeiterklasse in ihrer proletarischen Klassenpresse bereits über eine scharf geschliffene Waffe, die in den Schlupfwinkeln der illegalen und halblegalen Druckereien geschmiedet war.

Wie wurden nun diese unterirdischen Schmieden des gedruckten Wortes geschaffen?

Eine der Hauptschwierigkeiten bestand in der Beschaffung der „Produktionswerkzeuge“. Am allerwenigsten Schwierigkeiten bereitete die Beschaffung von Papier. Man konnte es z. B. riesenweise ohne Gefahr in jedem beliebigen Papiergeschäft kaufen. Wenn jedoch eine größere Menge von Papier erforderlich war, so geschah der Ankauf durch irgendeinen Druckereibesitzer oder irgendeine andere geeignete Persönlichkeit, die mit den Revolutionären sympathisierte oder an dem Geschäft materiell interessiert war. Ebenso gefahrlos konnte man — besonders gegenbar — ein beliebiges Quantum Papier auf Grund eines gefälschten Dokumentes, z. B. des Auftrags einer Provinzfirma, erwerben. Wenn irgendeine besondere Papiersorte erforderlich war, wie z. B. für die illegale Druckerei von Baku, die die „Iskra“ (die im Ausland erschien) abdruckte und dünnes Zigarettenpapier benötigte, das in Rußland nicht hergestellt wurde, so gab es auch hier Mittel und Wege, dies Papier aus dem Auslande zu besorgen, und zwar durch leitende Angestellte von großen Firmen, die in geschäftlichen Beziehungen zu dem Auslande standen.

5500

Manche Gegenstände wurden bei bekannten Tischlern oder Handwerkern bestellt, und zwar in einzelnen Teilen. So wurden z. B. gewöhnliche flache Kästen der erforderlichen Größe in einer Werkstatt bestellt, während in einer anderen eine Reihe von dünnen Leisten verschiedener Länge besorgt wurden, die dann an Ort und Stelle in die Setzkästen eingeklebt oder eingenagelt wurden. Auf ähnlichem Wege wurde gewöhnlich der Werkstisch und die Setzplatte und das sonstige Zubehör einer Geheimdruckerei hergestellt.

Es bereitete auch keine Schwierigkeiten, die Druckfarbe zu besorgen, um so mehr, als nicht viel von ihr benötigt wurde. Man konnte sie auch leicht selbst herstellen. Man nahm 10 Pfund dickflüssigen Firnis und 3—3½ Pfund gewöhnlichen Ruß, die dann sorgfältig gemischt und angerieben wurden.

Die größten Schwierigkeiten bereitete die Beschaffung der Schrift. Sie wurde gewöhnlich auf folgendem Wege besorgt: Setzer, die Mitglieder der sozialdemokratischen Partei waren oder mit ihr sympathisierten, ließen die Schrift aus den Druckereien, in denen sie arbeiteten, mitgehen und übergaben sie der Parteiorganisation. Diese Manipulation war mit großem Risiko verknüpft, da die Ochrana fast in jeder Druckerei ihre Agenten hatte, die genau aufpaßten und über jeden Vorfall und über jede Person, die durch ihr Benehmen auch nur den leisesten Verdacht erregte, Bericht erstattete. Man mußte die Schrift nicht in einzelnen Lettern aus dem Setzkasten nehmen, sondern in ganzen Kolumnen oder zumindest Zeilen, da dann diese Schrift sofort verwendet werden konnte; sonst geschah es, daß einzelne Buchstaben haufenweise vorhanden waren, während andere überhaupt fehlten, was die Arbeit erschwerte. Es gelang auch selten, einen kompletten Satz einer Schriftsorte zu besorgen, gewöhnlich zeichneten sich die Erzeugnisse der Geheimdruckereien durch geradezu erstaunliche Mannigfaltigkeit der Schriftsorten aus.

Seltener wurde die Schrift in Druckereien und Schriftgießereien gekauft. Und zwar benötigte man aus dem Grunde, weil der An- und Verkauf von Schrift ziemlich scharf kontrolliert wurde, eine besondere Erlaubnis für den Kauf, außerdem spielten auch finanzielle Erwägungen hier eine nicht geringe Rolle, da die Schrift sehr viel kostete, die Mehrzahl der Parteiorganisationen aber häufig nicht einmal genügend Mittel für die allerwichtigste Parteiarbeit besaß.

Die Druckmaschinen, die in den großen illegalen Druckereien benötigt wurden, wurden in der Regel durch Vermittlung von Druckereibesitzern oder auf Grund von gefälschten Dokumenten gekauft; es sind auch Fälle bekannt, in denen Maschinen aus dem

4 Auslande bezogen wurden. Hier mußte man sehr aufpassen, da

Der Druckereibesitzer stieß sehr wohl seiner vortheilhaften Lage gegenüber den Revolutionären bewußt war, die ihn ja nicht vor den Kadi zitieren konnten, und bestrebt war, mit allen Mitteln sich fremdes Gut anzueignen und seinen eigenartigen Kunden übers Ohr zu hauen.

### A. Jenukidse erzählt

in seinen Erinnerungen davon, wie zwei Druckmaschinen für die große illegale Druckerei in Baku beschafft wurden, und zwar eine im Jahre 1900 und die andere im Jahre 1903:

„Für den Ankauf einer Druckmaschine war damals eine Erlaubnis des Gouverneurs erforderlich. Kezchoveli (der Organisator der Geheimdruckerei) fuhr nach Tiflis, brachte bei bekannten Druckereibesitzern in Erfahrung, wie ein solcher Erlaubnisschein aussah und kopierte ihn. Es wurde ein Stempel Swetschins, des Gouverneurs von Baku, bestellt und ein Schriftstück mit der Unterschrift des Gouverneurs besorgt. Das alles geschah in Tiflis, und Kezchoveli, der unter dem Namen eines David Josifowitsch Demetraschwili lebte, stellte sich auf diesen Namen einen Erlaubnisschein mit der Unterschrift des Gouverneurs Swetschin her, auf Grund dessen er das Recht besaß, in irgendeiner beliebigen Stadt im Kaukasus eine Druckerei einzurichten. So gelang es ihm, sich in Baku bald mit Promischlanski, dem Besitzer einer Druckerei, über den Ankauf einer alten Maschine (Schreibbogenformat) zu verständigen. Man war sich handelseinig geworden, indessen scheiterte das Geschäft an dem chronischen Geldmangel, an dem damals alle unteren Organisationen litten.

Immerhin gelang es durch Sammlungen und Selbstbesteuerung der Parteigenossen, die ohnehin nur kargen Lohn erhielten, die gesamte Summe zu beschaffen.“

Die Beschaffung der anderen Druckmaschine im Jahre 1903, von der A. Jenukidse erzählt, war mit großen Schwierigkeiten und einem eigenartigen Abenteuer verknüpft: der Eigentümer der Maschine mußte sein Eigentum stehlen.

„Der Ankauf der neuen Maschine wurde Semjon (Jenukidse) übertragen, der hierzu den Besitzer einer kleinen legalen Druckerei in Baku, einen gewissen Owanesians in Firma „Aror“ heranzog. Semjon, der einen Paß auf den Namen G. M. Leshava hatte, lebte legal und verkehrte in Industriekreisen, unter denen er sich für einen Angestellten der Gesellschaft „Elektrische Kraft“ ausgab, bei der Krassin einer der Direktoren war. Semjon teilte Owanesians mit, daß er beauftragt sei, für besagte Gesellschaft eine Druckerei zu organisieren . . ., aus welchem Grunde er mit Owanesians ein Geschäft einging, das den Ankauf der Maschine im Auslande und die Bestellung der Schrift und sonstiger Mate-

rialien bei Lehmann in Petersburg bezweckte. Für eine gewisse Provision erklärte sich der Besitzer der ‚Aror‘ hierzu bereit. Nach dem Preiskurant der Augsburger Maschinenfabrik wurde eine Maschine ausgewählt und für 2100 Rubel in Leipzig gekauft. Es war eine ganz neue Maschine von der Art der flachen Schnelldruckmaschinen des ‚Iskra‘-Formates oder eines doppelten Druckbogens. Ihre durchschnittliche Stundenleistung waren über 1200 Abzüge. Als die Maschine in Baku eintraf, gingen dem Besitzer der ‚Aror‘ die Augen über und er beschloß sofort in seiner Geschäftstüchtigkeit, seine ziemlich in Verfall geratene Druckerei instand zu setzen und Semjon eine seiner alten Maschinen zu unterschieben. Als also Semjon zu ihm kam, um die Maschine abzuholen, erklärte er ihm:

‚Wenn du willst, so nimm die alte Maschine, die neue gebe ich dir nicht.‘

Als Semjon die Hartnäckigkeit und die Entschlossenheit des kleinen Besitzers sah, fing er nicht an, mit ihm zu streiten, sondern sagte ihm nur, er würde es sich überlegen und ihm in zwei Tagen endgültigen Bescheid bringen.

Es war ganz klar, daß es nicht gelingen würde, den Besitzer der Druckerei ‚Aror‘ umzustimmen. Die Maschine war an seine Firma adressiert und seine Begierde, seine alte Druckerei instand zu setzen, war ungeheuer groß. Die Maschine war in drei große Kisten verpackt, die in einem Schuppen an einer breiten, nachts gänzlich unbelebten Gasse unweit der Telephonstraße, aber fern von der Druckerei ‚Aror‘ lagerten. Semjon entschloß sich zu einem gewagten Schritt.

Eine konspirative Wohnung für die neue Druckerei war bereits ausfindig gemacht, so verübte er also nachts mit Genossen einen Einbruch in den Schuppen, in dem die neue Maschine stand und brachte sie in die Parallelstraße Nr. 11, wo sich unsere illegale Hauptdruckerei bis zu ihrem Aufliegen im Januar 1906 befand. Bei dem Einbruch in den Lagerraum und dem Verladen der Kisten gingen unsere Genossen mit Semjon an der Spitze so kühn und entschlossen vor, daß es dem in nächster Nähe auf Posten stehenden Polizisten durchaus nicht in den Kopf kommen konnte, daß hier nicht die wirklichen Eigentümer des Gutes am Werke waren. Beim Verladen einer besonders schweren Kiste rief einer der Genossen, wenn ich nicht irre Iwan Sturua, dem Schutzmann zu: ‚Pack mit an, Landsmann‘ — was dieser auch gern tat.

Als der Druckereibesitzer von dem Raub der Maschine erfuhr, geriet er in wilde Wut und drohte Semjon totzuschlagen. Als man ihm mit gleicher Drohung antwortete, zog er es vor, sich mit  
6 seinem Schicksal abzufinden.“



## Kampf um geeignete Räumlichkeiten

Die Frage der Räumlichkeiten spielte bei der Organisierung von Geheimdruckereien die größte Rolle. Häufig flogen die Druckereien deswegen auf, weil die Wohnungen, in denen sie sich befanden, nicht allen Anforderungen der Konspiration genügten.

### In der Provinz, in kleinen Städten

wurden die Druckereien gewöhnlich in kleinen Häusern, in Hütten, die nur einen Raum hatten, oder in kleinen Wohnhäusern, die irgendwo an der Stadtgrenze oder in einem Arbeiterviertel lagen, eingerichtet. Gut war es, wenn das Häuschen in einem Garten lag oder von einem Zaun umgeben war und von der Straße aus die völlig verhängten Fenster oder die geschlossenen Fensterläden nicht so sehr ins Auge fielen. Daß das Haus in einiger Entfernung von der Straße lag, war auch aus dem Grunde gut, weil dann in der nächtlichen Stille das Geräusch des Hin- und Herrollens der Druckwalze nicht so sehr zu hören war. Da in ein solches Haus tagsüber immer ein Fremder kommen konnte, so wurde gewöhnlich die ganze Arbeit in der Nacht ausgeführt, während die Drucker am Tage schliefen. Solche Druckereien waren gewöhnlich nicht sehr leistungsfähig, das „Rohmaterial“ für den Druck sowie die fertige Produktion wurde von den Genossen am Körper unter der Kleidung verborgen mitgenommen. Die primitive Einrichtung wurde nach der Arbeit auf dem Boden, hinter dem Ofen, in der Rumpelkammer oder in dem Holzschuppen versteckt.

Die zurückgezogene Lebensweise der Bewohner des Häuschens erregte das Interesse der Nachbarn, die zu den spießbürgerlichen Kreisen zählten: Es wurden alle möglichen Vermutungen angestellt und alle möglichen Schwätzereien waren im Umlauf. Die Neugierde der alten Tanten trieb sie dazu, ihre Nase überall hineinzustecken, herumzuschnüffeln und herumzuhorchen. Bald erschien dann auch die Polizei, und so fand die kurzfristige Existenz der Druckerei ihren Abschluß, wenn sie nicht rechtzeitig an einen anderen Ort gebracht wurde. Manche Druckereien führten ein reines Nomadenleben und wanderten von einem Platz zum andern. Die durchschnittliche Lebensdauer einer illegalen Druckerei betrug ungefähr sechs Monate.

### In den Hauptstädten und großen Industriezentren

wurden die Druckereien auch in stark bevölkerten Vierteln, in Häusern mit zahlreichen Wohnungen eingerichtet. Man wählte dabei gewöhnlich Häuser mit Durchgangshöfen und Wohnungen mit zwei Eingängen, einem für die Herrschaften und einem für die Dienstboten.

Solche Wohnungen hatten den Vorteil, daß man sie zu jeder beliebigen Zeit aufsuchen und verlassen konnte, ohne Aufsehen zu erregen und ungehindert den „Rohstoff“ und das fertige „Fabrikat“ ein- und austragen konnte. In solchen Wohnungen konnte mit primitiven maschinellen Einrichtungen gearbeitet werden, viel gefährlicher aber war es, mit einer größeren Maschine, wie z. B. einer Bostonschen oder amerikanischen Maschine zu arbeiten. Wenn es auch schließlich mit Hilfe von diesen oder jenen Spitzfindigkeiten gelang, das Geräusch, das diese Maschinen bei der Arbeit verursachten, irgendwie zu dämpfen — gewöhnlich wurde am Tage gearbeitet —, so war es doch außerordentlich schwierig, sie vollständig vor fremden Augen verborgen zu halten. Ziemlich häufig wurden solche Wohnungen von ungebeten Gästen aufgesucht — zwecks Kontrolle der Heizung, der Wasserleitung, der elektrischen Beleuchtung usw. Manchmal kamen Techniker von der Stadtverwaltung zwecks Vermessung des Wohnraumes, die dann in allen Ecken und Winkeln herumkrochen, und nicht selten erschienen unter ihrer Maske Ochрана-Agenten, um sich einmal die Wohnungen, die auch nur irgendwie Verdacht erregt hatten, anzuschauen.

Kurz gesagt, die Einrichtung von illegalen Druckereien in den üblichen Wohnräumen, sei es nun in kleinen alleinstehenden Häusern oder im Hochpaterre von großen Häusern oder in ihrem Kellergeschoß, konnte nicht als genügend konspirativ gelten und genügend Schutz gegen die Gefahr des Auffliegens bieten.

Wenn die betreffenden Räumlichkeiten ihren Zweck erfüllen sollten, mußten sie aus zwei Teilen bestehen: erstens aus dem, der als Wohnung zu gelten hatte und Zimmer, Küche, Korridor usw. umfaßte, und zweitens aus zusätzlichen Räumlichkeiten, die in den Mietverträgen entweder überhaupt nicht erwähnt werden oder als Nebenräume verzeichnet sind. Hierzu gehören Rumpelkammern, Kellerräume usw. In dem ersten Teil der Wohnung, in der Wohnung selbst, wurde die legale, für die Außenwelt zugängliche Hälfte des Unternehmens eingerichtet, der zweite Teil der Wohnung wurde für die Druckerei eingerichtet und von der legalen Hälfte so gut wie möglich isoliert. Wenn also Wohnungen gemietet wurden, schenkte man nicht so sehr dem Wohnraum, d. h. der „Oberfläche“, als dem Schoß der Erde, der Unterwelt, Beachtung.

Mit welcher erstaunlichen Kunstfertigkeit die Räumlichkeiten für Geheimdruckereien eingerichtet wurden, zeigt die Geschichte von zwei bolschewistischen Druckereien, von denen die eine sich

## **Die Moskauer Druckerei,**

die im Jahre 1905 im Hause Lessnaja uliza Nr. 5 in der Nähe des Butyrki-Gefängnisses eingerichtet war, befand sich im Erdgeschoß eines dreistöckigen Hauses in den Räumlichkeiten eines Ladens mit dem Aushängeschild: „Handel mit getrockneten orientalischen Früchten.“

Von der Lessnaja uliza aus war nichts Besonderes an diesem Laden zu entdecken, der wie jeder andere Laden in dieser Gegend ausschaute. Ein Ladentisch, Regale mit Mustern von orientalischen Waren, Schubladen und sonstige Dekorationen. An den Laden schloß sich eine kleine Wohnung der „Besitzer“ — ein Zimmer und eine Küche — an.

Hinter dem Ladentisch befand sich eine Luke, von der aus eine Treppe in den Keller führte, der zusammen mit dem Laden vermietet wurde und zur Aufbewahrung von Waren und Emballage diente.

Einer der Funktionäre dieser Druckerei, G. Sturus, beschreibt die Einrichtung der illegalen Hälfte der Wohnung folgendermaßen:

„Nach dem Plan Jenukidses (Semjons) mußte im Keller ein Schacht gegraben werden, von dem aus ein Tunnel seitwärts zu einem Raum führte, in dem die Druckerei eingerichtet werden konnte. Um jeden Verdacht zu vermeiden, schlugen wir dem Hausbesitzer selbst vor, den Schacht im Keller zu graben, wobei wir ihm erklärten, daß das zur Trockenlegung des Kellergeschosses erforderlich sei. Er erklärte sich mit unseren Vorschlägen einverstanden und grub einen tiefen Schacht, während wir die ganze Erde, die ausgeschachtet wurde, im Keller einstampften. Nachdem dies ausgeführt war, begaben wir uns an die sehr heikle Arbeit der Ausschachtung des Tunnels ... Wir schachteten einen Brunnen von einem Meter Tiefe aus und begannen dann, den Tunnel seitwärts zu bauen.

Zuerst ging die Arbeit ziemlich glatt vonstatten, jedoch nur so lange, wie wir nicht zu dem massiven Fundament des Hauses gelangten. Inzwischen häufte sich soviel Erde an, daß der ganze Keller voll war. Andererseits konnten wir sie nicht auf die Straße oder auf den Hof bringen, da wir sonst Aufsehen erregt hätten. Wir beschlossen also, die Erde in Kisten und Fässer zu verpacken und nach verschiedenen Städten Rußlands ‚postlagernd‘ zu schicken, was unserem Kontor gleichzeitig den Anschein einer gewissen Geschäftigkeit verlieh ...

Als wir an die massive Grundmauer gelangt waren, erwies es sich, daß sie eine Elle dick und so fest zementiert war, daß wir uns zwei Wochen lang vergeblich mit ihr abmühten. Wir wandten uns daher an Genossen Krassin mit der Bitte, uns behilflich zu



5820  
sein. Er schickte uns eine chemische Flüssigkeit (ich weiß jetzt nicht mehr, was es war), wir bestrichen das Fundament mit dieser Flüssigkeit und konnten uns dann im Laufe von drei bis vier Stunden unseren Weg bahnen\*. Als wir unter der Küche angelangt waren, begannen wir den Raum auszuschachten, in dem wir die Druckerei einzurichten beabsichtigten. Der Tunnel hatte eine Länge von ungefähr 14 Fuß. Der Raum, in dem wir die Druckerei einrichteten, war ungefähr 10 Fuß breit und etwas mehr als 7 Fuß hoch (die genauen Maße waren: 5<sup>2</sup>/<sub>1</sub> Fuß Länge, 14<sup>2</sup>/<sub>1</sub> Fuß Breite und 7 Fuß Höhe). Wir stellten dort eine amerikanische Maschine auf und richteten in der Wand ein Regal für die Setzkasten ein. Wenn wir einen Kasten benötigten, nahmen wir ihn von dort, stellten ihn schräg auf und setzten. Es konnten nur drei bis vier Personen arbeiten: zwei als Setzer und einer als Drucker."

Aus diesen Zitaten ist ersichtlich, daß die Druckereiabteilung sich vollständig außerhalb der legalen Hälfte der Wohnung befand und in der Unterwelt, unter dem Fußboden, eingerichtet war, weshalb auch die Druckerei im wahren Sinne des Wortes als u n t e r i r d i s c h bezeichnet werden kann.

„Der Tunnel, der in diese Druckerei führte, und der viereckige Eingang zu ihm, waren so eng, daß man nur auf dem Bauch liegend durch sie hindurchkriechen konnte. Nachdem unsere Drucker in die Druckerei gekrochen waren, wurde der viereckige Eingang durch eine Türe aus zwei Reihen von Brettern, zwischen denen Erde lag, geschlossen, damit bei einem eventuellen Abklopfen nichts Verdächtiges festgestellt würde."

„Der Eingang in den Tunnel und in den Raum, in dem wir arbeiteten", schreibt G. Sturua, „war so konspirativ eingerichtet, daß es bei einer Haussuchung niemals gelungen wäre, die Druckerei zu entdecken. Wir luden einen Vertreter des ZK ein und sagten ihm: ‚In diesem Keller befindet sich die Druckerei, versuchen Sie einmal, sie zu finden.‘ Er schaute sich im Keller um, sah, daß dort alle möglichen Kisten, Fässer und Säcke herumlagen und fand nicht die geringsten Spuren einer Druckerei. Er begann darauf die Wände abzuklopfen, in den Brunnen zu schauen, kroch in den Brunnen, klopfte hier die

\* Es handelt sich offenbar um Essigsäure, die auch W. M. Salesbski in seinen Memoiren erwähnt:

„Durch Vermittlung der Frau eines Genossen, der mit mir zusammen im Gefängnis saß, gelang es mir, einige Fläschchen mit Essigsäure zu erhalten. Wir benötigten die Essigsäure, weil wir mit Hilfe von ihr bequemer die Wand durchbrechen konnten: die Essigsäure zerfrißt den Zement, der zur Herstellung des Mörtels verwandt wird; wenn der Mörtel, der zwischen den Ziegelsteinen liegt, mit Essigsäure bestrichen wird, so zerbröckelt er sehr leicht und kann leicht mit dem bloßen Finger ausgekratzt werden, auch die Ziegelsteine fangen bald an zu zerbröckeln."

56

Wände ab und konnte doch nichts finden ... Schließlich mußte er sich für geschlagen erklären und zugeben, daß alle seine Mühe vergeblich war."

### Die Druckerei in Baku

war analog eingerichtet, und war sie von ein und demselben Genossen organisiert (Jenukidse). Krassin hat uns über den Betrieb eine kurze Beschreibung hinterlassen.

„Obwohl die Druckerei vergrößert war, befriedigte sie den Genossen Semjon nicht, da sie mit alten, abgenützten Maschinen ausgerüstet war. Er schlug daher vor, eine neue Schnellpresse bei der Augsburger Maschinenfabrik zu bestellen, was ihm auch dank der ihm eigenen Hartnäckigkeit bald gelang. Wir beschlossen, für diese Maschine einen neuen Raum ausfindig zu machen und den ganzen Druckereibetrieb so zu organisieren, daß wir niemals zu befürchten brauchten, aufzufliegen. Der Raum, in dem diese Maschine aufgestellt war und arbeitete, war durch einen unterirdischen Gang mit dem Hause verbunden, in dem die Setzer und Drucker wohnten. Dieser Gang wurde durch eine massive Falltür verschlossen, die niemand zu öffnen vermochte, der nicht unseren Trick kannte. Die Druckerei hatte eine Spirituslampe und war nach allen Seiten hin verschlossen. Sie befand sich in einem ziemlich umfangreichen Bau, neben dem sich Remisen, Pferdeställe und Speicher für Hafer, Gerste und sonstiges Viehfutter befanden. Nur dann, wenn man eine genaue Vermessung des Gebäudes vorgenommen hätte, das auf dem Nachbargrund stand, hätte man feststellen können, daß da irgendwo in der Mitte ein leerer Raum ist, zu dem jedoch aus den anderen Teilen des Gebäudes kein Zutritt führte. Hier befand sich unsere Druckerei, die durch einen geheimen Gang mit einem anderen Hause auf dem Nachbargrundstück verbunden war, in dem A. S. Jenukidse und die anderen Genossen wohnten. Die Polizei von Baku und die Gendarmen waren natürlich nicht intelligent genug, eine solche Druckerei ausfindig zu machen und wenn auch das ganze Personal der Druckerei aufgefliegen wäre, wäre sie selbst nicht verloren gewesen, und wir hätten nur von neuem das Haus zu mieten brauchen, in dem A. S. Jenukidse wohnte und von dem aus der geheime Gang in das Innere des Gebäudes führte, in dem sich die Ställe und Speicher befanden. Das letztere gehörte einem Tataren, einem Fuhrmann, der mit Semjon befreundet war und nie die Druckerei verraten hätte."

Dank der vorzüglichen Einrichtung sowie auch dank der glänzenden Organisation der Arbeit in beiden genannten Druckereien arbeiteten sie wirklich ungeachtet der großen Auflage der Zeitungen und Drucksachen, die sie herstellten, ohne Störung und 11

ohne auch nur den geringsten Verdacht der Polizei und der Gendarmen zu erregen. Während der russischen Revolution von 1905 wurde in der Periode der „Freiheiten“, die bekanntlich nur kurze Zeit dauerten, die Druckerei in Baku auf einen Beschluß des ZK hin liquidiert. A. S. Jenukidse erinnert sich daran, daß Lenin sich dagegen wandte und „die Genossen verlachte, die sich — wie er sich ausdrückte — Illusionen über die Oktober-„Freiheit“ hingaben und sich einbildeten, daß die Pressefreiheit auf jeden Fall so weit gewährleistet sei, daß es nicht mehr nötig sei, Leute unter der Erde einzumauern“.

Bei der Wahl der Räumlichkeiten galt es nicht nur, alle Für und Wider zu erwägen, die diesen Raum unmittelbar für eine illegale Druckerei geeignet machten, sondern auch auf die ganze Umgebung, auf den Standpunkt des Gebäudes usw. achtzugeben. Ob sich der betreffende Raum im Hofe befindet, nach der Straße zu gelegen ist, ob sich im Hofe viele Wohnungen befinden und er infolgedessen einen lebhaften Verkehr aufweist, welchen Bevölkerungsschichten die Bewohner des Hauses angehören, ob das Haus von verschiedenen Seiten aus zugänglich ist, ob seine Tore zu irgendeiner bestimmten Zeit verschlossen werden — alle diese Fragen hatten große Bedeutung. Im allgemeinen kann man sagen, daß Stadtviertel mit lebhaftem Verkehr und dichtbevölkerte Häuser die Verbindung der illegalen Druckerei mit der Außenwelt erleichterten, daß sie es jedoch gleichzeitig für die Polizei leichter machten, eine Beobachtung zu organisieren und es uns erschwerten, eine eventuelle Bespitzelung zu bemerken.

O. Pjatnitzki, der im Jahre 1906 die illegale Druckerei im Jurassow-Hause am Roshdestwenski-Boulevard revidierte, beschreibt sie in einem Artikel, der den Geheimdruckereien, die es in Moskau in den Jahren 1904—1910 gab, gewidmet ist, folgendermaßen: „Obwohl auf der einen Seite — bemerkt er — die ziemlich belebte Sretenka-Straße lag, befand sich auf der gegenüberliegenden Seite der Straße ein Haus, aus dessen Fenstern man alles verfolgen konnte, was in dem Laden vor sich ging, schräg gegenüber aber erstreckte sich der Boulevard, von dem aus man unbemerkt den Laden bespitzeln konnte. Zu alledem war gerade bei dem Laden ein Schutzmann postiert.“

### Arbeit in der „Unterwelt“

Von ausschlaggebender Bedeutung war die innere Einrichtung des Druckereiraumes. Gearbeitet wurde unter den schweren Bedingungen einer wirklichen „Unterwelt“. Die Druckereien befanden sich häufig, wie wir bereits gesehen haben, unter der Erde. Es entstanden Schwierigkeiten bei der Ventilation und Beleuchtung. Der Mangel an frischer Luft und das schlechte

62

Beleuchtungssystem hatten ganz besonders schädliche Folgen für die Gesundheit der Drucker. Bei den oberhalb des Erdbodens befindlichen Druckereien kamen diese Fragen in Fortfall. Für die Ventilation standen die Fenster und die Rauchfänge der Oefen zur Verfügung. Schließlich sind ja auch die Wände porös, und was die Beleuchtung anbelangt, so gibt es hier keine besonderen Schwierigkeiten. Ganz anders war es um die Arbeit in den Druckereien bestellt, die sich unter der Erde in einem feuchten Raum befanden, der von jeder Luftzufuhr abgesperrt war. Bessere Beleuchtung aber bedeutete unter solchen Bedingungen, daß die Luft noch rascher stickig wurde.

Die Druckerei von Baku hatte, wie oben erwähnt, eine Spirituslampe, während es in der Moskauer Druckerei um die Beleuchtung schlechter bestellt war. „Bei uns brannten ständig zwei Kerzen — schreibt G. Sturua —, weil es ganz unmöglich war, eine Petroleumlampe zu benutzen und es gefährlich gewesen wäre, eine elektrische Beleuchtung einzurichten, da man im Falle einer Haussuchung befürchten mußte, daß die Leitungsdrähte die Polizei auf die richtige Spur gebracht hätten.“

Die Revolutionäre nahmen von dem Gebrauch einer Lampe Abstand, da sie die ohnehin außerordentlich beschränkten Sauerstoffmengen, die in dem Druckerraum vorhanden waren, schnell verzehrte und somit die Drucker leicht dem Erstickungstode ausliefern konnte. Sogar die Druckerei von Baku, der ein bedeutend größerer Raum zur Verfügung stand, war genötigt, eine künstliche Ventilation einzurichten.

„Im Sommer 1904 — schreibt A. S. Jenukidse — waren wir genötigt, in der Decke eine kleine Oeffnung einzurichten, auf die wir einen kleinen Holzturm setzten, während wir unten eine Klappe anbrachten. Auf den flachen Dächern der mohammedanischen Häuser findet man häufig solche Einrichtungen, so daß auch wir in diesem Falle nicht zu befürchten hatten, mit unserem Ventilationsschacht irgendwelches Aufsehen zu erregen.“

Schwieriger war es um die Ventilation in den Fällen bestellt, in denen wir nicht zu solchen einfachen Konstruktionen greifen konnten. Dann mußten wir zu einer chemischen Luftreinigung unsere Zuflucht nehmen, d. h. versuchen, mit Hilfe von verschiedenen Chemikalien die kohlensauren Gase zu absorbieren.“

Wie verhängnisvoll sich die Arbeit unter solchen Bedingungen auf die Gesundheit der Revolutionäre auswirkte, kann man an dem Beispiele G. Sturuas sehen, der nach einem Jahre Arbeit in der Moskauer Druckerei an Kehlkopf- und Lymphgefäßtuberkulose erkrankte, von der er sich sieben bis acht Jahre hindurch kurieren mußte.



## genaue Berechnung und unvermeidliche Schnitzer

Zweckmäßige Einrichtung und Ausrüstung eines unterirdischen Raumes allein boten noch nicht genügend Garantien für eine ungestörte Arbeit. Es war noch die höchst wichtige Aufgabe zu lösen: Wie schafft man eine legale Deckung, wie verleiht man dem anderen Teil der Wohnung ein möglichst harmloses Aussehen.

Im Laufe einer zehnjährigen revolutionären Praxis bewährten sich allmählich eine Reihe einfacher Methoden, die eine Isolierung der Druckerei selbst gewährleisteten. Es stellte sich heraus, daß ein Erfolg nur dann gesichert war, wenn die tagtägliche Arbeit der Druckerei in völliger Abgeschlossenheit von der Außenwelt vor sich ging. Infolgedessen hatten sich die illegalen Genossen schon lange daran gewöhnt, in territorialer wie in funktioneller Beziehung ihre Druckerei zu teilen: in die illegale und die legale Hälfte.

Die letztere war dazu bestimmt, als legaler Deckmantel für die Druckerei zu dienen, die Verbindung mit der Parteiorganisation sowie überhaupt mit der Außenwelt aufrechtzuerhalten und darüber hinaus der Apparat zu sein, der im übrigen ganz und gar die Arbeit der Druckerei selbst zu bedienen hatte.

### „Handel mit orientalischem Dörrobst“

Die Schaffung eines zuverlässigen Deckmantels erforderte nicht weniger Kunstfertigkeit als die Einrichtung des Druckerraumes. Gewöhnlich wurden zu diesem Zwecke irgendwelche Handelsunternehmungen oder Werkstätten eingerichtet. In Moskau arbeitete die Druckerei, wie bereits oben erwähnt, unter dem Deckmantel eines „Handels mit orientalischem Dörrobst“. Die Druckerei von Baku besaß eine Kistentischlerei, die nicht allein und nicht so sehr dazu bestimmt war, die Aufmerksamkeit abzulenken als den Betrieb selbst zu bedienen, d. h. die Kisten für den Versand in der illegalen Druckerei hergestellten Literatur zu liefern. Es sind Fälle bekannt, in denen neben der illegalen Druckerei eine Bäckerei oder irgendein anderer Betrieb, wie z. B. eine Schusterwerkstatt, eine Buchbinderei, eine Tischlerei oder eine Schlosserei eingerichtet wurden. Semjon Jenukidse schlug für die Moskauer Druckerei vor, wie G. Sturua erzählt, ein großes Weinlager zu eröffnen, in das man zusammen mit den Weinfässern unbemerkt auch die Druckereieinrichtung schaffen konnte. Als Deckmantel für die Druckerei diente auch die häusliche Einrichtung, die spießbürgerliche kleine Wohnung mit Gardinen, Geranien auf den Fensterbänken und einem Kanarienvogel. Eine Privatwohnung war insofern unbequem, als es



6  
schwierig war, das Ein- und Austragen aller möglichen Pakete und Sachen zu verheimlichen oder plausibel zu machen.

### **Es gab aber auch noch andere Schwierigkeiten**

Welcher Deckmantel gewählt werden sollte, hing manchmal davon ab, was für Arbeitskräfte zur Verfügung standen, welchen Beruf sie hatten, wieviel Mittel da waren usw. Es ereignete sich auch, daß als Deckmantel fahrlässigerweise solche Unternehmen gewählt wurden, die in den Augen der Behörden als nicht völlig verlässlich galten: Buchhandlungen, Bibliotheken, Graveurläden usw. Manchmal wurden auch Betriebe eingerichtet, wie z. B. Kolonialwarenhandlungen oder Teestuben, die naturgemäß von allen möglichen Leuten aufgesucht wurden, und die Folge davon war, daß die „Lebensdauer“ der illegalen Druckerei auf ein Minimum herabsank. Unter all die verschiedenen Besucher konnte sich leicht ein Spitzel einschmuggeln, der irgendeine verdächtige Persönlichkeit zu beschatten hatte. Andererseits unternahmen unerfahrene junge Revolutionäre manchmal den Versuch, solche Betriebe einzurichten, in denen ständig angestrengt gearbeitet werden mußte. Man richtete z. B. eine Bäckerei ein, backte Brot, und die Kräfte der ohnedies hart arbeitenden Drucker wurden ganz unrationell vergeudet.

Sobald die illegalen Genossen das eine oder andere Unternehmen eingerichtet hatten, begannen sie ihr „Doppel“leben. Der Unternehmer und seine Angestellten gingen einem Verkehr nicht aus dem Wege. Ganz im Gegenteil, je mehr sie sich den Nachbarn und dem Publikum zeigten, sich sogar nicht scheuten, hier und da mal ein Wort mit den Schutzleuten zu wechseln, um so erfolgreicher ging das Werk vonstatten. A. S. Jenukidse berichtet in seinen Memoiren eine in dieser Beziehung charakteristische Episode. Das Stadtviertel, in dem sich die Druckerei von Baku befand, war fast ausschließlich von Mohammedanern bewohnt. „Semjon mietete das Haus und bezog es zusammen mit einer Genossin und einem Genossen, die als seine Mutter und sein Bruder zu gelten hatten. Manchmal fuhr Semjon zusammen mit seiner ‚Mutter‘ in einem Landauer in die Stadt und suchte bei seiner Rückkehr die tatarischen Läden in der Nähe unseres Hauses auf, um alle möglichen Besorgungen zu machen. Hierbei bekundete er gegenüber seiner ‚Mutter‘ besondere Ehrerbietung, was allgemeine Anerkennung und das Wohlgefallen der alten Mohammedaner fand, die solche Traditionen sehr hoch hielten.“

### **Aus dem Leben in der Moskauer Druckerei**

Wir lassen einige interessante Details aus dem Leben der Moskauer Druckerei folgen: ... „Das Personal des ‚Geschäftes‘ 15

bestand aus dem Prinzipal, nebst Frau, einem Kinde und einem Kindermädchen. Das letztere wurde sozusagen als Dekoration in der „anständigen“ Familie benötigt. Woher konnten wir solch ein Dienstmädchen bekommen? Irgendeinen zufälligen Menschen konnten wir nicht nehmen. Wir beorderten aus Iwanowo-Wosnessensk eine Frau, die Genossin Maria Ikrianistowa, die in einer Fabrik arbeitete . . . Maria spielte ihre Dienstbotenrolle nicht sehr geschickt. Solche Ausdrücke wie „gnädiger Herr“, „gnädige Frau“, „was beliebt“, „gehorsamster Diener“ waren ihr so ungewohnt, so unerträglich, daß sie mehr als einmal aus der Rolle fiel und in Gegenwart von Fremden uns „Genossen“ nannte oder irgend etwas sagte, was absolut nicht ihrer Dienstbotenrolle entsprach. Wir bemühten uns, ihr diese Rolle, so gut es ging, einzutrichtern, aber es kam nichts dabei heraus. Wir bestellten uns daher aus Iwanowo-Wosnessensk eine andere Frau, die auch Maria hieß. Sie war ein vernünftiger und ruhiger Mensch und spielte ihre Rolle ausgezeichnet. Außer dem Dienstmädchen hatten wir noch einen Verkäufer, der auch Parteigenosse war.“

In der legalen Hälfte der Moskauer Druckerel gab es auch noch andere Mängel, die für die Existenz des Unternehmens recht unerwünscht oder gefährlich waren: Es waren nicht genügend Waren auf Lager. Das war ein großes Minus, das auf den Mangel an Mitteln zurückzuführen war und den „legalen“ Arbeitskräften nicht als Schuld angerechnet werden konnte; die Waren aber, die nach Mustern verkauft wurden, mußten die „Händler“ ganz genau, wie ihre fünf Finger, kennen. In Wirklichkeit war das nicht der Fall.

„Es gab Fälle — schreibt G. Sturua —, wo wir sogar nicht einmal genau den Preis der einen oder anderen Ware kannten. Die Käufer wurden mit uns handelseinig, wir verpflichteten uns, die Ware an diese oder jene Adresse zu liefern, kauften dann die Ware auf dem Sucharew-Markte und lieferten sie gewissenhaft dem Kunden ab, um den Eindruck von anständigen Kaufleuten zu erwecken, die ihren Verpflichtungen nachkommen. Häufig wußten wir nicht, wieviel die eine oder andere Ware kostet, waren aber stolz darauf, daß wir die Ware billig verkaufen, selbst wenn wir dabei Verlust erlitten.“ Solche Geschäfte entsprachen durchaus nicht der Psychologie von wirklichen Kaufleuten und konnten natürlich unserem Unternehmen nicht das nötige Renommee verschaffen. Das Glück der „Dörrobsthändler“ bestand darin, daß sehr selten Käufer auftauchten.

Eine andere Funktion, die der legale Teil der Druckerel zu erfüllen hatte, war die Verbindung mit dem Parteikomitee, oder, genauer gesagt, mit dem Genossen, der dazu von dem Komitee

Richtlinien, Geldmittel und die Manuskripte für den Druck usw. übergeben. Die Zusammenkünfte mit diesem Genossen konnten nur in konspirativen Wohnungen, keinesfalls aber in der Druckerei stattfinden. Es muß gesagt werden, daß von der Existenz der Druckerei in der Stadt nur ein ganz beschränkter Personenkreis wußte. Ihre genaue Adresse aber war nur einigen wenigen Personen bekannt, die die ganze Sache unmittelbar anging. Sogar die Mehrzahl der Mitglieder des ZK kannte nicht die Adresse der Druckerei des ZK.

Das „legale“ Personal hatte auch die Verpflichtung, die Druckerei mit allem erforderlichen Betriebsmaterial — Papier, Druckfarben, Schrift usw. zu versorgen und die fertigen Erzeugnisse fortzuschaffen. Das wurde gewöhnlich folgendermaßen gemacht:

Irgendwo wurde ein Lagerraum gemietet, der möglichst weit von der Druckerei entfernt war und sich in irgendeinem großen Lagerhaus befand. Von irgendeinem Strohmann oder auf den Namen irgendeiner Firma wurde der Lagerraum gemietet. Die für die Druckerei eingekauften Materialien wurden hierher geschafft und zweckentsprechend umgepackt, und dann als Waren, die für den legalen Betrieb irgendwo in der Stadt gekauft oder als Frachtgut angekommen waren, in die Druckerei geschafft.

Die fertigen Druckerzeugnisse der Geheimdruckerei wurden in der Druckerei selbst verpackt, und zwar wurde ein und dieselbe Emballage sowohl für die Materialien, die herangeschafft wurden, als auch für die fertigen Druckerzeugnisse benützt, die als verkaufte Waren in das Lager geschafft wurden. Damit waren gewöhnlich die Funktionen der Druckerei erschöpft.

Der Lagerverwalter hatte keine Verbindung mit der Druckerei und kannte natürlich ihre Adresse nicht. Er mietete den Lagerraum zusammen mit einem Genossen aus der Druckerei, der in diesem Falle die Rolle seines Gehilfen spielte. Beide besaßen Schlüssel zu dem Lager und konnten zu jeder beliebigen Zeit und unabhängig voneinander ihre Obliegenheiten ausführen. Der eigentliche Lagerverwalter hatte die Aufgabe, die fertige Literatur dann der Literaturvertriebsorganisation zuzuführen.

Es gab zwar auch Fälle, in denen die Genossen aus der Druckerei auch den Versand der fertigen Druckerzeugnisse zu besorgen hatten, aber solche Fälle standen in krassem Widerspruch zu den Regeln der Konspiration, die erforderten, daß alle die Genossen, die in der Druckerei beschäftigt waren, keine Pflichten hatten, die von Genossen ausgeführt werden konnten, die mit der Druckerei nichts zu tun hatten.

O. Pjatnizki e zählt,

wie der Kauf und die Zustellung des Papiers in die große 17

Druckerei auf dem Roschdesiwnski-Boulevard organisiert war, und wie die fertigen Erzeugnisse aus der Druckerei fortgeschafft wurden.

„Von einem Genossen, an dessen Name ich mich nicht mehr erinnern kann, erhielt ich ein Empfehlungsschreiben an den Sekretär eines großen Papiergeschäfts mit der Bitte, mir Kredit zu gewähren. Es gelang mir, mich mit diesem Sekretär zu verständigen, der mir dann die erforderliche Papiermenge besorgte. Dieselbe wurde zu einem Buchbinder in der Pimenow-Sackgasse geschafft, der uns auch von irgendeinem Genossen empfohlen war. In der Buchbinderei wurde das Papier in dem erforderlichen Format geschnitten und von einem Angestellten der Druckerei in das Lager geschafft . . . Von dort wurde das Papier allmählich in einzelnen Partien in den Laden geschafft, der als Deckmantel für die Druckerei diente und mit kaukasischen Früchten handelte. Später wurden uns in dem Papiergeschäft Lieferscheine, die auf irgendein Lager ausgestellt waren, ausgefolgt, diese Lieferscheine wurden dem illegalen Apparat übergeben, der dann durch irgendeinen seiner Funktionäre das Papier direkt in das Lager der Druckerei schaffen ließ.“

Der Abtransport der fertigen Druckerzeugnisse war folgendermaßen organisiert: „Die Drucksachen wurden in Körbe verpackt, in die richtige Südfruchthandlungen ihre Waren zu verpacken pflegen und von unseren Verkäufern in einen der Bäckerläden Philoppows gebracht. Die beiden jüngeren Söhne Philoppows, Alexander und Wassili und seine Tochter Eudoxia sympathisierten mit uns und halfen uns aktiv bei der Arbeit. Sie stellten uns ihre Bäckerläden für den Literaturtransport zur Verfügung. Woher die Ware kam, wußten sie nicht. Sobald die Literatur in die Bäckerei gebracht wurde, schaffte sie der Genosse vom Literaturvertrieb in eine konspirative Wohnung, wo ihn schon seine Kuriers erwarteten, die dann die Literatur in allen Stadtvierteln Moskaus zu verbreiten hatten. So wurden im Laufe von 15 Minuten die Flugblätter dann von diesen Wohnungen abgeholt und in die Bezirke geschafft, die sie dann ihrerseits in den Fabriken und Betrieben Moskaus zur Verteilung brachten.

## Die Gehilfen und die „Prinzipale“ der Druckerei

Beim Studium der Geschichte der illegalen Druckereien fallen besonders die Schwierigkeiten auf, mit denen die Organisation des illegalen Teils der Druckerei verbunden war. Andererseits bekundeten aber auch die Revolutionäre hierbei außerordentliche Geschicklichkeit und Findigkeit.

Hierbei muß festgestellt werden, daß im Laufe der Jahrzehnte die illegalen Druckereien eine große Evolution durch-



6  
machten — von der kleinen Handpresse, die leicht von Ort zu Ort geschafft werden konnte bis zur schweren Schnellpresse, die unter Ueberwindung von ungeheuren Schwierigkeiten in der illegalen Druckerei zur Aufstellung gebracht wurde. Beim Morgenrauen der russischen revolutionären Bewegung, als ein kleines Häuflein von Intellektuellen, die nicht mit den Volksmassen verbunden waren, zum ersten Male versuchte, den illegalen Druck von Flugblättern und dünnen kleinen Broschüren ins Werk zu setzen, warfen die objektiven Bedingungen — der beschränkte Kreis der Konsumenten einer solchen Literatur — noch nicht die Probleme der Organisation eines großzügig angelegten Druckereibetriebes auf. Die Sachlage änderte sich radikal, als die breiten Volksmassen mit dem Proletariat an der Spitze in die revolutionäre Bewegung traten. Die Geheimdruckereien der Bolschewiki aus der Zeit der ersten russischen Revolution waren manchmal gut eingerichtete Betriebe mit komplizierten Maschinen und Auflagen, die in die viele Tausende von Exemplaren gingen. Unter solchen Verhältnissen mußten die Revolutionäre über außerordentliche Erfahrung und Energie bei der Organisierung ihrer Druckerei verfügen.

Nachdem die Räumlichkeiten für die Druckerei besorgt und instand gesetzt waren, gingen die Genossen aus dem Druckereibetrieb daran, die Ausrüstung in die Druckerei zu schaffen und dort zur Aufstellung zu bringen. Beim Verpacken der Ausrüstungsgegenstände achteten sie darauf, daß die einzelnen Teile möglichst wenig umfangreich und möglichst leicht waren. Zu diesem Zweck wurde z. B., wie bereits oben erwähnt, der Setzkasten aus drei bis vier einzelnen kleinen Kästen hergestellt. Die Schrift selbst wurde von den Druckern gewöhnlich unter der Kleidung verborgen oder in irgendeiner unauffälligen Verpackung in einzelnen kleinen Paketen in die Druckerei geschafft. Manchmal wurde zwar auch fertiger Satz in die Druckerei gebracht, was aber als unangebracht und unkonspirativ galt. Man mußte die allerpeinlichste Vorsicht walten lassen. So galt es z. B., peinlich genau darauf zu achten, daß der Bindfaden, mit dem der fertige Satz zusammengebunden war, nicht herunterrutschte, und die ganze Schrift auf die Straße flog. Es passierte, daß der Bindfaden riß, das ganze Paket auseinanderflog, die Schrift auf die Straße fiel und der Genosse, der sie trug, verhaftet wurde.

Am allerhäufigsten benützten die Drucker zum Tragen der Schrift Schürzen, wie sie von Maurern oder Zimmerleuten bei der Arbeit getragen werden. Der untere Rand der Schürze wurde an den Seiten in Gürtelhöhe fest an die Schürze angenäht. In den Beutel, der somit aus der Schürze entstand, und von dem Gürtel und überdies vom Schürzenband im Genick gehalten wurde, 19



wurde die Schrift gelegt und zwar nicht wild durcheinander, sondern nach einzelnen Lettern geordnet, so wie sie im Setzkasten liegen. Jede Letter hatte ihre eigene kleine Tasche. Dank dieser Methode wurden nicht nur unangenehme Zufälligkeiten vermieden, sondern war es auch nicht erforderlich, späterhin in langwieriger und langweiliger Arbeit die Schrift von neuem zu sortieren. Ein ebenso beliebtes Transportmittel waren Gummi- oder Segeltuchschläuche, die mit Lettern gefüllt bequem unter der Kleidung getragen werden konnten.

Am allergefährlichsten und am allerschwierigsten war der Transport der Druckerpresse. Es ist außerordentlich schwierig, die schweren und umfangreichen Teile der Maschine wie den eigentlichen Rumpf, das Schwungrad usw. zu maskieren. Noch größere Schwierigkeiten aber mußten überwunden werden, wenn es galt, die Maschinen in die unterirdischen Räume zu schaffen.

A. Jenukidse erzählt in seinen Memoiren, daß das Schwungrad nicht in den illegalen Teil der Druckerei von Baku geschafft werden konnte, bevor nicht die Steinwand der Küche der legalen Wohnung durchbrochen wurde. Dann galt es von neuem, die Wand zuzumauern, zu verputzen und zu verschmieren, so daß auch nicht die geringsten Spuren zurückblieben.

So kunstvoll auch die illegalen Räumlichkeiten eingerichtet waren, sie allein boten noch keine Garantien gegen das Auffliegen der Druckerei, wenn nicht eine ganz bestimmte Arbeitsordnung, ein Regime festgesetzt wurde, das aufs genaueste beachtet wurde. A. Jenukidse beschreibt das Regime in der Druckerei von Baku, das von allen Genossen, die an dem Werk beteiligt waren, jahrelang aufs peinlichste innegehalten wurde.

### Arbeitstag einer illegalen Druckerei

„Erstens wurde ein Stundenplan festgesetzt. Wir wählten den zehnstündigen Arbeitstag, wobei in die zehn Stunden Arbeit die Eßpausen nicht eingerechnet waren. Der Tag verlief folgendermaßen: wir standen pünktlich um halb acht Uhr morgens auf, im Laufe einer halben Stunde galt es, sich zu waschen und sein Bett in den unterirdischen Raum zu bringen. Punkt acht Uhr begannen wir zu arbeiten. Um zehn Uhr wurden wir durch ein Klopfzeichen zum Frühstückstee gerufen. Für das Frühstück waren genau 15 Minuten festgesetzt. Nach dem Tee begaben wir uns von neuem zur Arbeit. Von ein bis zwei Uhr war unsere Mittagspause. Wir verzehrten unser Mittagmahl und lasen uns die Zeitung vor. Punkt zwei Uhr stiegen wir von neuem in die Druckerei hinab und arbeiteten dort bis halb acht Uhr, wobei als Regel galt, daß vor dem Verlassen der Druckerei unbedingt aufs

67  
waschen, die Makulatur zusammengeräumt und nach oben gebracht, der Fußboden aufgekehrt, die Maschinen geputzt und geschmiert — mit einem Wort, alles wurde in einen solchen Zustand versetzt, daß wir am nächsten Morgen ohne Verzug an die Arbeit gehen konnten. Um acht Uhr abends saßen wir gewöhnlich schon alle sauber gewaschen beim Abendtee. Nach dem Tee begaben wir uns in das Zimmer, in dem der Zugang in die Unterwelt lag. Dies Zimmer war sehr gemütlich eingerichtet. Der Asphaltboden war ganz und gar mit zwei guten Teppichen bedeckt. Im Falle eines ‚fremden Klingelzeichens‘ hatten wir uns sofort, aber ohne jeden Lärm, in die Unterwelt zu begeben, hinter uns den Eingang zu verschließen und auf das vereinbarte Signal zu warten. Zu jeder beliebigen Zeit des Tages oder der Nacht mußten alle Zimmer nach unserem Fortgang einen sauberen und netten Eindruck machen, der keinesfalls vermuten ließ, daß sich in diesen Zimmern außer den offiziell gemeldeten Personen noch irgend jemand anders aufhält. Wir befolgten alle diese Regeln mit der peinlichsten Sorgfalt und der allergrößten Genauigkeit im Laufe von zweieinhalb Jahren. Die erste Zeit arbeiteten wir in der Unterwelt zu fünft, später waren wir sieben Genossen. Wir schliefen in zwei verschiedenen Zimmern. Ich hatte immer einen sehr leichten Schlaf, deswegen lag ich unmittelbar bei dem Eingang in den unterirdischen Raum und hatte die Aufgabe, nötigenfalls sofort alle Genossen zu wecken, den Eingang in die Unterwelt zu öffnen, dort die Lampe anzuzünden und die Sachen und Betten der Genossen in Empfang zu nehmen, worauf sie selbst schnell in den Tunnel schlüpfen und den Eingang von innen verrammelten. Wir mußten dieses Manöver vielfach ausführen, falls irgendein Unbekannter klingelte, veranstalteten aber auch von Zeit zu Zeit mal einen Probealarm.

### Alle zwei Wochen einmal Ausgang

Unser Haus wurde von keinem anderen Genossen besucht, und durfte auch von niemandem besucht werden, und kein einziger Genosse, mit Ausnahme Krassins, kannte die Adresse der Druckerei (Krassin war der Verbindungsmann zwischen der Druckerei und dem Parteikomitee und brachte uns alle Materialien, Manuskripte usw. für die Druckerei). Kein einziger von den Druckern, die alle samt und sonders im Hause selbst wohnten, hatte das Recht, tagsüber das Haus zu verlassen. Wir hatten einen genauen Urlaubsplan, nach dem jeder von uns die Erlaubnis hatte, einmal in zwei Wochen von acht bis elf Uhr in die Stadt zu gehen. Zwei Genossen konnten zusammen fortgehen und jeder Urlauber mußte unbedingt nicht später als um elf Uhr wieder zu Hause sein. Diese Regel wurde im Laufe von zwei Jahren ganz

646  
genau befolgt, und niemand von uns kam es in den Kopf, sie zu verletzen. Semjon („der Prinzipal“) und die anderen Personen, die im Hause wohnten und dort gemeldet waren, konnten das Haus zu jeder beliebigen Zeit verlassen, aber niemand hatte das Recht, später als Mitternacht nach Hause zu kommen. Wer sich verspätete, sei es auch Semjon, kam überhaupt nicht nach Hause. Nach zwölf Uhr nachts wurde jedes Klingelzeichen, auch das von uns vereinbarte, als Alarmsignal betrachtet, und wir trafen alle die Vorbereitungen, von denen wir weiter oben gesprochen haben.“

Es unterliegt keinem Zweifel, daß dank einem solchen Regime und der geschickten Organisation der ganzen Sache „dieses illegale Unternehmen, das seiner Leistungsfähigkeit nach geradezu als grandios bezeichnet werden muß“, vor dem Aufliegen bewahrt blieb.

In dem anderen Musterbetrieb, der Moskauer Druckerei auf der Lessnaja uliza, war das Regime, dem die unterirdischen Arbeiter unterworfen waren, wohl noch strenger. G. Sturua erzählt, daß er sich vor seinem Eintritt in die Druckerei bei Semjon über die Arbeitsbedingungen erkundigt habe und derselbe antwortete: „Anderthalb mal im Monat wirst du Ausgang haben, die ganze übrige Zeit aber wirst du dich im Keller aufhalten, und damit basta.“ Ich fragte ein wenig erstaunt: „Was heißt das, ein andert-halbmaler Ausgang? Ich verstehe, daß man einmal oder zweimal Ausgang haben kann.“ Er antwortete mir darauf: „Du wirst auf zwei Monate drei Ausgangstage haben, damit du ins Bad gehen kannst, und wenn du drei Ausgangstage in zwei Teile teilst, erhältst du anderthalb.“ Dem gleichen Regime waren alle Genossen unterworfen, die in der Druckerei arbeiteten.

Wenn aber auch das Regime härter war, so stand die Organisation des Unternehmens auf einem niedrigeren Niveau als in Baku. Wir haben oben einige Mängel des legalen Teils der Druckerei aufgezeigt, es gab darüber hinaus auch ernste Defekte in der Organisation des illegalen Teils. So lebten z. B. drei von den sechs Mann, die das Personal der Druckerei bildeten, in der Druckerei selbst und drei außerhalb der Druckerei. Obwohl den letzteren untersagt war, irgendwelche Verbindungen in der Stadt anzuknüpfen, was sie, wie Sturua erzählt, auch nicht taten, muß man doch wohl daran Zweifel hegen, daß sie es fertig brachten, sich ganz der stürmischen revolutionären Bewegung des Jahres 1905 fernzuhalten. Wie dem auch sein mag, jedenfalls wurde zweifellos die Druckerei auch dadurch gefährdet, daß der kaukasische Laden tagtäglich von ein und denselben Personen aufgesucht wurde, die geschäftlich nichts dort zu suchen hatten.

der auf organisatorische Mängel oder auf nicht genügend strenge Handhabung des einmal festgesetzten Regimes schließen läßt. Beim Herabsteigen in den Keller wurden nämlich zufällig (!) auf der Treppe Kolumnen vergessen. Und zufällig wurden diese Kolumnen von dem Dienstmädchen entdeckt.

## Helden der illegalen Arbeit

Ueber was für persönliche Eigenschaften mußten die Genossen, die in der Druckerei arbeiteten, verfügen, um größte Einmütigkeit des ganzen Personals und ein ungestörtes Arbeiten des Betriebes zu gewährleisten? In einem unterirdischen Raum eingemauert zu sein, keine Möglichkeit zu haben, fortzugehen, abgelöst zu werden und dann nicht in einer Atmosphäre engster Kameradschaft zu leben, das ist für den Genossen, der unter solchen Verhältnissen arbeitet, schlimmer als Zuchthaus, ist für die Sache selbst ein Verhängnis. So achtete man bei der Auswahl des Personals aufs strengste auf die persönlichen Eigenschaften der einzelnen Arbeitskräfte. Von welchen Erwägungen ließ man sich hierbei leiten? Wir müssen sagen, daß die Frage der technischen Eignung des Arbeiters (Setzer, Drucker, Geschäftsführer) nicht ausschlaggebend waren. Worauf es hauptsächlich ankam, war, daß jeder Arbeiter ein charakterfester, ruhiger und erprobter Revolutionär war, der von der Notwendigkeit der illegalen Arbeit durchdrungen war und bereit war, ihr alle seine Kräfte zu leihen. Das Vorhandensein von schwankenden, willensschwachen Leuten wirkte sich sofort auf die Arbeit aus: Allmählich begann eine Desorganisation um sich zu greifen. Streitereien oder Ueberzeugungsversuche führten natürlich zu nichts. Wie hätten auch in der Tat Revolutionäre, die über festen Willen und eine geschlossene Weltanschauung verfügten und von der Richtigkeit der Ideen, für die sie kämpften, durchdrungen waren, und Leute, die sich Stimmungen hingaben, bald „himmelhochjauchzend“, bald „zu Tode betrübt“ waren, miteinander auskommen können. Jede Verschärfung der zaristischen Reaktion, die von Zeit zu Zeit eintrat, wirkte sich sofort auf die Stimmung der schwankenden Elemente aus. Es tauchten Zweifel auf: Kann die illegale Arbeit etwa unter solchen Verhältnissen irgendwelchen Nutzen bringen? Wir werden nur dabei hereinfliegen, und weiter wird nichts dabei herauskommen. Sobald nur irgendeine Abschwächung der Reaktion eintrat (z. B. in der Periode von 1905), traten sie sofort in ihrer Begeisterung für Liquidierung der illegalen Organisationen und für die Legalisierung der Arbeit ein.

Was die „Prinzipale“ anbelangt, so waren auch bei ihrer Auswahl ganz bestimmte Eigenschaften maßgebend. Sie mußten



findig, kühn und geschäftstüchtig sein, und, wenn es darauf ankam, auch beredsam.

### Spitzel und Verräter

Aus der Praxis der illegalen revolutionären Arbeit sind nicht wenig Fälle bekannt, in denen nicht nur Panik- und Miesmacher, sondern auch politisch verdächtige Leute zur Arbeit in den illegalen Druckereien herangezogen wurden. Von einem sehr charakteristischen Beispiel erzählt O. Pjatnizki in seinen Erinnerungen über die Periode der zweiten und dritten Staatsduma, in der er den illegalen Apparat des Moskauer Komitees leitete. Im Jahre 1907 fuhr O. Pjatnizki nach Petersburg, um einen guten Setzer ausfindig zu machen. In der Parteiorganisation machte man ihn mit einem Menschen bekannt, der die ganzen technischen Angelegenheiten der bolschewistischen Parteizentrale leitete. „Er erklärte mir — schreibt Pjatnizki —, er habe einen zuverlässigen Genossen, der ein guter und erfahrener Setzer sei, den er aber selbst sehr für die illegale Druckerei benötige, da beabsichtigt sei, eine Reservedruckerei einzurichten. Mit großer Mühe gelang es mir, durchzusetzen, daß man mir den Setzer abtrat, und da ich befürchtete, daß man ihn wieder zurücknehmen könne, so schickte ich ihn am nächsten Tage, nachdem er mir bestätigt hatte, daß er wirklich ein qualifizierter Setzer sei (für unsere amerikanische Schnellpresse benötigten wir flinke Setzer), nach Moskau zu meinen Bekannten. Ich selbst blieb noch einen Tag in Petersburg. Kaum war ich nach Moskau zurückgekommen, als ich erfuhr, daß der Petersburger Setzer darauf bestanden hatte, in meine Wohnung gebracht zu werden (er berief sich darauf, er habe mit mir verabredet, in meiner Wohnung mit mir zusammenzukommen). Da ich keine feste Wohnung hatte, brachte man ihn in eine Wohnung, in der ich sehr häufig übernachtete. Mir gefiel natürlich die ganze Sache nicht, aber ich fand mich damit ab, weil dieser Setzer mir von einem sehr verantwortlichen Genossen als zuverlässiger Genosse empfohlen war. Nachdem ich ihn in die Druckerei gebracht hatte, stellte sich heraus, daß er ein sehr schlechter Setzer war. Kaum hatte er die Arbeit aufgenommen, als er solche wirtschaftliche Forderungen zu stellen begann, die das Moskauer Komitee aus Geldmangel nicht befriedigen konnte. Schließlich begann er unter Umgehung des „Prinzips“ der Druckerei die Wohnung meiner Bekannten aufzusuchen, um mich abzufangen. Es wurde mir klar, daß Petersburg mir jemand aufgehalst hatte, den es selbst nicht gebrauchen konnte. Aber was blieb mir zu tun übrig: nachdem er einmal in den illegalen Apparat hineingekommen war, konnte

man ihn schon nicht mehr daraus entfernen ... Von dem Augenblick des Aufliegens der Druckerei an war dieser Genosse verschwunden und ließ weder aus dem Gefängnis, noch sonstwoher irgend etwas von sich hören."

O. Pjatnizki ist davon überzeugt, daß der Petersburger Setzer die Druckerei verraten hat. Wahrscheinlich war das auch der Fall. Aus den Polizei- und Gerichtsakten ist ersichtlich, daß es auch in organisatorischer Beziehung um die genannte Druckerei nicht alles gut bestellt war, und daß einzelne Mängel die Polizei auf die Spur der Druckerei bringen konnten. So wurde in dem Laden in einem Stehpult bei der Haussuchung das von der Zensur verbotene Buch „Protokolle des Vereinigungs-Parteitages der SDAPR“ gefunden, das wahrscheinlich der „Prinzipal“ oder irgend jemand anders gelesen hatte, um sich bei der Prosa des kaufmännischen Lebens die Zeit zu vertreiben. Der Anklageakt verzeichnet ferner, daß ungeachtet der geringen Umsätze im Laden ein neuer Verkäufer angestellt wurde. Dann tauchte im Laden noch ein junger Mensch auf. Irgendwelche stichhaltigen Erklärungen dafür konnten nicht abgegeben werden. Kurz vor dem Aufliegen der Druckerei wurde in ihrer Nähe ein junges Mädchen mit einem Paket verhaftet, das 1802 Aufrufe enthielt, die in dieser Druckerei gedruckt waren. Es ist natürlich möglich, daß zu dieser Zeit die Druckerei schon beobachtet wurde (weil sie von dem Setzer denunziert war), oder aber, daß die Verhaftung der jungen Genossin die Polizei auf die Spur gebracht hat.

Als Beweis dafür, daß die Auswahl der Arbeitskräfte für die illegale Druckerei unmittelbar ihr Schicksal beeinflusste, bringen wir ein sehr bezeichnendes Dokument, eine Meldung an den Direktor des Polizeidepartements aus Baku vom 10. April 1907:

*„An den Direktor des Polizeidepartements*

*Kanzlei des Statthalters*

*Sr. Kaiserlichen Hoheit im Kaukasus.*

*... Laut Agentenmeldungen wird die illegale Literatur der Organisation der SDAPR von Baku in einer Geheimdruckerei der genannten Organisation hergestellt. Bis zum 5. März des Jahres befand sich diese Druckerei in einem Raume, in dem vier vollständig ausgerüstete Druckmaschinen aufgestellt waren, darunter auch die Maschine, die am 6. Dezember vergangenen Jahres aus der Druckerei der Zeitung ‚Baku‘ entwendet worden war. Die Druckerei war sehr konspirativ eingerichtet und wurde aufs schärfste von einem Kampftrupp bewacht, der den Befehl hatte, beim Eingreifen der Polizei sich bis zum Äußersten zu verteidigen.*

*Auf Grund von gewissen konspirativen Erwägungen wurden am 5. März zwei Maschinen an einen anderen Ort gebracht, wo* **25**

Die Arbeit fortgesetzt wurde, während in der bisherigen Druckerei die beiden Maschinen, die dort geblieben waren, stillgelegt wurden. In der neuen Druckerei befinden sich außer der Ausrüstung der Druckerei ein kleines Waffenlager und die Parteibibliothek ...

Diese Tatsachen wurden uns von einem Mitarbeiter (1) berichtet, der zur Bedingung gemacht hat, daß ihm für diesen Agentendienst, nachdem die Sache zum Abschluß gebracht ist, eine Summe von 4000 Rubel ausgezahlt wird. Nach einer Unterredung mit mir erklärte er sich jedoch einverstanden, mit einer Belohnung von 3000 Rubel vorliebzunehmen. Der Mitarbeiter gab uns dann die Adresse der Druckerei. Die Haussuchungen verliefen völlig resultatlos und erbrachten nicht den geringsten Hinweis darauf, daß sich hier irgendeinmal eine Druckerei oder Druckereiausrüstungsgegenstände befunden hätten.

Der Angeber ist verschwunden — so schließt der Bericht — es sind die energischsten Maßnahmen getroffen worden, ihn ausfindig zu machen.“

In den Angaben, die der unbekannte „Mitarbeiter“ gemacht hat, klingt vieles durchaus glaubwürdig: sowohl der bewaffnete Schutz der Druckerei, mag er auch nicht in den Händen eines Kampftrupps, sondern der Druckereiarbeiter selbst gelegen haben, als auch bewaffneter Widerstand im Falle einer Haussuchung, sowohl die Ueberführung eines Teiles der Druckerei an einen anderen Ort, als auch die Stilllegung der Arbeit in der bisherigen Druckerei, „auf Grund von gewissen konspirativen Erwägungen“, worunter offenbar die Bespitzelung der Druckerei, die inzwischen eingesetzt hatte, zu verstehen ist. Auch sonstige Angaben entsprachen offenbar der Wahrheit.

Wer war nun dieser unbekannte X? War das ein ganz gewöhnlicher Halunke, ein Erpresser, der „zufällig“ dank irgendeiner Schwatzhaftigkeit, Prahlerei oder Schlampigkeit irgendeines Arbeiters der Druckerei von den Geheimnissen der Druckerei gehört oder erfahren hatte, oder ein Amateurspitzel, dem irgend etwas Verdächtiges aufgefallen war und der daraufhin beschlossen hatte, ein Geschäft damit zu machen: seinen Patriotismus zu bekunden und etwas dabei zu verdienen. Oder war es schließlich irgendein früherer Mitarbeiter der Druckerei, der sich aus diesen oder jenen Erwägungen zu der Verräterei entschlossen hatte, im letzten Augenblick aber sich der ganzen Niedertracht seiner Handlungsweise bewußt wurde und dann spurlos verschwand.

Aus diesen wie aus allen anderen Beispielen, die wir hier angeführt haben, ist ersichtlich, wie sehr es darauf ankommt, zur Arbeit in der Druckerei nur solche Leute heranzuziehen, die sich

67  
politische Zuverlässigkeit als auch durch ihre Charaktereigenschaften und durch ihre Befähigung zur konspirativen Arbeit. Ein kleiner Defekt im Mechanismus, kaum bemerkbar, eine locker gewordene Schraube — und aus ist es mit der Arbeit der Maschine.

## Geheimdruckereien unter aller Augen

Die Geheimdruckereien verfügten über Räumlichkeiten, die im vollen Sinne des Wortes allen Regeln der Konspiration und der Sicherheit genügten. Die Praxis des revolutionären Kampfes erbrachte mit der Zeit den Beweis, daß auch eine andere Art von Druckereien möglich ist, die in ganz gewöhnlichen Räumlichkeiten eingerichtet werden, die nicht unter dem Erdboden liegen. Diese Druckereien, die nicht so gut ausgerüstet und so leistungsfähig waren, erwiesen sich in der Tat manchmal als nicht minder wirksame Waffe, als die unterirdischen Druckereien. Ein klassisches Beispiel für solche Druckereien war die sogenannte „Petersburger freie Druckerei“, die im Jahre 1878 von den Leuten der „Semlja i Wolja“ („Land und Freiheit“) in Petersburg organisiert worden war. Die freie Druckerei beunruhigte nicht nur die Gendarmen, sondern auch die Minister und sogar den Zaren selbst. Alles Suchen war vergebens. Es gelang nicht, die Druckerei ausfindig zu machen. Die Polizei neigte sogar zu der Ansicht, daß die Revolutionäre irgendeine legale Druckerei besitzen. Der Chef des Gendarmenkorps spricht in einer seiner Meldungen an den Zaren die Vermutung aus, daß es überhaupt keine Geheimdruckerei gibt, daß die Aufrufe und Broschüren in legalen Druckereien gedruckt werden. „Dieselben müssen ausfindig gemacht werden“, lautete die Randnote Alexanders II., der damit die legalen Druckereien meinte, aber auch dann blieb alles Suchen erfolglos.

„Die ‚freie Druckerei‘ — schreibt Lifschitz in seinem Studium der illegalen Druckereien — befand sich indessen unmittelbar im Zentrum der Hauptstadt in einer ganz gewöhnlichen, äußerlich netten, spießbürgerlichen Wohnung, zwei Schritte von der Hauptstraße der Stadt, dem Newski-Prospekt.“

Wie war nun die konspirative Arbeit solcher Unternehmen organisiert? Das Hauptprinzip der Konspiration bestand in folgendem: nicht nur die Wohnung, sondern auch ihre „Bewohner“, ihre Lebensweise, jede Kleinigkeit und das ganze Milieu, mußten auf eine fremde Person einen absolut natürlichen Eindruck machen, nicht den geringsten Verdacht hervorrufen und so die illegale Arbeit maskieren, die in einer solchen Wohnung betrieben wurde.



676

Die Druckerei befand sich gewöhnlich in den Räumlichkeiten irgendeines Ladens oder in irgendeiner Wohnung. Der Laden auf der Roshdestwenskaja-uliza in Moskau, in dem sich im Jahre 1906 die Druckerei des Moskauer Komitees befand, ähnelte in vielem dem Geschäft in der Lessnaja uliza, sogar das Schild war fast gleichartig. Der Unterschied bestand nur darin, daß die Setzerei und die Druckerei in der Lessnaja uliza sich in einem unterirdischen Raum befanden, während sie in der Roshdestwenskaja-uliza ganz einfach im Keller eingerichtet waren.

Viele Druckereien befanden sich in gewöhnlichen Wohnungen, manchmal weiter vom Stadtzentrum entfernt, in den Vorstädten in kleinen Häusern, manchmal aber auch näher beim Stadtzentrum in Mietskasernen. In solchen Wohnungen gab es gewöhnlich eine Wirtin, nicht selten eine alte Frau, eine Witwe (die der Partei angehörte oder mit ihr sympathisierte), die zwei bis drei Zimmer an Pensionäre vermietete (d. h. an die Arbeiter der Druckerei).

In Moskau gab es tausende solcher Zimmervermieterinnen. Wenn eine solche Zimmervermieterin und ihre Mieter ihre Rollen geschickt spielten, konnten die „Komplizen“ ihre „verbrecherische“ Tätigkeit lange Zeit hindurch unbemerkt fortsetzen.

Ein ungestörtes Dasein erforderte, daß jeder Druckereiarbeiter offiziell irgendeine Anstellung, einen Verdienst hatte. Leute ohne feste Beschäftigung, Arbeitslose, gab es in solchen Pensionen nicht. In Druckereien, die unter dem Aushängeschild irgendeines Geschäftes arbeiteten, war diese Frage leicht gelöst. Jeder illegale Genosse konnte als legaler Angestellter des Geschäfts gelten. In Privatwohnungen hatte vom Standpunkt der Konspiration nur die Wohnungsinhaberin ein glaubwürdiges Einkommen. Alle übrigen mußten irgendeinen Beruf haben, und zwar nach Möglichkeit einen freien Beruf, der sie nicht an eine Arbeit in einem Unternehmen band (wie z. B. der Beruf eines Büroangestellten, eines Buchhalters oder einer Maschinistin) und der darüber hinaus in den Augen der Polizei als wohlanständig galt. So waren z. B. in diesem Falle die Berufe von Studenten, Kursistinnen oder Statistikern nicht brauchbar, da in Polizeigehirnen diese Berufe in enger Verbindung mit dem Begriff sozialistischer Propaganda standen.

Arbeiter behielten gewöhnlich ihren wirklichen Beruf bei, wenn er für Heimarbeit oder für die Arbeit von Handwerkern passend war (Schlosser, Klempner, Installateure, Schuster, Glaser usw.). Die Intellektuellen legten sich gewöhnlich den Beruf von Heilgehilfen, Zeichnern, Masseuren, von Vertretern oder Reisenden bei, die irgendwelchen Trödel, wie Parfüm und Puder zu verkaufen hatten.

Hier eine kleine Illustration aus dem Buche P. Kudelis über die Narodowolzy, die das Leben in der alten Narodowolzy-Druckerei am Klukowkanal in Petersburg schildert, in der 1895 die Gebrüder Tulupoff arbeiteten. „Um nicht die Aufmerksamkeit der Hausknechte und der Polizei auf sich zu lenken, fuhren Grigori und Michail (Tulupoff) fort, ihren Beruf auszuüben — Michail schneiderte, während Grigori das Schlosserhandwerk ausübte. Nur die Nacht und die Abende waren für die illegale Arbeit bestimmt.“

### Der Genosse Kasarow wird Harmonikاسpieler

Hier ein Beispiel aus der jüngsten Vergangenheit, in der die Kommunistische Partei und der Kommunistische Jugendverband Georgiens trotz zahlloser und massenweiser Haussuchungen es fertig brachten, ihre Zeitung „Kawkaskaja Prawda“ und andere kommunistische Literatur erscheinen zu lassen. Sie besetzten manchmal in der Nacht Druckereien und druckten in ihnen tagsüber ihr Material, wenn die illegale Druckerei nicht den ganzen Stoff bewältigen konnte. „Der Hauptorganisator dieser Arbeit, Kasarow — berichtet Vardanjan in seinen Erinnerungen —, erregte den Verdacht der Spitzel. Formell war er arbeitslos ... Es galt einen ‚Beruf‘ für ihn ausfindig zu machen. Und siehe da, der alte Drucker Kasarow verwandelt sich in einen — Harmonikاسpieler und wendet dadurch nicht nur die drohende Verhaftung von sich ab, sondern erweist auch der Sache einen großen Dienst. Während in einem Raum die Prinzipale einer Privatdruckerei Kasarows Spiel lauschten, wurden in einem anderen Raum die revolutionären Schriften unserer Partei gedruckt.“

### Die Druckerei im Koffer

Druckereien, die sich in gewöhnlichen Räumlichkeiten befanden, benötigten einen Raum, in dem Setzerei- und Druckereigegegenstände in der arbeitsfreien Zeit aufbewahrt werden konnten. Häufig wurde ein gewöhnlicher Koffer oder eine Kommode dazu benutzt; manchmal aber befanden sich auch die Produktionsmittel im Ofen oder unter dem Fußboden. Auch Rumpelkammern und Holzschuppen dienten dem gleichen Zwecke. Räumlichkeiten, die außerhalb der eigentlichen Wohnung lagen, hatten ihre Vorteile und ihre Nachteile. Bei Haussuchungen war eine gewisse Chance, daß die Druckereigegegenstände, die sich außerhalb der Wohnung befanden, nicht gefunden wurden, wie es auch tatsächlich einige Male der Fall war. Andererseits war es in solchen Fällen nicht möglich, die Einrichtung der Druckerei ständig und zuverlässig zu bewachen. Man konnte natürlich einen kräftigen Riegel anbringen und ein starkes Schloß vorhängen, aber solch eine Maßregel zum Schutz von Plunder und

026  
Trödel in der Rumpelkammer oder von Holz im Schuppen hätten nur Verdacht erregen können. Nur ausnahmsweise kamen wir glücklich davon, wenn illegale Gegenstände entdeckt wurden. Von einem solchen Fall erzählt Sokoloff.

„Einmal brachte M. L. (Genossin Preobrashenskaja) abends einen Sack Literatur und versteckte ihn im Holzschuppen, um ihn morgens wieder fortzunehmen. Morgens kommt eine Nachbarin zu ihr.

— Mütterchen ... was für ein Unglück sich bei uns ereignet hat ...

— Was ist denn los? —

— Da gehe ich in den Schuppen ..., gucke hinter das Holz, da liegt ein Sack. Schaue hinein — und sehe irgendwelche Papierchen. Nun kann ich ja nicht lesen und schreiben, so denke ich mir, werde ich dem Mischenka, meinem Sohn, eines zeigen. Er wirft nur einen Blick darauf, ja, und sagt sofort: „Schmeiße es schnell weg, Mutter, verbrenne es so schnell als möglich, sonst wird man dich irgendwohin einsperren und du wirst nicht herauskommen.“ — Was soll ich jetzt machen?

— Na, verbrenne es doch!

— Aber das geht doch nicht ... es ist ja ein ganzer Sack voll ... Vielleicht bei dir? ...

— Nun, bring ihn nur her, ich werde es schon verbrennen.

Am gleichen Tage wurde die Literatur fortgeschafft ...“

Umfangreichere Gegenstände der Druckerei, wie z. B. Maschinen, wurden an der Wand oder in einer Ecke aufgestellt und mit Hilfe eines hölzernen, zerlegbaren Kastens, der äußerlich einem Kleiderschrank ähnelte, maskiert.

### Verdächtige Gardinen

In Druckereien, die sich in Wohnungen befanden, hatten einzelne Details der Wohnung eine ganz besondere Bedeutung. Jede Kleinigkeit mußte überlegt werden. Nehmen wir z. B. die Frage der Fenstervorhänge. Man sollte glauben, nichts sei einfacher als das: man hängt ein oder zwei Paar Gardinen, die nicht nur keinen Lichtstrahl nach außen dringen ließen und für neugierige Blicke undurchdringlich waren — und alles ist im Lot. In Wirklichkeit hätte eine solche vereinfachte Lösung der Frage nur zu unerwünschtem Gerede führen und durchaus berechtigten Verdacht erregen können. Wozu hätte auch eigentlich ein armer Teufel von Zimmermieter — irgendein Reisender, Schlosser oder dgl. mehr — plötzlich sein Fenster ganz lichtdicht verhängen sollen? Dafür gibt es nur eine Erklärung: entweder kramt er

In gestohlenem Gut, oder druckt Falschgeld, oder beschäftigt sich sonst mit irgendeiner lichtscheuen Sache.

Ein Beispiel für solch eine „Konspiration“ führt N. K. Krupskaja in ihren Erinnerungen an Lenin an.

„Ende Juni (1907) kam Rosa Luxemburg, die gerade aus dem Warschauer Gefängnis freigelassen war, nach Petersburg. Wladimir Iljitsch und unsere führenden Genossen kamen mit ihr zusammen. Die Wohnung für diese Zusammenkunft gab der Hausbesitzer „Papa Rode“. Der Alte bemühte sich, soviel er nur konnte, uns zu helfen und stellte diesmal für die Versammlung eine große leerstehende Wohnung zur Verfügung, in der er aus konspirativen Gründen (!) die Fenster weiß anstreichen ließ, wodurch er natürlich die Aufmerksamkeit aller Hausknechte erregte.“

### Die Fenster machen Sorgen

Bei gut eingerichteten Druckereien kamen solche Fehler nicht vor. Die Fenster waren ein Gegenstand ständiger Sorge. Ein Fenster, das in tiefer Nacht erleuchtet ist, lenkte auch die Aufmerksamkeit der Ordnungshüter auf sich, ebenso wie ein Fenster, das tagsüber dicht verhängt war. Was konnte man also machen, daß das Licht nicht nach außen drang und daß der Vorhang, der das Fenster verschloß, nicht auffiel und nicht in die Augen sprang? Gewöhnlich fanden die Revolutionäre folgenden Ausweg aus dieser Lage: In den Tagesstunden befanden sich an den Fenstern nur kleine Vorhänge, die die untere Fensterhälfte bedeckten, nachtsüber aber wurden die Fenster mit hölzernen, dichtschießenden Fensterläden verschlossen. Solche inneren Fensterläden waren besonders in den Wohnungen, die sich in den unteren Etagen befanden, sehr gebräuchlich und niemand schenkte ihnen irgendwelche Beachtung.

Als besonders wichtig galt es auch, sorgfältig darauf zu achten, daß nach der Arbeit keine Spuren von Farbe an den Händen, der Kleidung oder in der Wohnung blieben. Die ganze Makulatur wurde gesammelt und im Ofen verbrannt; wenn es viel Makulatur gab, wurde sie in einzelnen kleinen Partien verbrannt, wobei man darauf achtete, daß die brennenden Blätter nicht in den Schornstein flogen, was bei einem zufälligen Mangel im Schornstein ein Feuer hervorrufen konnte. Nach der „Kremation“ wurde die Asche durcheinandergerührt und aus der Wohnung gebracht.

### Verdächtige Geräusche

Es stellte sich jedoch heraus, daß eine Wohnung und ihre Bewohner nicht nur die Aufmerksamkeit fremder Augen auf sich lenkten, auch die Geräusche konnten Verdacht erregen. Solche Geräusche und Lärm gab es aber nicht nur während der Arbeit 31



der Maschinen, sondern auch beim Druck auf einer selbstgefertigten Presse, wenn die Walze gerollt wurde. Die Drucker legten deshalb weiche Sachen, die das Geräusch abschwächten unter die Presse (eine Bettdecke) und achteten darauf, daß die Walze glatt und ohne Gepolter über die Schienen der Druckerpresse rollte. Bedeutend schwieriger war es, den Lärm einer Schnellpresse, besonders einer Bostonschen, abzuschwächen. Es half nicht viel, wenn man Filz oder irgendwelche andere weiche Stoffe unter die Lärm verursachenden Teile der Maschine legte. Große Bedeutung hatte es, daß die Maschine richtig aufmontiert war. Man wählte dafür den festesten und glattesten Teil des Fußbodens und setzte die Maschine auf ein besonderes Fundament. Für Tiegel wählte man gewöhnlich ein hölzernes Fundament. Die Maschine und das Fundament wurden fest an den Fußboden angeschraubt. Es war von außerordentlich großer Bedeutung für einen geräuschlosen Gang der Maschine, daß die Maschine stets in gutem Zustande gehalten, ordentlich geputzt und geschmiert wurde.

Nicht immer gelang es, das Geräusch, das beim Drucken entstand, vollständig abzdämpfen, und dann mußte man zu anderen Mitteln greifen. Das Geräusch vom Rollen der Walze ähnelt z. B. sehr dem Geräusch, das ein Kinderwagen verursacht, der im Zimmer hin- und hergefahren wird. Wenn also in der Familie ein kleines Kind vorhanden war, so griff man gewöhnlich zu diesem Mittel.

O. Pjatnizki erzählt von seinem ersten Besuch in der Druckerei auf der Roshdestwenka.

„Nach Besichtigung des Kellergeschosses begab ich mich in den Laden. Hier oben konnte man hören, wie die amerikanische Maschine arbeitete. Sobald nur irgend jemand in den Laden kam, gaben der Ladeninhaber oder die Verkäufer durch ein Signal zu erkennen, daß ein Kunde in den Laden gekommen sei. Wir beschlossen damals, eine Klingelleitung anzulegen, um jederzeit durch ein Signal mitteilen zu können, ob weiter gearbeitet werden darf oder ob die Arbeit einzustellen ist.“

Wir haben weiter oben von dem Risiko und den Schwierigkeiten berichtet, mit denen das häufige Herbeischaffen und Fortschaffen von „Sachen“ verknüpft waren. Es gab eine Methode, das Risiko, das das Herbeischaffen von großen Papiermengen und der Abtransport von fertiggedruckter Literatur mit sich brachten, zu verringern, das war die Dezentralisation des ganzen Druckereiwesens. Große Geheimdruckereien wurden in mehrere kleine aufgelöst, von denen jede ihre früheren Funktionen beibehielt. Aus den Erinnerungen N. Kudrjaschows erfahren wir

Moskau ganze 5 illegale Druckereien besaß. Es gab auch Fälle, in denen die Druckereien verschiedene Funktionen zu erfüllen hatten. In der einen wurde nur gesetzt, und die Matern gegossen, in der anderen wurde gedruckt.

O. Pjatnizki erzählt davon, wie er im Jahre 1907 in Moskau eine Arbeitsteilung zwischen legalen und illegalen Druckereien durchgeführt habe. „Ich machte Parteigenossen in verschiedenen großen Druckereien ausfindig, in der Druckerei Jakowlews und in der Sytin-Druckerei oder in der Druckerei Kuschnarjows. In einer Druckerei wurde gesetzt und die Matern gegossen, während in unserer illegalen Druckerei gedruckt wurde. Oder in einer Druckerei wurde gesetzt und in einer anderen auf Flachdruckmaschinen gedruckt.“

### Wie gelang es den Gendarmen und der Ochrana, Geheimdruckereien aufzudecken?

Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß eine unterirdische Druckerei gewöhnlich nur eine Lebensdauer von einigen Monaten hatte. Nur selten lebte und arbeitete eine Druckerei ein Jahr und mehr. Worin liegt nun die Ursache einer solchen Tatsache, die auf den ersten Blick unbegreiflich erscheinen mag? Vielleicht war es die glänzende Organisation der Kriminalpolizei, vor der man nichts verborgen halten konnte, die man nicht betrügen, nicht hinters Licht führen konnte? Nein, die Methoden der Kriminalpolizei blieben Jahrzehnte hindurch fast unverändert, waren äußerst primitiv und hauptsächlich auf Provokation aufgebaut, d. h. auf Bespitzelung und Information von Agenten, die in die Organisationen eingeschmuggelt wurden. Wenn aber auch der Ochrana mit Hilfe von Provokationen vieles gelang, so war sie doch häufig genug gezwungen, große Zugeständnisse an die revolutionäre Bewegung zu machen, um den Provokateur nicht zu gefährden.

### Der „Gratulationsbrief“ an den Gendarmeriegeneral

Eine gewisse Vorstellung davon, wie viele Gendarmerieverwaltungen arbeiteten, gibt folgende charakteristische Tatsache:

*Im Jahre 1902 feierte eine der Koryphäen der Gendarmerie, General Nowitzki in Kiew sein 25-jähriges Dienstjubiläum. Aus diesem Anlaß sandte ihm das Kiewer Komitee der SDAPR seinen „Glückwunsch“, der in der unterirdischen Druckerei sorgfältig gedruckt und in zahlreichen Exemplaren in der Stadt verbreitet worden war. Wir wollen nur einzelne kurze Stellen aus diesem „Gratulationsbrief“ bringen:*

*„... Ein Vierteljahrhundert haben Sie auf Ihrem Posten gestanden. Viele Tausende von Menschen haben Sie in dieser Zeit*

70  
verhaften, bei einer noch größeren Anzahl Haussuchungen vornehmen lassen ... Nur in den seltensten Fällen haben Sie sich Ihre Opfer in den Reihen dieser oder jener revolutionären Fraktion gesucht und haben es ganz systematisch vermieden, uns Mitglieder des Komitees der Sozialdemokratischen Partei zu belästigen, die wir schon viele Jahre diesem Komitee angehören. Unsere Druckerei besteht in Kiew bereits fast 4 Jahre, während dieser Jahre ununterbrochener Arbeit sind unsere Lettern schon abgenützt, und obwohl Sie in dieser Zeit sicherlich nicht weniger als 1000 Wohnungen durchschnüffelt haben, haben Sie sich dabei stets diejenigen ausgesucht, in denen die Druckerei nicht war und auch gar nicht sein konnte ...

Durchdrungen von tiefster Dankbarkeit für Ihre Dienste, sind wir davon überzeugt, daß Ihre oberste vorgesetzte Behörde auch künftig Ihnen ihre Huld bekunden wird, wie sie sie Ihnen im vergangenen Jahre bekundet hat, als Sie damit beauftragt wurden, die Untersuchung gegen die Reichsorganisation der 'Iskra' zu führen. 10 Angeklagten haben Sie liebenswürdig die Möglichkeit gegeben, das Kiewer Gefängnis zu verlassen und haben dann vernünftigerweise die Untersuchung auf eine falsche Fährte gelenkt ... (Novitzki, „Aus den Memoiren eines Gendarmen“.)

Wenn man alle Uebertreibungen übergeht, die in diesem „Glückwunschschreiben“ enthalten sind, so wird in ihm doch die Tatsache richtig festgestellt, daß die Schläge der Gendarmerie nicht so sehr die Revolutionäre trafen als die Sympathisierenden, die liberale Bourgeoisie, die Studenten, oder gar auch den einfachen Spießbürger, der gar nichts mit der Bewegung zu tun hatte — „nicht das Pferd, sondern die Deichsel“.

### Kleinigkeiten, die schwere Folgen haben

Wenn nun die Ursache für das häufige Auffliegen von Druckereien nicht in der Kunst der Gendarmen und der Ochrana zu suchen war, worin bestand sie dann sonst? In der Fahrlässigkeit der Revolutionäre, in einer gewissen Schlamperei und Undiszipliniertheit, in leichtsinniger Nichtbeachtung der Regeln der Konspiration bei der Einrichtung der Druckerei, während der Arbeit und bei dem Verkehr mit der Außenwelt usw.

Zitieren wir aus der Instruktion, die der Chef der Moskauer Ochrana, Sawarsin, im Jahre 1910 ausgearbeitet hat, und die sich auf die Spitzelei auf Bahnhöfen, in Hotels und Privathäusern und Wohnungen bezieht, einzelne Punkte, die in diesem Zusammenhang von ganz besonderem Interesse sind.

„7. Die Oberpolizisten sind verpflichtet, mit den Gepäckschaffnern und den Beamten der Gepäckaufnahme, mit den

**Damenklosett-Wärterinnen usw. konspirative Beziehungen aufzunehmen."**

**"8. ... sind verpflichtet, in Beziehung zu treten mit den Ältesten der Gepäckträger-Artels, damit die Personen namhaft gemacht werden, die sich an sie mit dem Ersuchen wenden, das Gepäck vorsichtiger zu tragen, oder deren Gepäck bei unbedeutendem Umfang über großes Gewicht verfügt usw."**

**"Der Beobachtung von Privatwohnungen und -häusern muß der Gedanke zugrunde liegen, daß jeder Portier, jeder älteste Hausknecht, jeder Paßbeamte und Büroangestellte in dem Hausbüro, wenn ein solches vorhanden ist, für die örtliche Polizei 'unsere Leute' sind."**

**"Den genannten Personen muß die ständige Beobachtung alles dessen obliegen, was in privaten Häusern und Wohnungen vor sich geht, sowie aller verdächtigen Erscheinungen im inneren Leben der Bewohner des Hauses wie z. B. häufige Ansammlungen oder verdächtige Arbeiten in privaten Wohnungen ... Eine Lebensweise, die dem angegebenen Berufe nicht entspricht, ein zurückgezogenes Leben, Nichtheranziehen der Diensthoten zum Aufräumen der Räumlichkeit, zu geheimes Benehmen, Vermeiden von Zusammentreffen mit Hausknechten und Schweizern ..."**

**"Ebenso ist zu vermerken, ob die Wohnung nicht den Neuankommenden von einer Person übergeben worden ist, die verhaftet war, bei der Haussuchungen vorgenommen wurden oder über die geheime Erkundigungen von der Polizei eingezogen wurden. Erregt nicht das Dienstmädchen Verdacht durch ihr intimes Verhältnis zu ihren Brotherren, wenn sie sich auf 'gleichem Fuße' mit ihnen bewegt, ob sie nicht Diensthoten anderer Einwohner aus dem Wege geht, und ob sie nicht den Eindruck einer intelligenten Person erweckt usw." Die Instruktion schlägt ferner vor, ernsteste Beachtung solchen Kleinigkeiten im Leben eines neuen Wohnungsmieters zu schenken, die die Polizei auf die Spur eines Verbrechens lenken könnten: „... woher er Briefe bekommt, wohin er selbst schreibt, wer ihn besucht, ob er den Schlüssel von seinem Zimmer mit sich nimmt ... ob er den Diensthoten reichliches Trinkgeld gibt, genaue Aufzählung der Sachen, die er sich mitgebracht hat (hierbei muß man den Personen besondere Aufmerksamkeit schenken, die überhaupt keine Zeichen in ihrer Wäsche tragen oder bei denen sie abgetrennt sind, oder wenn sie Zeichen haben, so muß man feststellen, ob sie den Initialen der Ausweise der betreffenden Person entsprechen) ..." usw.**

**Alle diese „Kleinigkeiten“ mußten die Revolutionäre im Auge haben, wenn sie nicht selbst hereinfliegen und gar die Organisation**



mit Herkneifen wollten. Durchaus nicht immer wurden alle Vorsichtsmaßregeln getroffen. Es war ein Glück für die Revolutionäre, daß alle solche Instruktionen nur selten beachtet wurden. Dienstboten, Hausknechte, Unter- und Oberpolizisten sowie die Herren Reviervorsteher selbst und ihre Vorgesetzten zogen es vor, reichliche Trinkgelder zu erhalten, anstatt „wohin notwendig“ zu berichten. „Bin ich ein Dummkopf, bin ich mein eigener Feind?“ — sagten sie sich gewöhnlich in solchen Fällen.

### Die Polizei über Geheimdruckereien

Wir lassen weiter unten Auszüge aus Schriftstücken des Archivs des Polizeidepartements folgen, die sich auf hochgegangene unterirdische Druckereien beziehen und die Ursachen des Hochgehens illustrieren, wie sie in den Meldungen und Protokollen der Gendarmen klargelegt werden.

Hier z. B. eine Meldung des Chefs der bessarabischen Gouvernementsverwaltung an das Polizeidepartement „über die in Kischinew am 6. April 1905 genommene Geheimdruckerei der Odessaer Gruppe des ZK der SDAPR“.

„Die von mir auf geheimem Weg erhaltenen Nachrichten wiesen darauf hin, daß in der Stadt Kischinew an der Ecke der Schmiede- und der Bulgarischen Straße, im Hause Nr. 17, irgendein junger Jude und eine Jüdin leben, die eine sehr verdächtige Lebensweise führen und sich anscheinend mit Druckereiarbeiten beschäftigen, wobei zu ihnen täglich ein und dieselben unbekannten 4 oder 5 jungen Juden kommen, die längere Zeit in der Wohnung bleiben und dann ebenso geheimnisvoll fortgehen. In Anbetracht der vorliegenden Agentenmeldungen, daß bereits seit dem Dezember 1901 in Kischinew eine Geheimdruckerei arbeitet, sowie auch in Anbetracht der erhaltenen Meldungen, die auf die unbekannten Juden als auf Leute verwiesen, die sich mit der Druckereisache befassen, wofür als Bestätigung Tatsachen angeführt wurden, daß ihre Ärmel stets aufgekrämpelt sind und ihre Arme fast bis zum Ellenbogen mit irgendeiner Tintenfarbe, anscheinend Druckerschwärze, beschmiert sind, und daß sie andauernd irgendeine tintenartige Flüssigkeit in den Ausguß gießen, habe ich es für nötig gehalten, eine Haussuchung vorzunehmen ...“ usw. In der Wohnung wurde eine ganze Druckereieinrichtung und mehr als 3000 Flugschriften verschiedener Bezeichnung gefunden.

Wir haben hier ein krasses Beispiel für die manchmal geradezu außerordentliche Sorglosigkeit, die Leute bekundeten, die treu ergeben und voll Opfermut für die Sache der Revolution kämpften. Aber die Opferbereitschaft war dort unzureichend, wo vor allem eiserne Disziplin, Umsicht und unbedingte Konspiration erforderlich waren.

70

Hier eine andere Meldung über eine Geheimdruckerei in Char-kow in der Bäckerei des Kleinbürgers Semjon Less im Jahre 1906, die liquidiert wurde, ehe sie noch richtig an die Arbeit gegangen war. Das Malheur bestand darin, daß „eine Firma da war, jedoch Waren fehlten, während viele ‚Kunden‘ kamen“.

„Semjon Less ... heißt es in der Meldung, beteiligte sich an der Einrichtung der Druckerei, mietete eine Bäckerei im Hause Nr. 27 der Sumskaja uliza, unter dem Firmenschild einer Filiale der Bäckerei seiner Mutter ... Die Wohnung bestand aus vier Zimmern, von denen zwei für die Bäckerei und Konditorei, eins für die Kassiererin und Verkäuferin bestimmt war, während das vierte leer stand (1).“

Wir haben weiter oben einige Male darauf hingewiesen, daß es mit äußersten Schwierigkeiten verknüpft war, eine Druckerei in einer konspirativen Wohnung einzurichten. Andererseits ist es interessant, festzustellen, daß keine einzige Räumlichkeit, die unter der Erde lag, und wenn sie auch noch so ideal war, wenn sie von der Außenwelt völlig isoliert war, eine Garantie gegen ein Auffliegen der Druckerei bieten konnte, wenn in der Organisation von anderen Teilen des illegalen Druckereiwesens oder in der alltäglichen, laufenden Arbeit grobe Verletzungen der Konspiration vorkamen.

### Geheimdruckerei und Bomben

Hier z. B. die Meldung des Polizeidepartements „über die Geheimdruckerei und geladene Bomben, die in Tiflis am 15. April 1906 im Hause Rostomoschwili gefunden wurden“.

„Bei einer Reihe von Haussuchungen, die in einem Außenstadtteil von Tiflis in ‚Awlabar‘ vorgenommen wurden, wurde auch eine Haussuchung in dem Anwesen Rostomoschwilis vorgenommen ... In dem Keller dieses Hauses, das drei Tage vorher von den Einwohnern verlassen worden war, wurden 7 gläserne Zünder gefunden, die in Papier eingewickelt waren, das Druckspuren aufwies, das brachte uns auf den Gedanken, daß sich in diesem Anwesen möglicherweise eine Geheimdruckerei befinde.“

Außer dem Wohnhaus befanden sich dort zwei kleine Schuppen. In einem von ihnen fand man, als der Boden mit einem Spaten aufgegraben wurde, drei bronzene Bomben, die mit Dynamit gefüllt waren. In diesem Schuppen befand sich ein runder, gemauerter Brunnen, in den über eine Rolle ein starkes Seil führte. Ein Mann, der an diesem Seil herabgelassen wurde, fand in einer Tiefe von 3 Faden einen Seitengang, der anderthalb Arschin hoch war und zu dem Wohnhaus führte. Dieser Umstand 37

veranlaßte uns, im Keller des Wohnhauses ein Loch zu graben. In einer Tiefe von 2 Arschin stießen wir auf einen Bretterboden, und als wir die Bretter hochgenommen hatten, sahen wir eine Oeffnung in der Ziegelsteinwand und begaben uns auf einer 10 Arschin langen Leiter, die wir heranschleppten, in einen geräumigen, mit Ziegelsteinen ausgekleideten Keller, in dem sich eine Druckerpresse mit einem Schwungrad vom Schlage der amerikanischen Bostonmaschinen, 40 Kasten mit Schriften, Dutzende Pud Satz in drei Sprachen — russisch, georgisch und armenisch — befanden. Ferner bereits fertiger Satz und Dutzende von Pud gedruckter revolutionärer Proklamationen und Broschüren in diesen Sprachen und fertiges Druckpapier. Außerdem wurden ein Graveurtisch und 23 Messingstempel verschiedener Regierungsämter, sowie einige Paßformulare und ausgefüllte Pässe gefunden. In einer Ecke befand sich ein Blechkasten mit 15 Pfund Dynamit, in den eine Zündschnur eingesetzt war, sowie auch einige Pfund Dynamit in Patronen und eine Menge Glasröhren mit Flüssigkeiten zur Vorbereitung von Sprengstoff. Zwischen dem ersten und zweiten Keller waren in der Erde Formen für massenweise Herstellung von Sprengkapseln vergraben ..." usw.

Sogar jetzt, nach Jahrzehnten, vergißt man beim Lesen solcher Zeilen, daß das alles der Vergangenheit angehört und seine Bedeutung verloren hat, ist man erschüttert von der Tragik des Geschehens, ist man erstaunt, wie dank der Fahrlässigkeit und kindischalbernem Leichtsinns ein grandioses Unternehmen zugrunde gerichtet wurde, das in mühevollster Arbeit und mit einem großen Aufwand von Mitteln eingerichtet worden war.

Die Bedeutung der illegalen Presse war im Leben der Partei, die illegal oder halblegal arbeitete, außerordentlich groß, und die materielle Grundlage der Presse — die illegalen Druckereien — mußten von anderen illegalen Unternehmen der Partei völlig getrennt sein. Die illegalen Druckereien, die am besten organisiert waren, arbeiteten so konspirativ, daß sie von keinem einzigen Parteigenossen, und wenn es auch ein Mitglied des ZK war, besucht werden konnten, es sei denn, daß er unmittelbar mit der Druckerei zu tun hatte und die entsprechenden Vollmachten des ZK hatte. Nur ein ganz enger Personenkreis, oder richtiger gesagt, nur einzelne Personen kannten die Adresse der Druckerei. Die Genossen aber, die in den Druckereien arbeiteten, konnten nur ganz selten, wie wir oben gesehen haben — zweimal, oder gar nur anderthalbmal im Monat — das „Licht Gottes“ erblicken.

Das alles waren Binsenwahrheiten, die natürlich auch den Genossen von Tiflis vorzüglich bekannt waren. Die kurze Periode

Lockerung der Disziplin der Parteigenossen, führte dazu, daß sie die allerelementarsten Grundlagen der Konspiration vergaßen.

Was stellte eigentlich ihre unterirdische Druckerei dar? Ein Laboratorium für Sprengstoffe, eine Werkstatt für das Laden von Bomben, ein Lager für die Aufbewahrung von Bomben und illegaler Literatur, ein Paßbüro — mit einem Wort ein „Warenhaus“. Unter solchen Verhältnissen war es ganz natürlich, daß dort sehr viele Leute, und zwar alle möglichen Leute ein- und ausgingen. Die Druckerei besaß eine Droschke oder ein Kabriolet, das von verschiedenen Leuten zum Transport von allen möglichen „Waren“ benützt wurde. Bei solcher Organisation durfte eine polizeiliche Haussuchung nicht unerwartet kommen, konnte sie kein Zufall sein.

Aber auch die Haussuchung hätte nicht zur Entdeckung der Druckerei zu führen brauchen, wenn die Arbeit innerhalb des Betriebes konspirativ genug organisiert gewesen wäre. Man hätte die Bomben und das Zubehör zu ihnen entdeckt und sich damit zufrieden gegeben. Wenn sich aber die Konspiration in irgendeiner Beziehung gelockert hatte, so war das immer ein Anzeichen, ein Symptom dafür, daß es auch in anderen Beziehungen um die Sache nicht wohl bestellt war.

So war es auch hier. Innerhalb des eigentlichen Betriebes verschmolz sich die Arbeit der Druckerei und der Bombenwerkstatt, floß ineinander über. Es stellte sich heraus, daß die gläsernen Zünder in Papier mit ... Druckspuren eingewickelt waren, und das brachte die Polizei auf die richtige Spur. Aber selbst in diesem Falle hätte man die Druckerei nicht völlig verloren geben dürfen, wenn die Revolutionäre beim Verlassen des Anwesens sich an den Seitengang im Brunnen erinnert und ihn so oder anders vermauert hätten. Aber nichts dergleichen war geschehen.

Von dem zersetzenden Einfluß der „Freiheiten“ auf die Parteigenossen in den Jahren 1905 und 1906 erzählt einer von den alten illegalen Genossen und Organisatoren illegaler Druckereien, Genosse Kudrjaschow. Von dem Hochfliegen der Druckerei hinter der Krestowskaja Sastawa im Jahre 1905 sagt er: „Die Wohnung hinter der Krestowskaja Sastawa haben wir selbst verraten, in der allergemeinsten Weise verraten“ und zwar folgendermaßen: „Als sich auf dem unbebauten Platz, gleich bei dem Zaune des Hauses, in dem sich die Druckerei befand (beim Kuhstall der Frau Tschukajew) die Arbeiter versammelten und ein Meeting veranstalteten, und man auf dem Hof der Druckerei die Versammlungsreden zu hören begann, da hielten es die Genossen, die in der Druckerei saßen, nicht mehr länger aus, nahmen einen



Arm voll fertiger Proklamationen und warfen sie unter die Arbeiter, die sie sofort aufgriffen ... Von diesem Zeitpunkt an war die Wohnung der Frau Tschukajew aufgefliegen."

Die gleichen Ursachen führten nach den Worten Kudrjaschows auch dazu, daß an ein und demselben Tag, dem 18. März 1906, drei Druckereien des Moskauer Komitees aufflogen. „Infolge der Freiheitsbewegung — sagt er — gerieten unsere Leute außer Rand und Band, begannen Versammlungen zu besuchen, sich in der Tschukajew-Wohnung zu versammeln, hörten auf zu konspirieren und legten so die ganze Sache herein."

## An Stelle eines Schlußwortes

Wir sind am Ende unserer kurzen Skizze. Das Leben der Leute, die sich der schweren Arbeit des illegalen Druckers gewidmet haben, haben wir möglichst genau beschrieben.

Die Epoche, in der diese Leute arbeiteten, gehört der Geschichte an. Die Geschichte wird auch dankbar der Leute gedenken, die sich der Sache der Revolution geopfert haben, die allein die Menschheit in eine neue, bessere Epoche führt.

Wenn diese kurze Skizze dazu beitragen wird, die Tätigkeit und den Charakter dieser ungewöhnlichen Leute besser zu verstehen und zu werten, dann wird die Arbeit, die wir auf die Zusammenstellung dieser Skizze verwandt haben, nicht umsonst getan sein.

Staatapolizei, -Inspektion 6. -

Hamburg, den 3. Mai 1933

Allgemein-Bericht

Über die Aushebung der sechs kommunistischen  
Geheimdruckereien.

Am 24.4.33 wurde der Staatapolizei bekannt, dass z. Zt. in der "Neuen Hamburger Kunst- und Buchdruckerei" Alterwall 70, illegale kommunistische Druckschriften gefertigt würden und in dieser Druckerei in der letzten Zeit mehrfach solche Produkte gefertigt worden seien. Die sofortige Überholung hatte den Erfolg, dass man dort gerade dabei war, eine illegale Mai-Karte in Postkarten-Grösse herzustellen, auf der ein Arbeiter die als solche bezeichnete diktatorische Fessel sprengte. Sie sollte als kommunistisches Propagandamittel gegen den 1. Mai Verwendung finden. Von diesen Karten wurden 18.000 Stück sichergestellt. Die weitere Feststellung, dass es sich hier um ein rein kommunistisches Unternehmen handelt, gab Veranlassung, die gesamte Druckerei polizeilich zu schliessen und sämtliche vorhandenen Maschinen und Materialien im Werte von ca. 200.000 Mark zu beschlagnahmen. Die Feststellungen haben weiter ergeben, dass der hier fungierende Geschäftsführer

Max Strömer,

bis zum Juli 1932 als Geschäftsführer in der hiesigen kommunistischen "Volkszeitung" tätig war, und dann dort ausschied, um nach aussen hin angeblich ein eigenes Unternehmen zu gründen. In Wirklichkeit aber stellten sich damals die Hamburger Kommunisten schon auf die heutige Illegalität ein und, wie sich bei den jetzigen Vernehmungen

1. M 21696/4.5.

4500

des Ströhmer herausgestellt hat, ist das Betriebskapital von dem Direktor des Pöuvag-Verlags, Berlin, Willi Langrock, beschafft worden. An verbotenen Druckerzeugnissen sind bis zum Zugriff der Polizei dort gedruckt worden. Die Februar-März Broschüre "The Negro Worker", die längst verboten ist und 30.000 kleine Braun-Karten mit der Aufschrift auf der Rückseite: "Gegen Hitler ! Für Freiheit und Sozialismus, für die Partei Ernst Thälmanns", und kosteten pro Stück 10 Pfennige für den antifaschistischen Massenkampf. Ausserdem 160 Zentner des internationalen Romans "Streik" von Mary Heaton Vorse. Unzählige Elischées, die sichergestellt werden konnten, führen den Beweis, dass es sich hier um eine kommunistische Druckerei grössten Ausmasses handelte.

Ströhmer konnte in dem Moment festgenommen werden, als er sich in einem Hotel beim Hauptbahnhof aufhielt und offensichtlich einen Zug nach Berlin abwartete, um zu seiner in Erkner, Voltersdorfer-Landstrasse 9 wohnenden Ehefrau zu fahren. In seinem Besitz wurden Reichsmark 674.- und ein Auslandspass gefunden. Bank- und Postscheck-Konten wurden polizeilich gesperrt. In dieser Druckerei wurden ausser Ströhmer weitere sieben Personen festgenommen.

Am selben Abend wurde der Druckerei-Betrieb von

Otto Weidlich

überholt. Es wurden zwei Sätze für die illegale kommunistische "Hamburger Volkszeitung" gefunden und eingezogen. Bei den hier gemachten Feststellungen wurde der Beweis erbracht, dass von hier aus die Schandbroschüre "Die Wahrheit über den Reichstagsbrand" (Enthüllungen über das Attentat nationalsozialistischer Provokateure) in zwei Auflagen von insgesamt 15.000 Exemplaren gedruckt worden sind. Ausserdem hat Weidlich 7000 Exemplare der Broschüre "Im Zeichen des Kreuzes" gedruckt, die sich inhaltlich ebenfalls mit dem Reichstagsbrand befasst und am Schluss zusammengefasst die Beweise aufzählt, die den Brandstifter van Lubbe als National-Sozialisten stempelt. Weidlich kommt ferner für diverse Ausgaben in verschiedenen Formen der illegalen kommunistischen "Hamburger Volkszeitung" in Frage. Sein Betrieb im Gesamtwerte von etwa 8.000 M.

(Anschaffungswert ) wurde polizeilich versiegelt.

Weidlich ist seit Jahren Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei, Stadtbezirk Hamm-Nord. Er hat für seine Tätigkeit angeblich M 150.- bekommen.

Am 26.4. gelang es die Buchdruckerei von Alfred Kummerfeldt, Hamburg, Schürbeckerstrasse 2, in dem Augenblick zu überraschen, als er dabei war, das Flugblatt " Vor dem Bankrott der Hamburger Finanzen.- Vor dem Zusammenbruch des deutschen Handels. " in einer Auflage von 15.000 Stück zu drucken. Dort wurden auch das Flugblatt "Thälmann-Aufgebot am 1.Mai " in einer Auflage von 15.000 Stück "Jugendtreffen 1933 " in einer Auflage von 8.000 Stück, " Frauen als Geiseln in Hamburger und Altonaer Gefängnissen " in zweimaliger Auflage von insgesamt 20.000 Stück hergestellt. Sämtliche hierzu benutzten Maschinensätze wurden vorgefunden und eingezogen und der Betrieb im Gesamtwerte von ca. 4.000 Reichsmark geschlossen und versiegelt. Hier wurden Vater und Sohn in Haft genommen :

Im Laufe des Tages konnte der Setzer Erwin V e s t , der am Hopfenmarkt 18-20 einen Setzreibetrieb unterhielt, überführt werden, für die meisten der vorgenannten illegalen Druckschriften die erforderlichen Maschinensätze gesetzt zu haben. Das trifft insbesondere zu für die Schmutzschrift "Die Wahrheit über den Reichstagsbrand ", die von Weidlich gedruckt wurde. Es konnte festgestellt werden, dass Vest betrieblich mit dem reinen kommunistischen Unternehmen am Neuen Wall, der "Neuen Hamburger Kunst- und Buchdruckerei " in Verbindung stand, von der er mit Typen versehen worden war . Auch dieser Betrieb, im Gesamtwerte von 18.000 Reichsmark, wurde polizeilich geschlossen .

In der darauffolgenden Nacht konnte der kommunistische Verbindungsmann der sogenannten illegalen Pressegruppe, der die einzelnen Druckereien mit Aufträgen belieferte und hier und bei den Druckereien



4605  
unter dem Decknamen " Hermann " bekannt war, in der Person des  
Ingenieurs Rk

Richard S t a r k , geb. am 8.3. in Lübeck  
festgenommen werden. Stark ist nur teilweise geständig, doch sind die  
Beweise seiner illegalen Tätigkeit vorhanden. Er war im Besitz zweier  
Auslandspässe deren Herkunft noch zu prüfen sein wird.

Am 27.4.1933 wurden bei einem hiesigen Möbeltransporteur  
etwa 14 Zentner der illegalen kommunistischen Broschüre, 24seitig und  
betitelt " Kunst und Wissenschaft im neuen Deutschland " von Prof. Dr.  
Schmidt-Lamberg, polizeilich beschlagnahmt. Als Druckerei konnte am  
28.4. die in Harburg-Wilhelmsburg, Kleiner Schippsee 1. Mtg. gelegene  
Buchdruckerei von Friedrich H a m m festgestellt werden.  
Nach anfänglichen Leugnen wurde H a m m schließlich überführt die  
illegalen kommunistischen Druckschriften " Neue Arbeiter-Zeitung (Hannover) " und Flugblätter gegen S.F.D. und die heutige Regierung  
in unbekannter Anzahl gedruckt zu haben. H a m m war schließlich  
geständig. Sein Betrieb im Werte von 9.000 Reichsmark wurde polizeilich  
geschlossen, Bank- und Postescheck-Konten wurden gesperrt, Hamm und sein  
Setzer in Haft genommen.

Am selben Abend konnte in Hamburg, Koppel 33 eine Verteilungsstelle für kommunistische illegale Druckschriften ermittelt und  
ausgehoben werden. Dort wurden ca 40.000 Exemplare der vorstehend aufgeführten und in den einzelnen Druckereien hergestellten Erzeugnisse  
sichergestellt werden.

Gleichzeitig wurde in Hamburg, Süderstrasse 133, eine  
weitere Verteilungsstelle ermittelt und ausgehoben. Dort wurden ca.  
10.000 Stück in kleinen Paketen zurechtgemachte illegale Flugblätter  
sichergestellt. Die Inhaber dieser Verteilungsstellen sind in Haft  
genommen.

Schliesslich konnte am 27.4.33 als sechste und letzte  
Druckerei für kommunistische illegale Druckschriften die Buchdruckerei

1977  
Nachdruckerei von

Wilhelm L o h s e , Henriettenstrasse 27

ermittelt werden. Wenn Lohse bisher auch noch nicht zum Geständnis zu bringen war, so befanden sich doch die Beweise dafür in den Händen der Polizei, dass Lohse für mindestens drei verschiedene kommunistische illegale Druckerzeugnisse als Hersteller in Frage kommt. So hat er u.a. die kommunistische " Rote Hafen-Wacht" hergestellt. Lohse ist ferner Verbindungsmanu zwischen den hier in Frage stehenden Angehörigen der genannten Pressegruppe anzusehen und hat das Haupt dieser Gruppe und andere Mitglieder mehrfach in seinem Fahrzeug (Motorrad mit Beiwagen ) in Hamburg befördert. Sein Betrieb im Werte von 18.000 Reichsmark sowie das Fahrzeug sind polizeilich sichergestellt.

Die Feststellungen über die hier bestandene und durch diese polizeilichen Zugriffe höchstwahrscheinlich erledigte kommunistische illegale Pressegruppe hatten in organisatorischer Hinsicht folgendes Ergebnis:

In den vier grössten Stadtteilen Hamburgs war je eine sogenannte Künfer-Gruppe zusammengestellt, die sich ausschliesslich mit diesen illegalen Presseobliegenheiten zu befassen hatten. Im Mittelpunkt dieser vier Gruppen standen hier ein Mann und eine Frau bei denen die Fäden zu diesen vier Stadtteilen zusammenliefen, die die einzelnen Drucker selbst aufsuchten und bewerteten, noch bevor sie einen Auftrag bekamen, und die die hierfür erforderlichen Gelder beschafften. Die beteiligten Personen gingen ausschliesslich unter einem Decknamen, wie z.Bsp. Friedel alias Friedel Neumann, alias Friedel Siemsen, Hermann, Karl, Ossi, der Kleine, und Franz. Unter diesen Namen wurden auch die Auftraggeber bei den jeweiligen Druckerei-Besitzern vorstellt und es wurden in der Hauptsache solche Druckerei-Besitzer ausgesucht, die in gänzlich harmlosen Stadtvierteln wohnten und die die Not den kommunistischen Absichten gefügig machte .

4408

Die als Auftraggeber auftretenden Leute waren gut gekleidet und intelligent. Als Transportmittel für die fertiggestellten und sauberlich verpackten Druckerzeugnisse wurden an den Strassen haltende Kraftdroschken und Lieferwagen benutzt, was nach aussen hin keinen Verdacht erregte. Notwendig werdende Zusammenkünfte dieser Verbindungsleute wurden in kleinen Gruppen und an den Hoch- und Vororts-Bahnhöfen getätigt. Für den Fall, dass man sich verpasste, war ein sogenannter Nottreff vereinbart, der in der Folgezeit um 8 Uhr morgens oder 20 Uhr abends begangen wurde, um so die Verbindung baldmöglichst wieder herzustellen.

Die fertiggestellten Erzeugnisse wurden in den einzelnen Stadtteilen an bestimmte Verteilungsstellen geliefert, wo sie in kleine Päckchen mit höchstens 100 Exemplaren verpackt wurden, und von wo sie dann durch zuverlässige Genossen abgeholt und verteilt wurden. Damit sollte verhütet werden, dass der Polizei gleich die ganze Auflage der jeweils betroffenen Druckschriften in die Hände falle. Diese einzelnen Verteiler, sowie die Inhaber der Verteilungsstellen wussten nicht, wo die ihnen gebrachte Druckschrift hergestellt war, um so einem Verrat vorzubeugen.

Es erscheint notwendig auf die vorgenannte und hier im Mittelpunkt der Angelegenheit stehende Frau hinzuweisen, da sie angeblich Anfang März von Berlin nach Hamburg gekommen sein soll, und vermutlich jetzt Hamburg auch wieder den Rücken gekehrt hat, um möglicherweise in einer anderen deutschen Grossstadt ihre kommunistische Wahlarbeit fortzusetzen. Diese Frau nannte sich, aber nur im allernotwendigsten Falle, bald Friedel Neumann, bald Friedel Siemsen und wurde hier von den übrigen Angehörigen der Pressegruppe "Cheffin" genannt. Sie ist etwa 1.75 gross, ca. 28 Jahre alt, sehr schlank und hager, nachlässigen Gang, hat dünne Beine und war hier bekleidet mit schwarzer kleiner Mütze und dunklem gewöhnlichem Mantel; hatte schlechte Zähne und legte auf ihr Ausseres sehr wenig Wert.

78 159

Angeblich soll sie von Berlin aus gesucht werden und signalisiert sein. Leider gelang es nur einem und zwar "Hermann" festzunehmen, doch besteht die Aussicht, weitere Angehörige dieser Pressegruppe zu fassen.

Mit dieser Tätigkeit der Staatspolizei aber war den Hamburger Kommunisten jede Möglichkeit zur Gegenpropaganda am 1. Mai ds. J. genommen. Die Feierlichkeiten am 1. Mai verliefen deshalb in Hamburg, abgesehen von dem Versuch einer kleinen illegalen Demonstration im Stadtteil St. Pauli, völlig ruhig.

Sämtliche in dieser Sache festgenommenen 22 Personen sind wegen Hochverrats beziehungsweise Vorbereitung oder Mittäterschaft dem Gericht zugeführt. Die eingezogenen Druckerzeugnisse werden vernichtet.

[ In der Anlage sind je ein Exemplar der hier erfassten kommunistischen illegalen Druckerzeugnisse beigelegt.

Kreis,  
Kriminalkommissar ]



Berlin, den 17. Mai 1933

IAN. 2169 b/ 4. 5. 33

1. Vermerk:

Der Bericht der Staatspolizei, Inspektion 6 der Polizeibehörde Hamburg über die Schliessung kommunistischer Geheimdruckereien in Hamburg ~~in Hamburg~~ gibt ein anschauliches Bild über die illegale Tätigkeit der KPD. Er ist nicht nur für die Nachrichtenstellen der Länder, sondern auch für den Untersuchungsrichter des Reichsgerichts für die Aufklärung des Reichstagsbrandes und unter Umständen auch für das Propaganda-Ministerium von Interesse.

2. An

die Nachrichtenstellen der Landes-  
regierungen  
- gemäss anliegendem Verteiler-

Betr.: Aushebung von komm. Geheim-  
druckereien durch Staatspolizei  
Hamburg.

In der Anlage übersende ich ergebenst zur gefl. Kenntnis einen Bericht der Staatspolizei Hamburg über die Aushebung von 6 kommunistischen Geheimdruckereien in Hamburg.

3. ~~Unter Abschrift von Bill. 2~~

An

den Untersuchungsrichter des Reichs-  
gerichts, Herrn Reichsgerichtsrat  
Vogt,

Berlin NW.,  
Freitag

In der Strafsache gegen den Maurer Marinus  
van der Lubbe und Gen. wegen Vorbereitung zum  
Hochverrat u.ä. - 15 J 86/33 - übersende ich

beizuf. Abschrift d. Berichts  
aus Hamburg 17.5.33 ohne  
letzten Absatz  
bgl. jle

18653  
3. Kgl.  
24. 9. 17.5.33  
4. 9. 17.5.33  
24. 9. 17.5.33  
bgl. jle

beizuf. Abschrift d. Berichts  
aus Hamburg 17.5.33 ohne  
letzten Absatz  
bgl. jle

Aus IA N. 2160 f. inf. d.

86

Nachrichten des Geheimen Staatspolizeiamts v. 17. 5. 33

\*\*\*\*\*

Der PolPräsident in Erfurt berichtet über ein bezeichnendes Beispiel für die mustergültige Organisation des komm. Führerapparates. Im Rahmen der überall verstärkten Ausgabe Herausgabe illegaler Druckschriften ist in Erfurt seit Anfang April eine hektographierte Ausgabe des "Thüringer Volksblatt" erschienen. Nach der Herausgabe der 3. Nummer gelang es der Polizei, sämtliche Hersteller festzunehmen. Sofort befasste sich ein völlig neuer Personenkreis mit der weiteren Herausgabe und als auch dieser nach der Ausgabe der 5. Nummer restlos festgesetzt werden konnte, brachten wiederum andere Hersteller die Nummer 6 heraus. Erst nachdem auch diese in den letzten Tagen in Haft genommen und der gesamte Papiervorrat beschlagnahmt worden war, hat die illegale Zeitschrift ihr Erscheinen eingestellt.

\*\*\*\*\*

Zum Akt 2160 c

2169 b



# ROTER



PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH!

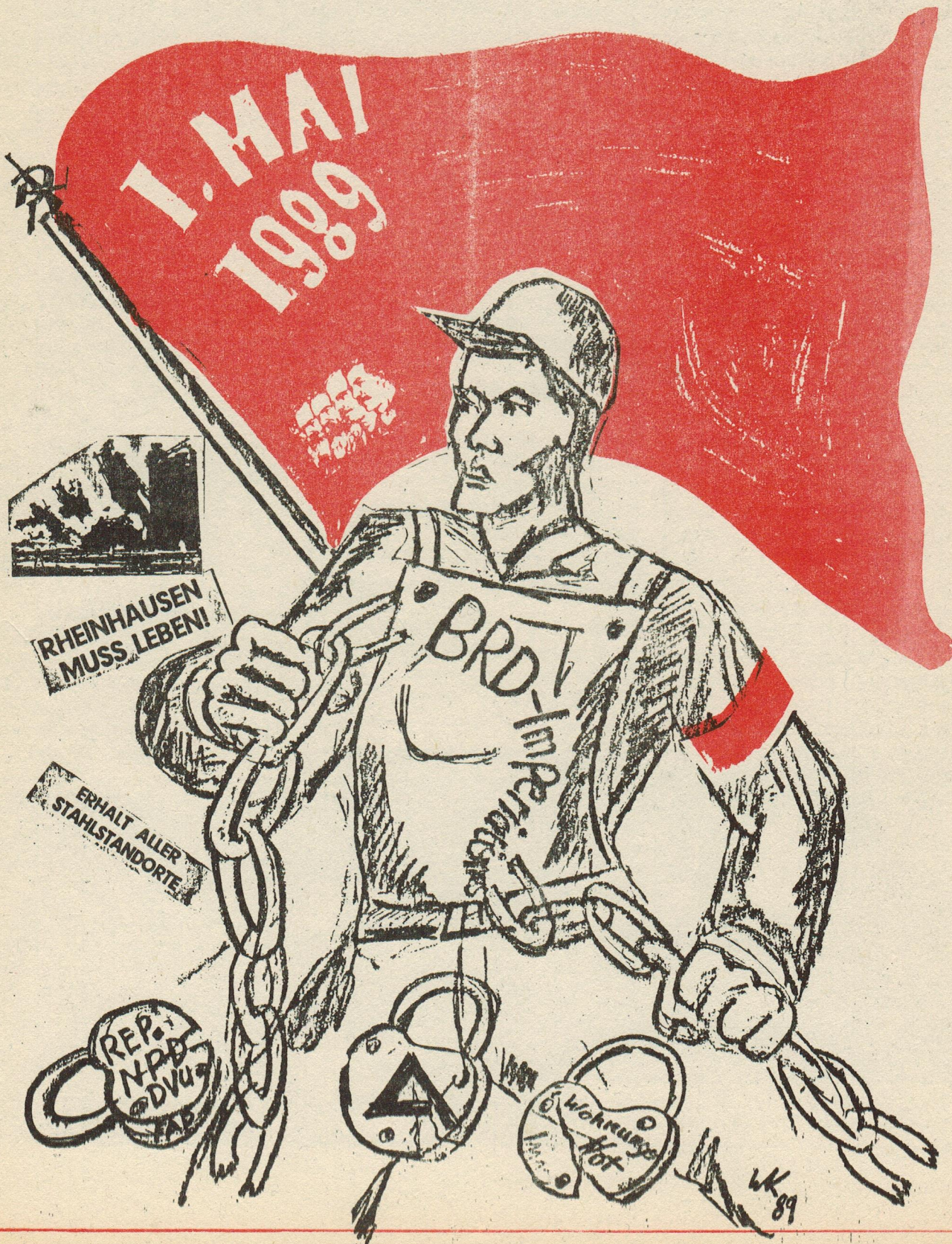
# MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

23. Jahrgang

April 1989

2,-- DM / Nr. 3







## Aufruf des ZK der KPD

HERAUS ZUM ROTEN 1. MAI, DEM KAMPFTAG DER ARBEITERKLASSE  
FÜR WAHREN SOZIALISMUS UND FÜR FRIEDEN -  
GEGEN MASSENARBEITSLOSIGKEIT, LOHNRAB. FASCHISMUS UND  
IMPERIALISTISCHEN KRIEG!

Seit 1889, also seit genau hundert Jahren ist der 1. Mai der Kampftag der Arbeiterklasse aller Länder und Kontinente. Wir haben das Blut nicht vergessen, das in diesen hundert Jahren von unseren Klassenbrüdern in der ganzen Welt vergossen wurde, als sie für ihre und unsere Ziele auf die Straße gingen. Ob 1886 in Chicago, 1929 in Berlin oder 1977 in der Türkei, es hat viele Blutmais gegeben. Und trotzdem konnte alle Demagogie und aller brutale Terror des Klassengegners die Kräfte des sozialen Fortschritts nicht abhalten davon, an diesem Tag ihre gewaltigen Kundgebungen abzuhalten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen!  
Liebe Freunde und Genossen!

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands beglückwünscht Euch aus Anlaß Eures heutigen Ehrentages - des Roten 1. Mai 1989 - auf das herzlichste.

Die Lage der Werktätigen wie auch die der Arbeitslosen hat sich in der BRD erneut verschlechtert. Weiterhin sind offiziell über 2 Millionen Menschen ohne Arbeit, die Dunkelziffer liegt aber weit höher, sodaß selbst der DGB von fast 4 Millionen Erwerbslosen spricht.

Hinzu kommen Hunderttausende Kurzarbeiter und ein riesiges Heer junger Menschen, die nach Abschluß ihrer Schulzeit nie einen Arbeitsplatz hatten. 72 von 100 Rentnerinnen bekommen monatlich weniger als 700 DM, womit sie ihr Leben finanzieren sollen. Doch was ist das für ein Leben, wo alles teurer wird? Das reicht höchstens zum Vegetieren, und man wird den Eindruck nicht los, die da oben warten nur darauf, daß die Rentner endlich sterben - sie sind ja doch bloß wie ausgepreßte Zitronen, aus ihnen ist kein Profit mehr zu holen. Diese Hungerpfennige sind der Dank dieses Schmarotzerstaates für lebenslange Arbeit, der, wenn es um Diäten seiner (verdammte! jetzt hätten wir beinahe "korrupten" geschrieben!) Abgeordneten geht, weit weniger knauserig ist.

Das Blümsche Gesundheitsreformwerk stellt den bisher brutalsten Angriff auf das Existenzrecht von Millionen einfacher Menschen dar. Hier wird die verdeckte Methode der "Endlösung" gegenüber den Schwächsten, nämlich den Alten, betrieben.

Die Steuerreform ein Jahrhundertbetrug am Lohnabhängigen, sie dient nur einem Ziel, die Reichen noch reicher und die Armen noch ärmer zu machen. In dieser BRD geht es wieder aufwärts, behaupten die bürgerlichen Parteien. Wir Kommunisten sagen, daß dies eine Lüge ist, und das spürt ja auch jeder von Euch selbst. Es steigen die Mieten ins Unermeßliche dank einer neuen Gesetzgebung, die den Mieter noch wehrloser gegenüber dem Spekulanten- und Hausbesitzergesindel macht. Es steigt die Zahl der Drogentoten,







weil dieser Staatsapparat nur Scheingefechte gegen das organisierte Verbrechen führt oder gar mit ihm selbst verwachsen ist (wir verweisen nur auf den Fall des Herrn Schwanz in Berlin von der CDU), und weil eine von Hasch, Marihuana, Alkohol usw. benebelte Jugend für seine Existenz ungefährlich ist. Es steigen die Preise. Es steigt die Zahl der Manövertoten, es steigt die Zahl der Tiefflug- und Flugschauopfer. Die Zahl der Menschen, die von den Revanchisten im Auftrag der Kapitalisten aus Osteuropa "heim ins Reich" geholt werden, steigt - es handelt sich zum größten Teil um Menschen mittleren Alters, sie belasten kaum die Rentenkassen, sparen "unseren" Kapitalisten aber die hohen Berufsausbildungskosten und lassen sich im Lohnkampf als industrielle Reservearmee einsetzen. Außerdem erhofft sich die Bourgeoisie in ihnen reaktionäres Wählerpotential.

All dies zeigt nur die Verkommenheit der gesellschaftlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik und in Westberlin. Die Antwort der Volksmassen darauf ist natürlich noch sehr unausgereift. Die Zahl der Nichtwähler hat in Westberlin den höchsten Stand in der Geschichte erreicht. 65% der Bürger fühlen sich von den Parteien (einschließlich der Grünen) nicht mehr vertreten. Laut einer Umfrage halten sogar 71% die meisten Aussagen **aller** Politiker

für verlogen. Die Parteienlandschaft bricht auseinander. Neue und alte Faschisten versuchen mit beispielloser Demagogie davon zu profitieren und haben damit leider auch Erfolg - egal, ob sie Republikaner heißen, DVU oder NPD.

Unsere Partei, die KPD, ist in dieser Situation, obwohl organisatorisch und zahlenmäßig noch schwach, gefordert, den Ausgebeuteten und Arbeitslosen einen Ausweg aufzuzeigen. Diese Alternative heißt nicht "Arzt am Krankenbett des Kapitalismus" zu spielen, wie es alle bürgerlichen Parteien und natürlich auch die DKP- und SEW-Führer tun, sondern den Volksmassen im tagtäglichen Gespräch in kameradschaftlicher Weise zu erläutern, daß eine endgültige Heilung von all diesen Gebrechen erst der Sozialismus bringen kann. Dabei betonen wir immer wieder, daß wir darunter nicht die bankrotten Verhältnisse in Osteuropa verstehen, sondern das sich dynamisch

entwickelnde Albanien.

Trotz aller Niederlagen, die die deutsche Arbeiterklasse und unsere Partei erlitten haben, bleibt der Sozialismus die einzige Alternative zur kapitalistischen Barbarei, und zwar nicht irgendein "utopischer", "demokratischer" oder "mit menschlichem Gesicht" versehener (das wäre sowieso nur eine getarnte kapitalistische Fratze), sondern der wahre Sozialismus, für den Marx, Engels, Lenin und Stalin ihr Leben lang gekämpft haben. Denn er ist wahrhaft demokratisch und menschlich, ist Humanismus in Aktion.

Liebe Kolleginnen und Kollegen!  
Liebe Freunde und Genossen!

In den letzten zwölf Monaten hat sich weltweit die Krise des kapitalistischen Systems alter Machart und die des Revisionismus, egal ob dieser nun an der Macht ist oder nicht, enorm verschärft. Diese Entwicklung gilt



Wetten, auch Rush mag Sekt ?





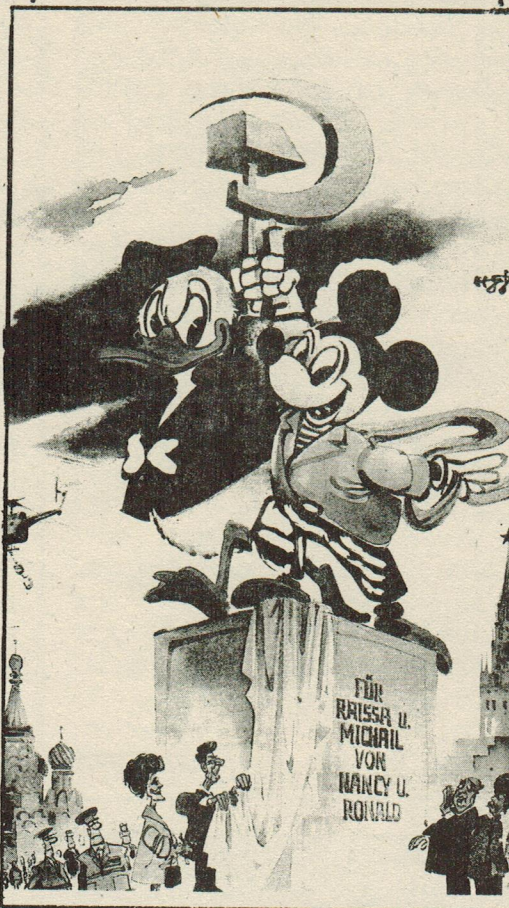
es zumindest ansatzweise einer Analyse zu unterziehen, um somit für den Klassenkampf die richtigen Schlußfolgerungen ableiten zu können.

Der Prozeß der immer engeren Kooperation, sprich das Komplott der beiden Supermächte USA und UdSSR auf dem Rücken der Völker hat eine neue verbrecherische Stufe erreicht. Wohl noch nie seit der Chruschtschow-Zeit standen sich diese Räuber scheinbar so nah wie heute. Doch egal, ob sie sich prügeln oder küssen, die Zeche sollen immer die Völker bezahlen. Diese Feststellung des Genossen Enver Hoxha aus dem Jahr 1979 paßt auch heute noch sehr genau als Situationsbeschreibung der imperialistischen Rivalitäten.

Ein Friedensvorschlag des Herrn Gorbatschow jagt scheinbar den anderen, sodaß auch der US-Imperialismus nicht nachstehen will und nun auch diverse Raketensysteme aus dem Verkehr zieht. Die eigene Bourgeoisie setzt zunehmend mehr auf die Glasnost-Karte, um so im Windschatten ihrer neuen Moskauer Freunde freie Hand für eine aggressive Politik gegen die DDR zu haben. Aber auch dies geschieht hinter einem Rauchvorhang von Entspannungsgeschwafel.

Ob in Nicaragua oder im Nahen Osten, überall haben die Supermächte ihre blutigen Hände im Spiel. All jene Kompromisse, die von Seiten der

Sandinisten mit den Contras abgeschlossen worden sind, haben ihre Väter in Moskau und in Washington. Der US-Imperialismus als offener Sponsor des weißen Terrors übernimmt das Grobe, während die Revisionisten um Gorbatschow auch Druck auf die Regierung Managuas ausüben, damit diese sich in einen "Dialog"



mit dem faschistischen Abschaum begibt.

Im blutigen Golfkrieg, der endlich zu Ende gegangen ist, war es nicht anders. Entweder selbst oder über Satellitenstaaten pumpten die Supermächte für Millionensummen Waffen in das Spannungsgelände. Das jüngste Treffen zwischen dem Renegaten Schewardnadse und dem Massenmörder Khomeini

unterstreicht nur die alte Feststellung "Ist der Ruf erst ruiniert - lebt sich's herrlich ungeniert". Angesichts der Tatsache, daß durch die Teheraner Clique in den letzten Monaten tausende Revolutionäre bestialisch ermordet wurden und von Seiten Moskaus dagegen mit keinem einzigen Wort protestiert wurde, zeigt sich allen deutlich der verkommene Charakter der Revisionistenbande um Gorbatschow.

Nachdem es nach dem Machtantritt Chruschtschows zu einer heimlichen Aussöhnung mit dem Zionismus und seiner aggressivsten Form in Gestalt des Staates Israel gekommen war, sind nun die letzten Hüllen gefallen. Nicht nur, daß von Seiten der Sowjetunion den Zionisten jährlich zehntausende sowjetische Juden als Kanonenfutter für neue Kriege gesandt werden, nein, jetzt steht man kurz davor, die 1967 abgebrochenen diplomatischen Beziehungen wieder aufzunehmen. Die ungarischen Machthaber sind da schon einen Schritt weiter und haben enge Bande zu solchen faschistischen und rassistischen Regimes wie dem von Tel Aviv und dem von Seoul geknüpft.

Unsere Partei - die KPD - erklärt ihre uneingeschränkte Solidarität mit dem Kampf der Völker Lateinamerikas und des Nahen Ostens. An diesem Roten 1. Mai richten wir unsere Kampfesgrüße nach Nicaragua und an seine FSLN-Regierung, ebenso

Fortsetzung S 38





## Aus Betrieb und Gewerkschaft

Tarifverhandlungen stehen zur Zeit auch für die 200.000 Angestellten im Versicherungsgewerbe und für die 2,3 Millionen Arbeitnehmer im Einzelhandel an. Die Gewerkschaft HBV fordert im Versicherungsgewerbe die 37-Stunden-Woche. Außerdem soll der Kampf für den freien Samstag und für die Begrenzung der Überstunden aufgenommen werden.

Im Einzelhandel bereitet sich die HBV auf eine Urabstimmung und einen Arbeitskampf vor. Ziel ist hier wenigstens die 38,5-Stunden-Woche und die Reduzierung der Samstagarbeit.

### Freier Feierabend für freie Verkäufer!"

Unter dieser Forderung kämpfen Arbeiterinnen und Arbeiter des Einzelhandels (von den Kapitalisten einfach, zur Aufrechterhaltung der Spaltung, als "Angestellte" bezeichnet) für ihren wohlverdienten Feierabend. Verkäufer/innen haben gegenüber vielen anderen Arbeitenden erst um 19 Uhr Feierabend, und das bei schlechtester Bezahlung. Dabei werden im Handel große Gewinne erzielt! In manchen Kaufhäusern müssen die Verkäufer/innen den ganzen Tag am Verkaufsstand stehen, das heißt auf der Stelle. Da das Blut ohne die nötigen Bewegungen nicht genügend zirkulieren kann, kommt es oft zu starken Schmerzen

in den Beinen. Krampfadern sind typische Verletzungen durch zu langes Stehen auf der Stelle und somit eine Berufskrankheit der Verkäufer.

Jetzt wollen die Kapitalisten zur Erhöhung ihres Profits auch noch abends ihre Läden offen lassen - natürlich wollen sie dann nicht selbst hinter dem Ladentisch stehen, das sollen die so schon schlecht bezahlten Verkäufer/innen. Eine Unverschämtheit! Das dürfen sich die Verkäufer/innen

nicht bieten lassen. Der DGB verurteilt diesen Vorstoß der großen Kaufleute als frauen- und familienfeindlich. Wir von der KPD finden dies sogar menschenfeindlich. Auch die Gewerkschaft NGG sagt, die bisherigen Ladenöffnungszeiten hätten nie zu einem Versorgungengpaß der Verbraucher geführt.

Es darf nicht dazu kommen! Verkäufer/innen, laßt es nicht zu, daß man Euch den Feierabend stiehlt!

### DIE BPD / BVG GRÜSST DAS ZK DER KPD ZUM ROTEN

1. MAI 1989

Liebe Genossinnen und liebe Genossen!

Aus Anlaß des Internationalen Kampftages der Arbeiterklasse entbietet die Betriebsparteiorganisation der KPD bei den Berliner Verkehrsbetrieben dem Zentralkomitee unserer Partei und hier besonders seinem Vorsitzenden, Genossen Wolfgang Eggers, flammende Kampfesgrüße.

Angesichts weiter verschärfter Arbeitshetze und dem immer frecheren Auftreten faschistischer Einpeitscher aus Kreisen der Arbeiteraristokratie in "unserem" Betrieb ist die Rote Einheitsfront aller Lohnabhängigen noch mehr als früher zum Gebot der Stunde geworden. Dabei bemüht sich unsere Betriebsparteiorganisation besonders die sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiterinnen

und Arbeiter aus SPD und SEW einzubeziehen. Unsere Zeitung, "Der Rote Umsteiger", die nun schon seit 1 1/2 Jahren kontinuierlich erscheint, zeigt in jeder ihrer Ausgaben den Ausweg aus Krise und Arbeitsplatzunsicherheit auf: den wahren Sozialismus wie er heute nur in der SVR Albanien existiert und für den es sich wahrlich zu kämpfen lohnt.

In diesem Sinne begehen wir Kommunistinnen und Kommunisten bei der BVG den Roten 1. Mai 1989 voller revolutionären Optimismus!

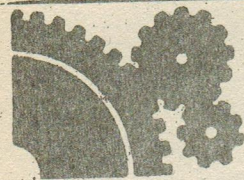
**Es lebe der Rote**

1. Mai 1989

**Es lebe die KPD mit ihrem Zentralkomitee und dem Vorsitzenden, Genossen Wolfgang Eggers, an der Spitze!**







## Arbeiterkorrespondenz



### FRAUENARBEIT BEI FABER: SKLAVENARBEIT!

Ich putze bei der Flachglas AG für die Firma Faber jeden Tag eineinhalb Stunden. Der Stundenlohn beträgt läppische 9,17 DM. Gereinigt werden müssen in den neunzig Minuten neun riesige Büroräume, drei Toilettenhallen, eine Küche und ein langer Gang. Dienstags und freitags kommen noch der Flur und das Portal dazu. Schaffen wir das nicht in den eineinhalb Stunden, müssen wir kostenlos Überstunden machen, und das ist fast immer.

Allein der Weg mit den Papierkörben zu den Mülltonnen nimmt viel Zeit in Anspruch. Dann gibt es noch die Grundreinigungen. Wenn zum Beispiel im Werk eine Abteilung renoviert wurde, ist Grundreinigung angesagt dann bekommen wir Frauen glatte zehn Mark mehr! Das heißt aber auch: noch schneller den Aufnehmer fliegen lassen, und trotzdem schaffen wir die Arbeit nicht, also wieder kostenlose Überstunden.

Das Evangelische Krankenhaus läßt die Firma Faber nach den gleichen Bedingungen bei sich putzen. Da entstand dann der Spottvers "Oh seeliges Christentum - bei Faber putzen bringt einen um!"

Dann ist da noch die Kolonnenschieberin, so

ein richtiges altes Antreiberweib. Wo man nicht mit dem Staubsauger hinkommt, in die Ecken und so, da müssen wir auf den Knien rumrutschen und mit einem feuchten Lappen den Staub mühselig aus den Ritzen pulen. Schon sind die eineinhalb Stunden rum und wir müssen wieder kostenlos Überstunden leisten. Zu Hause warten die Kinder und jammern nach dem Abendessen.

Übrigens, Männer arbeiten auch bei Faber! Aber die sind natürlich fest angestellt, bei ca. 2.000 DM Netto im Monat. Die putzen natürlich nur die Fenster, mit so 'nem großen Wischer, und das im Stehen, während wir am Boden rumrutschen müssen.

Einmal kam das Sozialamt dahinter, daß eine Frau bei Faber arbeitete, um ihre kärgliche Sozialhilfe aufzubessern. Ein "Außendienstmitarbeiter" postierte sich nach Gestapomanier vor dem Portal der Flachglas AG und fing diese Frau ab. Was mit ihr passierte, wissen wir nicht - auf jeden Fall kommt sie seitdem nicht mehr zur Arbeit.



Paris:

120 Polizisten  
schützen 350 Streikbrecher

Seit Wochen wurden in Paris die Reinigungsfirmen bestreikt. Es ging um berechnete Forderungen, die die Arbeiter der Reinigungsfirmen aufgestellt haben. Sie fordern erstens höhere Löhne und zweitens die Umwandlung ihrer Zeitverträge in feste Arbeitsverträge. Um Druck hinter diese richtigen Forderungen zu machen, wurden die Reinigungsfirmen bestreikt und zum Beispiel die Pariser U-Bahn nicht gereinigt. Bürgermeister Chirac forderte beim Verkehrsministerium "konkrete" Maßnahmen, woraufhin 120 Polizisten in Marsch gesetzt wurden. Seitdem wird die Pariser Metro unter Polizeischutz nur noch punktuell geputzt.

Ab sofort können die Dokumente des 7. Parteitags der KPD vom Dezember 1988 bestellt werden

- STATUT DER KPD  
- RESOLUTION : Es lebe der proletarische Internationalismus! Es lebe die marxistisch-leninistische Weltbewegung!

RESOLUTION : Es lebe die Einheit der Marxisten-Leninisten in Deutschland!

RESOLUTION : Unsere dringenden Aufgaben  
Rechenschaftsbericht des ZK:  
Die Lage der KPD - 1987  
Die Lage in Deutschland 1987

AUFRUF an die Industriearbeiter

Diskussionsbeiträge auf dem 7. Parteitag





## Gemeinsamer Aufruf von Kollegen aus Lothringen und Rheinhausen

### Das lothringische Revier, Rheinhausen und das Ruhrgebiet werden nicht zu Geisterstädten wie Longwy.

**Durch die Einheit der Arbeiter und ihrer Organisationen können wir das verhindern.**

Am Samstag den 11. März 1988 haben wir uns in Rheinhausen versammelt: Arbeiter und Jugendliche aus dem Ruhrgebiet und aus Lothringen. Folgende Tatsachen haben wir festgestellt:

- Am 10. Dezember 1987 hat ganz Rheinhausen gestreikt, und 200.000 Menschen haben gegen die Schließung des KRUPP-Stahlwerkes demonstriert. Es geht um 5.300 Arbeitsplätze im Stahlwerk und weitere Arbeitsplätze bei Zulieferern.
- Trotz dieser massenhaften Mobilisierung und gegen den Willen der Kollegen haben die SPD-Landesregierung, die IG-Metall- und Betriebsratsführung der Vereinbarung über die Schließung des Betriebes zugestimmt, mit dem Hinweis auf die Schaffung von "Ersatzarbeitsplätzen".
- Die Belegschaft hat dem Stilllegungsbeschluß nie zugestimmt. Gestützt auf diesen Willen der Belegschaft haben Kollegen durch ihre unabhängige Initiative den Kampf weitergeführt: der Stilllegungsbeschluß muß zurückgenommen werden! Verteidigung der bestehenden Arbeitsplätze, weil es dazu keine Alternative gibt! Sie haben dabei insbesondere von der Führung der SPD und der IG Metall gefordert, ihre Zustimmung zu dem Stilllegungsbeschluß zurückzuziehen.
- Am 27. Februar 1989 hat sich eine Delegation von Kollegen aus Stahl und Bergbau, Mitgliedern der SPD und Kandidaten der "Liste für das Europa der Arbeitnehmerinnen und der Demokratie" mit Klaus Hänsch getroffen, dem SPD-Europaabgeordneten und Kandidaten für die Europawahlen. Die Kollegen haben in der Diskussion unter anderem darauf bestanden, daß der Stilllegungsbeschluß zurückgenommen werden muß.
- Am Samstag, den 11. März 1989, am Tag unserer Versammlung, erscheint ein Artikel in der Duisburger Zeitung mit der Überschrift "Auch KRUPP kann sich von Schließungszusage lösen", aus dem folgendes hervorgeht: Wenige Tage zuvor haben sich zwei Europaabgeordnete der SPD (HÄNSCH und PETERS), der IG-Metall-Ortsbevollmächtigte und der Betriebsratsvorsitzende getroffen und festgestellt:

**"Alle Experten haben sich geirrt (...) Die deutschen Stahlunternehmen müssen sich nicht mehr an ihre Schließungszusagen halten (...) Alle noch so gut gemeinten strukturellen Verbesserungen und Qualifizierungsangebote nützen den Krupplianern... herzlich wenig."**

**Kein Stilllegungsbeschluß ist unwiderruflich!**

Alle "Experten" haben sich also geirrt! Die Kollegen hatten Recht!

Die einzige "realistische" Perspektive des Kampfes ist: Verteidigung aller Arbeitsplätze, keine Stilllegung, Einheit der Arbeiter und ihrer Organisationen dafür!

Auch die Kollegen haben ihre "Experten": die Arbeiter aus Lothringen und Longwy, dem ersten Montanrevier, das in den 70er Jahren in Frankreich zerstört wurde. Sie wissen, was es mit angeblichen "Ersatzarbeitsplätzen" und "Umstrukturierung" auf sich hat: Longwy ist heute eine "tote Stadt".

**Dieses Schicksal muß und wird dem Lothringer Revier, Rheinhausen und dem Ruhrgebiet erspart werden. Ein zweites Longwy wird es nicht geben.**

Wenn alle Experten sich geirrt haben - was hindert die Führungen von SPD und Gewerkschaft dann daran, sofort gemeinsam mit den Kollegen für die Rücknahme des Stilllegungsbeschlusses und die Verteidigung aller Arbeitsplätze zu kämpfen? Und zwar in Rheinhausen und überall.

**Der Kampf für die Einheit der Arbeiter, ihrer Familien und ihrer Organisationen ist notwendiger denn je, denn:**





- Am 5. März hat die EG-Kommission 55.000 weitere Entlassungen in der europäischen Stahlindustrie bis 1992 angekündigt, davon 6.000 1989 in Frankreich.
  - Im Lothringischen Revier sollen die Zechen SIMON und MARIENAU geschlossen werden, im Ruhrgebiet die Oberhausener Zeche OSTERFELD und weitere Schachtenanlagen.
  - Im Ruhrbergbau wurde 1987 der Abbau von 25.000 Arbeitsplätzen angekündigt, um die restlichen Arbeitsplätze zu retten. Und heute kündigt der Minister Haase (FDP) bereits 30.000 weitere Entlassungen an!
  - In Frankreich arbeiten eine Million Jugendliche in entrechteten Arbeitsverhältnissen (TUC, SIYP, unbezahlte Praktika...), in Deutschland arbeiten zwei Millionen Menschen ohne regulären Arbeitsvertrag.
- Deshalb haben wir Kollegen in Deutschland, Frankreich und weiteren vier Ländern gemeinsame Europawahl-Listen "Für das Europa der Arbeiter und der Demokratie" aufgestellt. Wir kämpfen vereint mit einem klaren Mandat:
- Rücknahme des Stilllegungsbeschlusses des KRUPP-Stahlwerkes in Rheinhausen.
  - Keine Schließung der Zechen SIMON und MARIENAU in Lothringen, keine Schließung der Zeche OSTERFELD in Oberhausen.
  - Schluß mit den entrechteten Arbeitsverhältnissen.
  - Rücknahme des Jospin-Planes (Verkürzung der Schulzeit, Betriebspraktika schon für elfjährige Kinder...) in Frankreich, keine Verkürzung der Schulzeit in Deutschland.

#### Longwy

Von ehemals 33.000 sind heute noch 1.600 Stahlarbeitsplätze vorhanden. 1984 wurde ein sg. Sozialvertrag beschlossen. Inhalt: 4000 neue Arbeitsplätze sollten geschaffen werden. Ergebnis: Neue Arbeitsplätze kamen nie.

#### Rheinhausen:

Mit dem Stilllegungsbeschluß wurden neue und Ersatz-arbeitsplätze versprochen. Ergebnis: Es wurden und werden nur noch mehr vernichtet wie das Beispiel KI erneut zeigt.

#### Longwy:

Die Regierung gab außergewöhnliche Investitionsbeihilfen und Steuervorteile.

Ergebnis: Nach Ausschöpfen der Vorteile zogen die Unternehmer nach 6-12 Monaten wieder ab.

#### Rheinhausen:

Wirtschaftsförderung wird angeboten, der Freihafen (Umgehung von Zollschranken) liefert Steuervorteile. High Tech-Buden mit ganz wenigen Arbeitsplätzen kommen. Ansonsten Mc Donalds o.ä.

#### Longwy:

Spaltung von älteren und jüngeren Kollegen. Frühverrentung mit 50 Jahren. Folge: Scheidungen, Depressionen, Selbstmordrate steigt. Die Jüngeren kommen in Qualifizierungsmaßnahmen, durch die sie in andere Branchen untergebracht werden sollen. Ergebnis: Sehr viele "können nicht vermittelt werden", weil es keine Arbeitsplätze gibt. Jährlich siedeln 2-3000 in andere Regionen um, ohne Aussicht auf Arbeit.

#### Rheinhausen:

Auch uns verspricht man Weiterbildung und- Qualifikation in einer "Beschäftigungsgesellschaft" - bei 16% Arbeitslosigkeit. Alle Politiker stellen fest, daß kein einziger neuer Arbeitsplatz geschaffen wurde.

#### Longwy:

Die Jugend wandert ab, ohne Ziel, ohne Perspektive. Zurück bleiben die Alten. Wo vor 10-15 Jahren noch das industrielle Leben einer Arbeiterregion pulsierte, erstreckt sich heute gähnende Leere, verwahrloste Brache. Verödung einer ganzen Region: Verlassene Geschäfte, verfallene Häuser, Verelendung und Zerstörung des sozialen Lebens.



Die KPD vor Ort:

# BERGLEUTE KOCHEN VOR WUT

Die Kumpel im Ruhrgebiet sind sauer auf die Regierung in Bonn, auf die SPD, auf die Gewerkschaftsführung und auf die reformistischen Betriebsräte. Die Nachricht schlug im Kohlenpott wie eine Bombe ein: "Bundeskneipenminister" Hausmann plant ein neues Zechensterben im Ruhrgebiet.

Die Kumpels sind sauer, sie kochen regelrecht vor Wut über den jüngsten Angriff auf ihre Arbeitsplätze. Sie sehen die geplanten Massenentlassungen als einen Anschlag auf ihre Existenz und auf die Zukunft ihrer Kinder.

Sofort nach Bekanntwerden der finsternen Regierungspläne kam es zu spontanen Streiks und Straßensperren in Oberhausen und in Kamp-Lintfort. Auf drei Schachtanlagen, Nord-schacht, Osterfeld und Sterkrade in Oberhausen standen die Räder still. Kein Kohlehobel, kein Presslufthammer bewegte sich. Tausende Bergleute legten für zwei Stunden die Arbeit nieder. Die Mittagsschicht fuhr gar nicht erst ein. Der gesamte Verkehr in Oberhausen mußte umgeleitet werden. Wie in Rheinhausen wagte es die Polizei nicht, gegen die Arbeiter vorzugehen. Aufgebrachte Bergleute schlugen rechten Betriebsräten, die den Streik beenden wollten, die Mikrophone aus den Händen.

Der ROTE MORGEN war vor Ort und führte ein Gespräch mit einem Kumpel vom Nordschacht.

RM: Was kannst Du uns über die Situation hier berichten?

Bergmann H.: Wir sind unheimlich sauer auf die Gewerkschaft. Entweder wird richtig gestreikt oder gar nicht. Es geht hier um unsere Existenz und um die Zukunft der Jüngeren, die jetzt noch in der Ausbildung sind. Die sollen hinterher auf der Straße liegen. Wozu dann eine Ausbildung? Und was macht die Gewerkschaft? Nichts! Da machen wir einen Warnstreik von zwei Stunden, dann kommt so ein Tünnies vom Betriebsrat, der auch

'nen Posten in der Gewerkschaft hat, und will das Ganze schon nach einer Stunde abblasen! Für so etwas haben wir jahrelang Gewerkschaftsbeiträge gezahlt! Selbst die Betriebsführer haben den Streik unterstützt - und so ein Betriebsführer verdient so seine zehn Mille im Monat. Ist ja klar, daß diese Leute konsequent mitstreiken, denn nach einem Kahlschlag verdienen sie diese Knete nicht mehr. Aber die Gewerkschaft und deren Betriebsräte kannst du echt vergessen!

RM: Die IGBE gilt im DGB als rechteste Gewerkschaft.

M.: Die Gewerkschaft ja, aber die Kumpels



KLARHEIT ÜBER DIE ZUKUNFT DER BERGLEUTE forderten Bergleute der Zeche Osterfeld nach ihrem Autokorso durch die Stadt eine Protestnote an die Bundesregierung.





nicht! Viele Aktionen organisieren die Kumpels selber. Dieses ist auch ein "wilder" Streik. Und damals, als die Lehrlinge auf die Straße gingen und diese dann mit Kohlebrocken blockierten - da kam ja auch was bei rum, die wurden alle übernommen. Das war aber ein Sieg der Lehrlinge, da hatte die Gewerkschaft nichts mit am Hut. Selbst die Ausbilder hatten damals mitgemacht.

RM: In der WAZ geben die Betriebsräte doch offen zu, daß sie nicht auf Seiten der Kumpels sind, sondern auf der Seite der Energiekapitalisten. 'Wir haben das nicht mehr lange im Griff', sagte der Betriebsrat Holger Nieden. 'Wir Betriebsräte haben die Schnauze voll und sind nicht mehr bereit, die Feuerwehr zu spielen', sagte Betriebsrats-Chef Franz Flecken. Hier geben diese Herren doch zu, daß sie immer mehr besorgt sind um die Kapitalisten als um die Kumpels.

H.: Ja, das stimmt, wir haben kein Vertrauen mehr in die Gewerkschaft und auch nicht mehr in die Regierung. Die KPD oder die Republikaner müßten wenigstens mal so 1-% kriegen - dann würden die sich da oben aber mal so richtig erschrecken!

RM: Aber die Republikaner sind doch Faschisten, Nazis, die sich aus dem rechten Flügel der CDU/CSU abgespalten haben. Das sind doch gerade solche Kapitalistenknechte,



**Besorgte Gesichter:** Kumpel der Schachanlage Pattberg verlangten gestern auf einer spontanen Protestveranstaltung Klarheit über die Bonner Kohlepolitik

denen es nicht schnell genug geht mit der Ausbeutung der Arbeiter durch die reichen Ganoven da oben, deren Opfer die Bergleute jetzt werden sollen.

H.: Oh, das habe ich nicht gewußt. Nee, 'nen neuen Hitler wollen wir nicht. Aber Aussiedler auch nicht. Die Ausländer, die Türken zum Beispiel, die seit Jahrzehnten hier arbeiten, die können ruhig hierbleiben. Die haben auch Steuern und Rentenversicherung bezahlt, das ist ihr gutes Recht, wenn sie hierbleiben wollen. Aber die Aussiedler! Die werden doch hierher geholt und kriegen 45.000 Mark Startgeld - die kaufen sich doch hier sofort einen dicken Mercedes davon!

RM: Davon ist uns nicht bekannt, daß sie 45.000

Mark bekommen. Uns ist nur bekannt, daß die Aussiedler volles Arbeitslosengeld und Rente bekommen, ohne jemals den Finger hier krumm gemacht zu haben.

H.: Ja genau. Eine Bekannte von mir, die hat sogar studiert, mit Diplom abgeschlossen. Die kriegt einfach keine Stelle. 120 Bewerbungen hat sie bis jetzt geschrieben, fast bundesweit. Dabei mußte sie sich so achtzigmal persönlich vorstellen - nichts, trotzdem Absagen. Wohnungen kriegste auch nicht - reserviert für "Spätaussiedler". Ich weiß nicht, was die hier wollen. Arbeit gibt es hier doch nicht. Jetzt wollen sie den Pütt zumachen. Das heißt, bei denen, die hier dann noch nicht arbeitslos sind, wird durch Steuern noch mehr vom Nettolohn





gekappt. Ihr glaubt doch nicht, daß die Reichen das Leben der Aussiedler bezahlen, die wollen doch selbst davon nur profitieren. Also nichts gegen Türken, die haben hier gearbeitet und Abgaben gezahlt - das ist O.K.! Aber die Aussiedler doch nicht!

RM Aber das doch jetzt nichts mit dem Kampf der Bergarbeiter zu tun.

H.: Das ist richtig, aber ich mußte das mal los werden. Ihr schreibt doch hoffentlich darüber?

RM: Ja sicher, schließlich ist der ROTE MORGEN eine Zeitung von Arbeitern für Arbeiter.

H.: Ja, das wäre gut, Du hast ja erzählt, daß die KPD von wirklichen Arbeitern geführt wird, egal, auch wenn davon welche arbeitslos sind. Schließlich müssen die

Arbeiter und die Arbeitslosen zusammenhalten.

RM: Hier, nimm mal ein paar ROTE MORGEN mit, da ist der Aufruf der KPD an die Industriearbeiter drin, gib den mal weiter.

H.: Ja gut, gib her, wir werden das untertage weitergeben. Wenn Du über unser Gespräch schreibst, kriegen wir doch auch ein paar Zeitungen, wo das drin steht?

RM: Na klar! Guck, hier steht auch unsere Telefonnummer drauf - ruf sofort an, wenn bei Euch Aktionen im Gang sind. Wir kommen dann auch.

H.: Ja, das wäre gut. Das freut einen doch, wenn man von woanders unterstützt wird. Also, bis dann, Glück auf!

RM: Glück Auf!

## RUHRBERGLEUTE KÄMPFEN GEGEN GEPLANTE MASSENENTLASSUNGEN!

Lange Jahre, wenn nicht Jahrzehnte, konnte das Dreigestirn von Kapital, Regierung und IG Bergbau Führern die Kumpel an Rhein und Ruhr mit demagogischen Versprechungen von aktiven Widerstandshandlungen gegen den schleichenden Arbeitsplatzabbau abhalten. Doch nun ist anscheinend das Ende der Fahnenstange erreicht. Die Ankündigung der Ruhrkohle-AG, ihre Kokerei "Gneisenau" in Dortmund bis Ende September 1990 dichtzumachen. Die Nachricht vom möglichen Ende des ach so hochgejubelten "Jahundertvertrags" und den damit verbundenen Massenentlassungen in einer Größenordnung von mehr als 20 000 ließen das Faß überlaufen.

Gleichzeitig drang noch eine weitere Hiobsbotschaft an die Öffentlichkeit: In den ersten 2 Monaten dieses Jahres sind schon 8500 Arbeitsplätze "abgebaut worden" wie es so schön heißt.

Der angeblich so plötzliche Ausbruch von Wut und Zorn der Kumpels aus den Gruben und Schächten kommt nur für die herrschende Klasse unerwartet. Der Einfluß auf das Volk ist durch die Massenmedien der Klassenfeinde sehr groß. Hinzu kommt noch der Verrat in den eigenen Reihen durch die Führer der IG Bergbau und der DKP-Mannschaft unter Herbert Mies. Trotz alledem kommt es nun endlich zu Demonstrationen, Streiks und Blockaden. Dies ist sehr positiv zu werten, ebenso die Ankündigung von Betriebsräten fast aller Schächte, ein "zweites Rheinhausen" durchzusetzen. Unsere Partei, die KPD, wird den Kampf der Kumpels mit aller Kraft unterstützen.

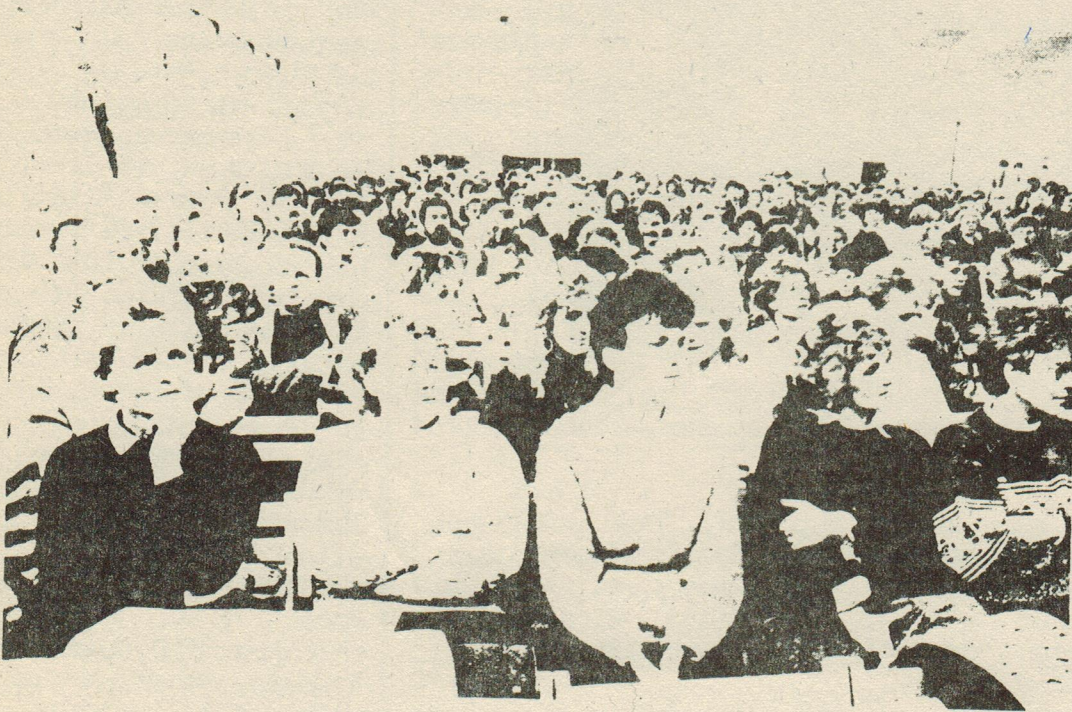






# Blaupunkt-Salzgitter macht dicht

# Alles Lüge



*Den Blaupunkt-Standort Salzgitter soll es Ende 1990 nicht mehr geben. Einen entsprechenden Stilllegungsbescheid legte das Unternehmen jetzt vor. Blaupunkt will die Produktion von Autoradios in Salzgitter abziehen und in Hildesheim konzentrieren. In Salzgitter würden damit rund 1.000 Arbeitsplätze entfallen. Innerhalb der Belegschaft war das schon seit langem befürchtet, aber von der Unternehmensleitung immer wieder dementiert worden. "Ein Lügengebäude bricht zusammen", heißt es deshalb in einem Flugblatt der IG-Metall Verwaltungsstelle Salzgitter.*

Hintergrund dieses Standortkarussells ist ein Kooperationsabkommen zwischen Blaupunkt und Grundig aus dem Jahre 1985. Grundig hatte demnach die Produktion von Autoradios aufgegeben und Blaupunkt im Gegenzug sich aus dem Autoradiogeschäft zurückziehen sollen. Betroffen waren davon rund 1.650 Arbeitsplätze in Hildesheim. In Salzgitter kam es deshalb zum Krach, denn Blaupunkt wollte das Beschäftigungsloch in Hildesheim mit der Verlagerung von rund 850 Arbeitsplätzen aus Salzgitter stopfen. Aber kein Grund zur Panik, so Blaupunkt-Arbeitsdirektor Peter Eiberger damals: Der Personalabbau könne durch die Übernahme von 460 Beschäftigten im benachbarten Motagewerk der Blaupunkt-Konzernmutter Bosch in Salzgitter aufgefangen werden. Das war nicht nur falsch gerechnet, sondern auch etwas geschwindelt. Immerhin 3.000 der ehemals 3.260 Arbeitsplätze aber hatte die Unternehmensgruppe Bosch-Blaupunkt

am Standort Salzgitter erhalten wollen. "Bei unserer Tochtergesellschaft Blaupunkt", so hatte die Geschäftsleitung der Bosch GmbH dem Salzgitteraner Stadtrat Fruhner und dem niedersächsischen Wirtschaftsminister Hirche etwa gleichlautend mitgeteilt, "bestehen keine Planungen, über die bekannten 850 Arbeitsplätze hinaus weitere Arbeitsplätze von Salzgitter nach Hildesheim zu verlagern." Inzwischen sind all diese Versprechungen Schnee vom vergangenen Jahr. Grundig produziert immer noch Autoradios, allerdings in Portugal, und Blaupunkt hat einen Teil nach Malaysia transferiert. In Hildesheim gibt es deshalb erneut Beschäftigungsprobleme und in Salzgitter will die Bosch-Gruppe, so hieß es zur Erläuterung des Stilllegungsbescheides, in den 90er Jahren nur noch rund 2.000 Beschäftigte unter Vertrag haben. Für die Betroffenen - überwiegend Frauen - gibt es am Ort kaum alternative Beschäftigungs-

möglichkeiten. Bei VW-Salzgitter und den Stahlwerken Peine & Salzgitter sollen in den nächsten Jahren drei internen Planzahlen zufolge ebenfalls rund 1.500 Arbeitsplätze dem Rotstift zum Opfer fallen. Und schon jetzt ist Salzgitter mit einer Arbeitslosenquote von rund 15% Negativ-Rekordhalterin im Arbeitsamtsbezirk Braunschweig

## Abgesahnt

Beschlossene Sache war der schrittweise Rückzug der Bosch-Gruppe aus Salzgitter übrigens schon im November 1985. Da nämlich hatte man den Kooperationsvertrag mit Grundig unter Dach und Fach. Die Beschäftigten allerdings wurden erst mit einem knappen Jahr Verspätung informiert, erst dann nämlich, als die ersten personalpolitischen Maßnahmen vollzogen wurden - und das aus gutem Grund: Im November 1985 wurde die neue Bosch-Montagehalle in Salzgitter-Lebenstedt erst im Rohbau fertig, und diesen Neu-

bau ließ sich das finanzstarke Unternehmen durch Subventionen kräftig versüßen. Rund 65 Mio DM hat Bosch dafür aus verschiedenen öffentlichen Haushalten abbaskieren können. Allein 8,5 Mio DM hat die finanziell ansonsten marode Stadt Salzgitter beigesteuert. Die Ankündigung des Teilrückzugs der Bosch-Gruppe aus Salzgitter wäre unter diesen Umständen damals kaum auf Verständnis gestoßen.

## Ausgetrickst

Für das gesamte Subventionspaket hatte der Bosch-Konzern damals kaum Gegenleistungen erbringen müssen. Zwar hatte Bosch vollmundig für die endgültige Ausbaustufe rund 3.000 Arbeitsplätze in Aussicht gestellt. Bindend festlegen wollte sich das Unternehmen allerdings nur auf gerade mal 880 Arbeitsplätze am Standort, und in Salzgitter war man zufrieden. Die politisch Verantwortlichen der Stadt haben in der Vergangenheit erstaunliches Talent darin bewie-



sen, sich an der Nase herumführen zu lassen. der SPD-Landtagsabgeordnete Peter-Jürgen Schneider beispielsweise wirft inzwischen zwar der CDU-Landesregierung vor, sie habe Hinweise über den Abbau von Arbeitsplätzen nicht ernst genommen und nicht frühzeitig über mögliche Alternativen nachgedacht. Mit der gleichen Berechtigung hätte er diesen Vorwurf allerdings an die eigene Adresse richten können. Noch am 28.9.1988 hatte er treuherzig im Rat der Stadt Salzgitter erklärt, die Investitionen der Stadt bei Bosch seien seinerzeit vernünftig angelegt worden. Eine bindende Standortgarantie - wie von den GRÜNEN gefordert - halte die SPD für nicht vertretbar. "Keine Ahnung" hätten die GRÜNEN von den Erfordernissen kommunaler Wirtschaftsförderung, pflichtete Salzgitters Oberstadtdirektor Grötrup bei. Wer von Unternehmen Arbeitsplatzgarantien verlange, verkenne die Wechselfälle des wirtschaftlichen Lebens. Und der CDU-Ratsherr Tibor von Szabols fügte eilfertig hinzu, man habe bei Blaupunkt keine Pläne, das Werk stillzulegen. Im Verbund mit Bosch sei das Blaupunktwerk in Salzgitter mit 1.200 Beschäftigten durchaus wirtschaftlich zu betreiben.

(Fünf Wochen später lag der Stilllegungsbescheid auf dem Tisch.)

Ich soll  
entlassen  
werden



### Ausgeladen

Dieses schier grenzenlose Entgegenkommen hindert den Bosch-Konzern allerdings nicht daran, mit den ehemaligen Sponsoren inzwischen recht rüde umzugehen. Oberbürgermeister und Oberstadtdirektor sowie die Sprecher aller Ratsfraktionen, die der Blaupunkt Betriebsrat zu einer außerordentlichen Betriebsversammlung am 2.12. eingeladen hatte, wurden von der Unternehmensleitung schlicht und einfach wieder ausgeladen. Das Unternehmen hat es offenbar nicht nötig, länger um "good-will" zu werben.

Daß unter diesen Umständen der gekränkte Protest niedersächsischer und Salzgitteraner Wirtschaftspolitik die Unternehmensleitung dazu bewegen könnte, ihre Entscheidung rückgängig zu machen, ist mehr als fraglich. Immerhin, so hofft die IG-Metall in Salzgitter, könne der öffentliche Druck ausreichen, Bosch zu zwingen, als Ausgleich für die verlorenen Arbeitsplätze bei Blaupunkt in Salzgitter verstärkt in den Bereich Autoelektrik zu investieren.

Bosch müsse in den nächsten Jahren zweifellos die Produktion elektronischer Steuergeräte für Einspritzmotoren hochfahren. "Die Produktion in der Autoelektrikbranche laufe überall auf Hochtouren", meint Bernd Henn, erster Bevollmächtigter der IG-Metall Salzgitter. Bosch müsse da mitziehen. Der Konzern solle neue Fertigungskapazitäten in Salzgitter aufbauen, damit alle Blaupunktbeschäftigten übernommen werden könnten. Das Unternehmen hat sich bislang allerdings lediglich die Zusage abnötigen lassen, zumindest innerhalb des nächsten halben Jahres keine betriebsbedingten Kündigungen auszusprechen. Diese Zusage dürfte nicht schwer gefallen sein, denn noch ist Blaupunkt gar nicht in der Lage, die hochwertigen Autoradiogeräte für die sogenannten Erstausrüster (z.B. VW) in Hildesheim zu produzieren. Im Frühjahr 1989 wird die Belegschaft im "modernsten Autoradiowerk Europas" deshalb vermutlich noch einmal Überstunden fahren müssen.







# Parteiaktivitäten

## Zum Internationalen Frauentag - AKTION DER KPD VOR DEM GRÖSSTEN WESTBERLINER KAUFHAUS

Westberliner Genossen berichten: Das hat unsere Stadt lange nicht mehr gesehen. Zum erstenmal seit zehn Jahren waren Mitglieder unserer Partei am 8. März wieder aktiv, um die werktätigen Frauen aus Anlaß ihres Ehrentages zu beglückwünschen. Bekanntlich lag davor der trotzkistische Kochverrat, und auch schon vorher ging die KPD mehr und mehr in der spontanen Bewegung auf.

Doch zurück zu diesem Jahr. Pünktlich um 7.30 Uhr, noch bevor die ersten Verkäuferinnen kamen, standen unsere Genossen vor dem Eingang des kapitalistischen Konsumtempels. Sie waren mit hunderten Flugblättern im Kleinformat (die sind bekanntlich leichter wegzustecken, bevor man beim Lesen erwischt wird!) und zahlreichen roten Nelken "bewaffnet". Als nun die ersten Frauen kamen, war die Freude groß, als wir jeder von ihnen eine Nelke plus Flugblatt überreichten. Es wurden kurz und knapp viele sachliche Gespräche geführt und so unsere Partei bekannt gemacht. Die HBV-Vertreter staunten nicht schlecht über unsere Anwesenheit, hatten sie doch gedacht (Originalton!): "Ich denk, die

Stalinisten sind zerschlagen." Diese irrije Meinung wurde an diesem Morgen tatkräftig widerlegt.

Die anschließenden Gespräche mit den Gewerkschaftlern verliefen aber in kameradschaftlichem Ton.

Insgesamt kann festgestellt werden, daß an diesem Internationalen Frauentag die Aktion unserer Partei eine gelungene Propaganda war. Da nämlich ständig Abteilungsleiter vor dem Personaleingang standen, um zu beobachten, welche Frauen Material von der KPD nahmen, ist es umso höher zu bewerten, daß die sich nicht abschrecken ließen und viele sich mit uns sehr nett unter-

hielten. Das können wir jetzt schon sagen: am nächsten 8. März sind wir wieder da, denn wir Kommunisten haben einen langen Atem. „Natürlich werden wir uns auch bemühen darum, daß die Frauen dieses Kaufhauses nicht ein ganzes Jahr auf die Partei warten müssen, sondern öfter etwas von und hören und sehen.“

### Oberhausen:

Über die kampfbereiten Bergarbeiter und die Kontakte der Partei zu ihnen berichten wir in dieser Ausgabe an anderer Stelle (siehe Interview).



## KLEINE ANZEIGE

### Blüchertreff

Wilfried Aumüller

Blücherstr. 59, 1000 Berlin 61

Tel. 692 21 86

Wer KPD'ler, wer Rotgardist,  
der weiß, wo seine Kneipe ist!  
Und jeden Roten zieht's dahin:  
in's BLÜCHERTREFF in Westberlin!

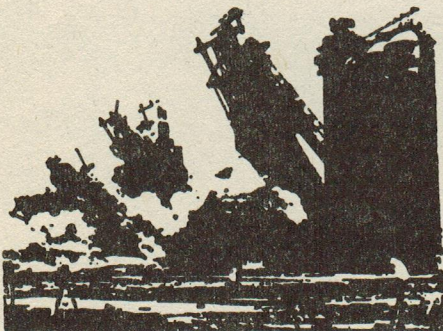




### Duisburg:

In Absprache mit den französischen Stahlarbeitern aus Longwy beschlossen die im Aktionsausschuß zusammengeschlossenen Stahlarbeiter Duisburgs, sich gemeinsam an der Europawahl zu beteiligen. Sie sehen in dieser Beteiligung unter anderem ein Mittel, die SPD zu einer für die Arbeiter besseren Politik zu zwingen oder sie zu demaskieren. Die KPD hat an einem Vorbereitungsgespräch über die Kandidatur teilgenommen und unterstützt sie z.B. durch das Sammeln von Stützungsunterschriften für den Wahlvorschlag "Für das Europa der Arbeitnehmer/innen und der Demokratie". Die KPD ist auch bereit, falls es nötig ist, einige Genossen als Wahlkandidaten zur Verfügung zu stellen.

## RHEINHAUSEN MUSS LEBEN!



### ERHALT ALLER STAHLSTANDORTE

Die Unterstützung der Kandidatur durch die KPD hat bei den Stahlarbeitern Freude hervorgerufen, und das um so mehr, als die MLPD, die bisher immer soviel von "Arbei-

tereinheit" geredet hat und in Rheinhausen auch viel getan hat, nun den Kollegen in den Rücken fällt. Sie fordert die Stahlarbeiter auf, auf eine Kandidatur bei der Europawahl zu verzichten und statt dessen lieber MLPD zu wählen, schließlich sei das ja die Vorhut der Arbeiterklasse... Man kann sich denken, daß die Begeisterung der Rheinhausener über diesen Vorschlag keine Grenzen kannte...

Die KPD wird den Aktionsausschuß auch in Zukunft unterstützen. Für seine Arbeit benötigt er auch Geld. Wir bitten unsere Leser um Spenden auf folgendes Konto:  
 Stadtparkasse Duisburg  
 Rheinhausen  
 Blz.: 350 300 00  
 Ktnr.: 250 004 280  
 Kennwort "Aktionsausschuß der KruppianerInnen"

### Stuttgart:

Die TPLF, die Volksbefreiungsfront Tigray, feierte ihren 14. Jahrestag. Die KPD verlas eine Grußbotschaft, die mit viel Beifall bedacht wurde. Die Genossen der TPLF stellten uns sofort einen Informationsstand zur Verfügung, auf dem wir Material der Partei, der Toufan und der TDKP ausgelegt wurde, außerdem "Albanien heute".

Nun, wie übersetzt man übrigens "KPD" in's Englische? Für die jungen Genossen aus Tigray heißt das dann "German Communist Party" - ahnt Ihr schon, was es dann für eine Verwicklung gab? Übersetzt man das wieder zurück

in's Deutsche, so wird daraus "Deutsche Kommunistische Partei"... Nun, es fiel uns nicht schwer, die Genossen davon zu überzeugen, daß wir keine Revisionisten waren.

Auf der Veranstaltung selbst wurde Erschütterndes über die Not der Bevölkerung im Tigray gesagt und gezeigt; das ist es verständlich, daß die Genossen mit den moskauhörigen Revisionisten, den Freunden der Mörder ihres Volkes, nichts zu tun haben wollten.

Erschreckende Szenen zeigte ein Film über Tigray. Er zeigt die Bombenangriffe von Regierungsseite aus - man sieht Menschen auf der Flucht, kraftlos, voller Angst und Ungewißheit oftmals verletzt. Eine sehr erschreckende Szene über die tote Mutter beugt sich ein schreiender Säugling, der zurück bleibt, allein, jammernd... bis eine andere vorbeikommende Frau die selbst ein Kind auf dem Rücken trägt, sich dieses weinenden Kleinkinds annimmt, obwohl sie selbst nicht weiß, wie weiter und wohin...

Man sieht im Film russische Militärberater die an äthiopische Soldaten Ehrungen vergeben. Der Kampf des Volkes von Tigray wird erbarungslos geführt - es herrscht Krieg, und die Menschen tragen nicht als ihre zerrissene Lumpen am Leib, immer auf der Flucht vor neuen Übergriffen.





Herten:

### DEMONSTRATION GEGEN DIE NEONAZIS

Mobilisieren wollten sie, die Neonazis. Über Nacht tauchten u.a. im Hertener Stadtteil Disteln Plakate der NPD auf gegen die "Scheinasylanten" und für Rudolf Heß, der "für uns gestorben ist" - mögen sich doch in dieser Hinsicht möglichst viele Neonazis an ihm ein Beispiel nehmen...

Wie gesagt, mobilisieren wollten sie, und das ist ihnen auch voll gelungen! Schüler des Hertener Gymnasiums sahen diese Hetzplakate und beschlossen sofort: so, dagegen machen wir eine Demonstration! Gesagt, getan. Obwohl die Vorbereitungszeit sehr kurz war, gelang es, Musikgruppen und Redner für die Kundgebung zu gewinnen und auch die anderen Hertener Schulen miteinzubeziehen. Es kamen dann etwa 500 Menschen zur Kundgebung, überwiegend Jugendliche, nur sehr wenige Lehrer (!), und das, obwohl der Kundgebungsplatz nur etwas mehr als 200 Meter von der Schule entfernt war...

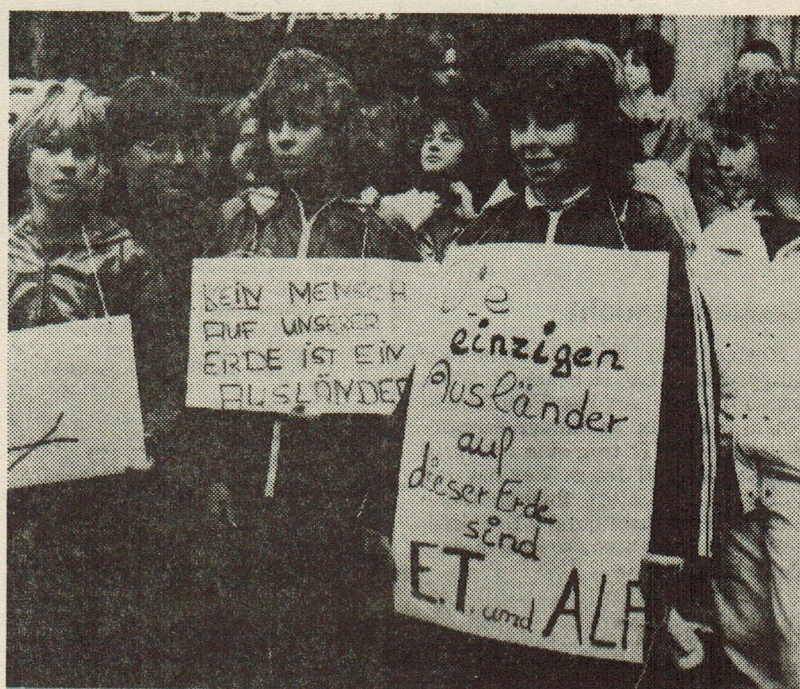
Na ja, über die Lehrer sollten unsere Genossen an diesem Nachmittag noch einiges erfahren! Denn die KPD unterstützte natürlich diese Veranstaltung, übrigens außer den Grünen als einzige Partei. Unsere Genossen traten mit der Parteifahne auf, die in Herten etwa seit zehn Jahren nicht

mehr geweht hatte, und sie waren natürlich Mittelpunkt vieler Gespräche. Das Interesse an der Partei, am Kommunismus war groß, und die Märzausgabe des ROTEN MORGEN mit dem Leitartikel über den antifaschistischen Kampf paßte natürlich auch sehr gut. Mit dem Preis des RM war das so eine Sache, zwei Mark waren für so manchen Schüler und so manche Schülerin ein ganz schöner Happen; aber wir nahmen es da natürlich nicht so genau und verschenkten an Interessierte auch so manches Exemplar.

Gefreut hat uns, daß in den Diskussionen viele Jugendliche sich auf keine Haarspaltereien einließen, sie interessierte nicht "das Wirtschaftliche", "das Rechtliche" usw.; wenn jemand so kam, dann wurde ihm kurz gekontert: "Und menschlich?" Viele weigerten sich auch, unsere

Bevölkerung zu spalten in "Ausländer" und "Nichtausländer" - sie erklärten z.B. E.T. und Alf zu den einzigen Ausländern.

Lehrreich waren die Diskussionen auch für unsere Genossen. "Ich dachte, auf dem Gymnasium lernt man was Vernünftiges", sagte ein Genosse hinterher. Ihm hatte einer der gegen die Faschisten engagiertesten Schüler ganz naiv gesagt, es gäbe doch Rechts- und Linksfaschismus, so hatte es ihm der Geschichtslehrer beigebracht. Kein Wunder, daß dieser Schüler, wie viele andere auch, vom wirklichen Wesen des Faschismus nicht viel wußte. Er trug einen schwarzen Stern. "Du hast da 'nen Stern mit der falschen Farbe", meinte ein Genosse zu ihm. "Nee, darüber müssen wir erst noch mal reden", sagte der Schüler zum Abschied.







# ATSH (ATA)

## ALBANIAN TELEGRAPHIC AGENCY

50 Stalin Boulevard Tirana, TEL. 44-12

Zu den Ereignissen in Kosovo bringen wir einen Kommentar der albanischen Nachrichtenagentur ATA vom 2. März 1989.

Auf einer Sondertagung der Bundesversammlung Jugoslawiens, die am 1. März abgehalten wurde, sprach Lazar Moiso, Mitglied des Vorstandes der Föderativen Sozialistischen Republik Jugoslawiens, über die Ereignisse in Kosovo und warf Albanien vor, sich in die inneren Angelegenheiten Jugoslawiens eingemischt zu haben. Bei seinen Erfindungen ging er sogar soweit, daß man den Eindruck bekommt, als ob Albanien die schwierige Lage, die in Kosovo in Jugoslawien existiert, verursacht habe. Moiso und andere bestimmte Kreise in Jugoslawien erfinden imaginäre Schuldige außerhalb der Grenzen Jugoslawiens, anstatt die wahren Ursachen der dramatischen Ereignisse in Kosovo zu analysieren und auf dieser Grundlage die richtigen Wege zu ihrer Lösung zu finden. Und für selbstverursachte Situationen klagen sie nicht selten andere Länder an, das ist eine schon bekannte Taktik.

Wir weisen kategorisch die Vorwürfe zurück, Albanien habe sich in die inneren Angelegenheiten Jugoslawiens eingemischt und der albanische Geheimdienst sei in die Entwicklung in Kosovo

verwickelt. Ferner weisen wir die unsinnigen Aussagen zurück, das albanische Fernsehen erteile in seinen üblichen Sendungen Anweisungen für Kosovo.

Moiso erfindet also Legenden mit mehrköpfigen Drachen, er verfälscht die Ereignisse und Fakten, um die Wahrheit zu kaschieren und die Aufmerksamkeit der jugoslawischen und Weltöffentlichkeit abzulenken, die ihre Besorgnis über die Tragödie in Kosovo zum Ausdruck gebracht haben. Die gerechten Forderungen der Albaner in Jugoslawien, die Autonomie des Gebietes zu bewahren und ihre Geschichte, ihre Sprache und Kultur zu verteidigen, werden als "konterrevolutionär" bezeichnet. Es ist nicht das erstemal, daß dieser Vertreter Mazedoniens sich in dem höchsten Staatsorgan der jugoslawischen Föderation einer solchen Sprache bedient und Erklärungen gegen das sozialistische Albanien und seine korrekte Politik abgibt. Denn die albanische Politik ist keine Doppelgleispolitik, wie es Moiso darzustellen versucht. Sie war und ist eine prinzipienfeste Politik der guten Nachbarschaft, auch in den Beziehungen zu Jugoslawien.

Was in Wirklichkeit mit den Albanern in Kosovo geschieht, das weiß die ganze Welt, die darüber

## Volksaufstand im Kosovo

auch berichtet. Solche Erklärungen wie die von Moiso können keinen überzeugen, und sie tragen nicht zur Gesundung der Lage bei. Die Probleme von Kosovo sind vielfältig, doch sie können nicht durch Angriffe und Vorwürfe gegen die anderen, durch Gewaltanwendung gegen die Albaner gelöst werden, sondern mit Klugheit und einem klaren Kopf. Das käme dann der Stabilität Jugoslawiens selbst zugute und dem Frieden und der Sicherheit auf dem Balkan.

Lazar Moiso, Mitglied des Präsidiums der Föderalistischen Sozialistischen Republik Jugoslawien, übernahm wieder die Aufgabe, das sozialistische Albanien anzugreifen und zu verleumden. Von der Tribüne der Bundesversammlung Jugoslawiens sprach er grundlos und in Form einer offenen Provokation vor den anwesenden Abgeordneten über die angeblich fortdauernde Aktivität des Geheimdienstes Albaniens, des Nachbarn Jugoslawiens, zur Destabilisierung Kosovos und drohte damit, daß Jugoslawien die "Einmischung Albaniens" in die Ereignisse des Gebietes Kosovo nicht tolerieren werde. Er führte aber keinen Beweis für seine ebenso unsinnigen wie alten Behauptungen an. Das hinderte ihn jedoch nicht daran zu sagen, daß die Sendungen des albanischen Fernsehens





angeblich Anweisungen des albanischen Geheimdienstes widerspiegeln. Aber zum Unglück von Moiso und derjenigen, die ihm den Text zum Verlesen auf dieser Versammlung gegeben hatten, können diese Sendungen auch andere sehen und gerade das Gegenteil bestätigen.

Eine weitere "sensationelle" Erklärung, mit der dieses Sprachrohr die jugoslawische und Weltöffentlichkeit zu erschüttern versuchte, war die, daß der albanische Geheimdienst angeblich seine Vorposten bereits im Jahr 1948 aufgestellt habe und daß die mehrere tausend Personen, die bis jetzt in Kosovo verurteilt sind, Verbindung mit diesen Vorposten und dem albanischen Geheimdienst unterhalten würden.

Auch die Anstrengungen der albanischen Emigranten, die Rechte der Albaner in Kosovo zu verteidigen, bezeichnet Moiso als "ein Vorgehen, das von Tirana aus koordiniert wird".

Die Verleumdungen und Lügen Moiso's beabsichtigen, wie auch aus seiner langen Rede hervorgeht, nicht nur die Politik der Sozialistischen Volksrepublik Albanien und ihren Namen zu beschmutzen. Sie verfolgen nicht nur das Ziel, die provozierende und antialbanische Kampagne zu rechtfertigen, die in Jugoslawien nie unterbrochen worden ist. Sie versuchen auch, eine juristische Basis

zu schaffen für den nächsten Pogrom gegen die Albaner in Jugoslawien und dafür, alle Albaner als "Agenten Albaniens" zu bezeichnen, die in den in Belgrad erstellten unheilvollen Listen dazu bestimmt sind, verhaftet, interniert, differenziert, ja, sogar erschossen zu werden. Er erklärte, er verfüge über ein Dokument, daß der "echte Stab" verfaßt habe, der die ganze Entwicklung der Ereignisse in Kosovo leite; und er selber habe alle Namen der Mitglieder dieses "separatistischen Stabes" eigenhändig geschrieben. Dieses Dokument enthalte auch Pläne zum Sturz der Führung in Serbien, zur Spaltung Jugoslawiens, ja, sogar zum Eingreifen der Armee in Kosovo, was Moiso zufolge für die Albaner ein großes Glück wäre, weil dies dabei helfen würde, die albanische Nationalität in Jugoslawien zu "homogenisieren". Wenn wir den Worten Moiso's glauben, haben die "Separatisten" mit dem Einsatz der Armee und Polizei in Kosovo letzteres Ziel bereits erreicht.

Die Behauptungen Moiso's sind so schlecht zusammengeflickt und zusammengeschustert, daß sie die finsternen Pläne, die in Belgrad eilig geschmiedet werden, nicht kaschieren können; sie beabsichtigen, nicht nur Kosovo zu unterwerfen, sondern, wie es auch die jüngsten Ereignisse beweisen, ganz Jugoslawien unter ihre Herrschaft zu bringen.

Die chauvinistische Blindheit und Taubheit erlaubt es Moiso und Co nicht, zu hören und zu sehen, was die Welt darüber denkt und sagt. Die Machtgier, der Durst nach uneingeschränkter Herrschaft macht sie provokatorisch und lächerlich, doch auch sehr gefährlich. Die Situation in Jugoslawien ist jetzt sehr unklar und keiner weiß, was der Tag, geschweige denn der Augenblick bringt. Die serbischen Führer warten nur auf eine kleine Provokation. Ihre Kampagne und Handlungen sind brutal und heimtückisch. Doch die jugoslawischen Völker dürfen sich nicht durch die nationalistische Demagogie irreführen lassen und vor der Erpressung solcher Erklärungen vom Schlage Moiso's sich nicht zurückziehen.

Was die Albaner angeht, lassen sie sich nicht mit Drohungen einschüchtern und sie gehen nicht in die Falle der Provokationen, auch wenn diese so lautstark sind wie die auf der Bundesversammlung Jugoslawiens.







Kosovo:

# Volksaufstand gegen nationale Unterdrückung

Durch das Bestreben großserbischer Kreise um den serbischen Parteichef Milosevic ist in Jugoslawien eine komplizierte und gefährliche Lage entstanden. Es hat den Anschein, daß dabei Milosevic und Co und der Internationale Währungsfond IWF einander in die Hände spielen.

Das Ziel der großserbischen Kreise ist es dabei, sich die anderen fünf jugoslawischen Republiken bzw. die Provinzen zu unterwerfen - und nicht nur das: seit eh und je versuchte die Clique um Tito, sich auch Albanien zu bemächtigen. Der damalige Innenminister Rankovic ließ durch die Geheimpolizei Tausende ermorden; vor seinem Terror flohen Hunderttausende ins Exil nach Amerika, nach Westeuropa oder in die Türkei. Der "Marsch auf Tirana" ist ein ewiger Wunschtraum der Großserben, sie träumen ihn auch heute noch. Die jugoslawische Zeitung "Mladina" enthüllte im November des vorigen Jahres einen Plan zur militärischen Eroberung Albaniens, den Plan "Kosovo III". Vorgegangen werden sollte dabei nach der "bewährten" Nazimethode wie zu Beginn des 2. Weltkriegs; damals überfielen Nazis in polnischen Uniformen den deutschen Sender Gleiwitz und Hitler ließ daraufhin "zurückschießen". Ähnliche "Provokationen Albaniens" plant die jugoslawische

Revisionistenclique der Weltöffentlichkeit vorzusetzen, um ihren "Vergeltungsschlag" gegen die Sozialistische Volksrepublik Albanien zu rechtfertigen.

Ziel des IWF ist es natürlich wie überall, wo er sein Geld hineinpumpt, sich Jugoslawien zur Ausbeutung zu unterwerfen.

Die wirtschaftliche Lage in Jugoslawien ist katastrophal: große Arbeitslosigkeit von über 15%, eine ständig steigende Inflationsrate von zur Zeit 300%, Devisenknappheit, riesige Auslandsverschuldung. Selbst in Kroatien, der reichsten Teilrepublik, leben 30% der Arbeiter unter der Armutsgrenze.

Der IWF ist nur dann bereit, Jugoslawien Kredite zu gewähren, wenn dieses einer Reihe von Ausbeuterbedingungen zustimmt: z.B. Einfrieren der Löhne bei gleichzeitiger "Liberalisierung" der Preise, Reallohnkürzungen bei "unrentablen" Betrieben, Rückgang der Konsumgüterproduktion bzw. ihres Imports, Verstärkung der Luxusgüterproduktion bzw. ihres Imports usw. - alles Maßnahmen, die auf Kosten der Werktätigen in Jugoslawien gehen. Weitere Voraussetzung für die Gewährung von Krediten, für die die Bande um Milosevic Jugoslawien weiter an den IWF verhöckern will, sind "politisch

stabile" Verhältnisse in Jugoslawien.

Natürlich kämpft die Arbeiterklasse Jugoslawiens gegen ihre zunehmende Verelendung. Milosevic versucht nun geschickt, die Unzufriedenheit der serbischen Werktätigen für seine Machträume einzusetzen. Den Kredit des IWF, der angeblich das Leben der Werktätigen verbessern wird, gibt es nur bei Ruhe im Land, und für Unruhe sorgt z.B. die albanische Bevölkerung in Kosovo - also sind das die Bösen!

Natürlich sind die Werktätigen Serbiens nicht faschistisch oder reaktionär. Auch besteht ein Großteil derjenigen, die in Serbien an antialbanischen Kundgebungen teilnehmen, aus Studenten, Kleinbürgern usw. - oder soll man annehmen, die neue serbische Nationaltracht sei der Militärrock? In den Demonstrationen und Streikämpfen der letzten Jahre erhoben auch die Arbeiter Serbiens in erster Linie Forderungen für die Verbesserung ihrer sozialen Lage - Milosevic ist es jetzt teilweise gelungen, diese berechnete Empörung, die seine Herrschaft bedroht, als nationalistisches Wasser auf seine Mühlen zu leiten. Aber immer noch ist die Grundlage des Protestes der serbischen Werktätigen ihre Unzufriedenheit mit ihrer sozialen Lage, und hierfür sind die





Demonstration gegen Kosovo

in der neuen serbischen Nationtracht ?

jugoslawischen Revisionisten verantwortlich. Milosevic wird es nicht lange gelingen, die Werktätigen in Serbien zu täuschen und zu mißbrauchen!

In Jugoslawien gibt es sechs Republiken, eine davon ist Serbien; außerdem gibt es zwei Provinzen, Wojwodina und Kosovo, die eine gewisse Autonomie besitzen, aber offiziell zur Republik Serbien gehören. Diese Autonomie hat sich z.B. die Bevölkerung von Kosovo, die zu etwa 90% albanischer Nationalität ist, in langjährigen Kämpfen in der Verfassung von 1974 schließlich erkämpft. Dabei war es stets das Ziel der Bevölkerung Kosovos, als gleichberechtigte Republik wie z.B. Serbien oder Kroatien anerkannt zu werden. Es war nie ihr Ziel, aus der jugoslawischen Föderation auszuscheren - gerade das aber wird immer wieder von den

serbischen und anderen Reaktionären behauptet.

Etwa 10% der Bevölkerung Kosovos sind serbischer Nationalität - unter ihnen sehr viele Reiche aus der Oberschicht, also Leute, die für die besonders schlechte soziale Lage der Werktätigen in Kosovo verantwortlich sind. Angeblich werden sie in Kosovo von den einheimischen Albanern unterdrückt, doch handelt es sich hier entweder um erfundene Schauergeschichten oder um den berechtigten Kampf der Werktätigen gegen ihre Ausbeuter.

Um ihre Herrschaft über Kosovo und schließlich über ganz Jugoslawien auszubauen, trachten die Großserben zur Zeit danach, die Verfassung von 1974, in der Kosovo eine begrenzte Autonomie zugestanden werden mußte, in großen Teilen wieder abzuschaffen. Das bedeutet für die albanische Bevöl-

kerung u.a. die Bedrohung der eigenen Kultur, ihrer Sprache, ihrer nationalen Eigenständigkeit als Teil der Föderativen Republik Jugoslawien.

Angeblich! können die Albaner in Kosovo nur dann kultiviert und dem europäischen Geistesleben näher gebracht werden, wenn das Serbische zur einzigen Amtssprache gemacht wird und alle öffentlichen und kulturellen Einrichtungen serbisch verwaltet werden - so jedenfalls verkündet es Milosevic in typisch rassistischer Großkotzüberheblichkeit.

Um sein Ziel leichter zu erreichen, hievte Milosevic ihm willfährige albanische Kollaborateure in Kosovo an die Macht.

Gegen diese Pläne setzt sich die Bevölkerung Kosovos in den letzten Wochen in bewunderungswürdiger Standhaftigkeit zur Wehr. ohne Rücksicht auf ihre eigene Gesundheit und auf ihr Leben begannen in der Blei- und Zinkmine Trepca bei Titova Mitrovica über 1.300 Bergarbeiter unter Tage einen Streik, der acht Tage dauerte. Mehrere hundert von ihnen führten diesen Streik als Hungerstreik durch. Ihre Forderungen waren vor allem die Absetzung der drei übelsten albanischen Kollaborateure und die Garantie der Verfassung von 1974.

Ihr Kampf rief überall in Kosovo große Begeisterung und Unterstützung hervor. In Pristina, der Hauptstadt Kosovos, besetzten über 8.000





Streikende Bergarbeiter in den Stollen von Trepca

Studenten den Sportpalast "25.Mai" und Universitäts-einrichtungen aus Solidarität mit dem Kampf der Bergarbeiter; sie erklärten, sie wollten ihren Protest erst beenden, wenn die Bergarbeiter aus ihren Stollen kämen. Weitere Solidaritätsaktionen legten fast das ganze wirtschaftliche Leben des Gebietes lahm.

Aber auch in anderen Teilen Jugoslawiens erhielt der Kampf der Albaner in Kosovo Unterstützung. Es trafen zahlreiche Solidaritätsadressen ein, es gab selbständige Solidaritätsstreiks - die offiziellen Gewerkschaften reagierten nicht. Allein über 100.000 Bewohner Sloweniens unterzeichneten eine Solidaritätspetition. Jugendverbände führten Spendensammlungen durch. Auch die politischen Führer der Republi-

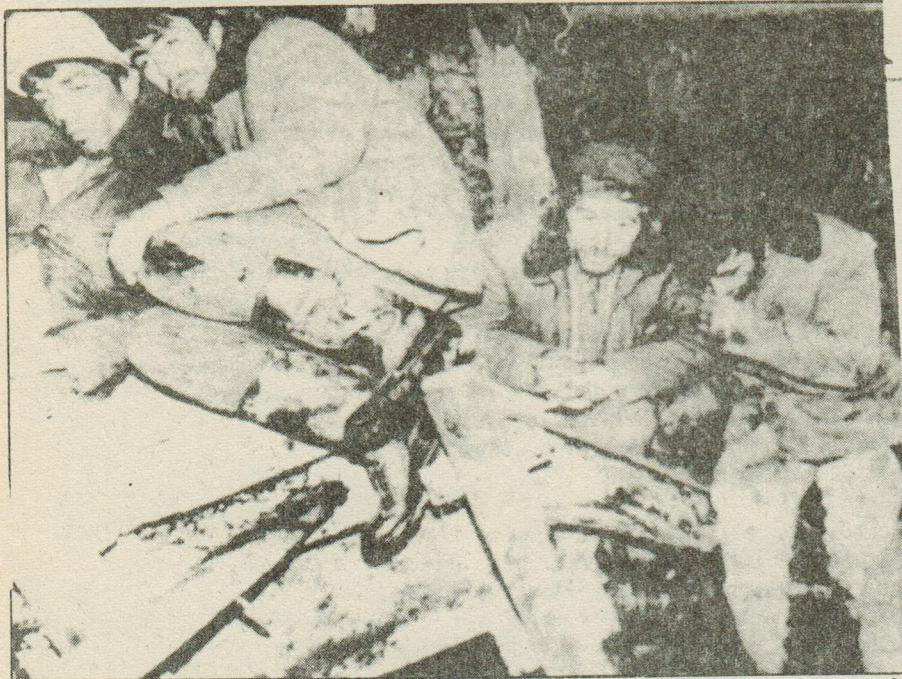
ken Slowenien und Kroatien unterstützten den Kampf der Bevölkerung Kosovos. Der slowenische Parteichef Milan Kucan sagte: "Das ganze Drama von Trepca rührt daher, daß der albanischen Bevölkerung keine Möglichkeit zugestanden wird, ihre eigene politische Führung zu wählen." Und der Sekretär der slowenischen Parteijugend sagte auf einer Demonstration in Ljubljana: "Im heutigen Jugoslawien leben Albaner in einer ähnlichen Situation wie einst die Juden. Man schimpft sie Vergewaltiger und Tierschänder. Jeder kann einen Albaner verunglimpfen, ohne daß er etwas zu befürchten hätte."

Dem Kampf der Bergarbeiter von Trepca und Stari Trg schlossen sich 7.000 Arbeiter der Magnesiummine von Goles und der Kohle-

gruben von Muahdjer an. Ihr Kampf und der Kampf der Studenten und der übrigen Bevölkerung Kosovos hat einen Teilerfolg gebracht. Sie erzwangen den Rücktritt der drei Kollaborateure Rahman Morina, Husamedin Azemi und Ali Sukrija. Die Bergarbeiter beendeten daraufhin ihren Hungerstreik und verließen die Stollen, allerdings nahmen sie die Arbeit nicht wieder auf. Auch die Schüler und Studenten kehrten nur in geringer Zahl an ihre Schulen und Institute zurück.

Inzwischen versucht die Zentralregierung, den Widerstand in Kosovo mit Terror und Gewalt zu brechen. "Wir werden sie alle verhaften, alle verhaften!" kreischte Milosevic in Belgrad in die aufgeputschte Menge. Die antwortete





mit "Auf nach Kosovo!" Serbische Zeitungen veröffentlichten teile einer "Schwarzen Liste" mit albanischen Politikern und Wirtschaftsvertretern. Die Verhaftungswelle rollt an - zu den Verhafteten gehören die Bergwerksdirektoren von Trepca, der Direktor des Studentenzentrums Pristina und der Direktor des Sportpalastes; weitere hunderte Verhaftungen folgten, außerdem über tausend Anklagen gegen Albaner, die ihre Geschäfte bzw. Lokale aus Solidarität geschlossen gehalten hatten.

Zehntausend Soldaten wurden nach Kosovo geworfen, Panzer kontrollieren alle wichtigen Punkte, Kampfflugzeuge heulen über die Städte. Mit dem "Gesetz über die allgemeine Volksverteidigung" wurden 27.000 Albaner zur Arbeit zwangsverpflichtet.

Damit ist nach Angaben von Radio Pristina zum erstenmal seit 1946 der § 203 der Landesverteidigung in Kraft, der besagt, daß "in Kriegs- und kriegsähnlichen Zeiten das Staatspräsidium Jugoslawiens Arbeitsverpflichtungen aussprechen kann"... auch "im Falle außerordentlicher Umstände im Frieden".

In der Magnesitgrube Goles und im Bergwerk Stari Trg ging der Streik

weiter, auch etwa 1.000 Lehrer streikten. Widersetzen sie sich der Zwangsverpflichtung, so können sie wegen "Spionage" mit Militärhaft bestraft werden, in schweren Fällen sogar mit der Todesstrafe.

Trotz dieser Drohungen weigerten sich auch nach der Zwangsverpflichtung zum Beispiel in Stari Trg noch mehrere hundert Arbeiter, in die Grube einzufahren. Sie fordern die Freilassung von vier Verhafteten und die Garantie, daß die Verfassung nicht geändert wird.



Trotz Demonstrationsverbots kommt es immer wieder zu spontanen Kundgebungen Tausender Albaner in Kosovo





Der Fall Salman Rushdie oder das "Gewissen" der "freien" Welt

## KHOMEINI: TERRORISMUS OHNE GRENZEN

Das Todesurteil Khomeinis gegen Salman Rushdie hat mit Recht weltweite Abscheu geweckt. Denn zum ersten Mal hat sich das wahre Gesicht des mittelalterlichen Fundamentalismus weltweit entblößt. Das, was wir jahrelang als "religiösen Faschismus" bezeichnet haben, hat für viele Menschen konkrete Gestalt angenommen. Für uns, die wir in den ersten Tagen der iranischen Revolution für die Verteidigung der Pressefreiheit als einer der revolutionären Errungenschaften des Volkes nach der Schah-Diktatur gegen Khomeinis Schlägerbanden gekämpft haben, ist das nichts Neues. Seitdem hat sich der Schatten des Faschismus religiöser Prägung über alle Bereiche der iranischen Gesellschaft ausgebreitet. Dass dieser neue Typ von Barbarei keine nationalen Grenzen kennt, hat Khomeini lange vor dem Fall Rushdie bereits demonstriert. Mehrere Dutzend iranische Oppositionelle sind in der Emigration den Terrorkommandos Khomeinis zum Opfer gefallen, darunter der Führer unserer Partei, Hamid Reza Chitgar (Bahmani), der am 19.5.87 in Wien von den Häschern der Islamischen Republik hinterrücks erschossen wurde. Kurz vor der Inszenierung der Rushdie-Affäre hat Khomeini einen beispiellosen Massenmord an den politischen Häftlingen veranstaltet: In den letzten Monaten sind Tausende von Andersdenkenden in Irans Gefängnissen an die Wand gestellt und kaltblütig hingerichtet worden.

**Wo war das Gewissen der "freien" Welt, als diese Verbrechen verübt wurden? Ist das Leben eines britischen Romanciers mehr Wert als das von Tausenden iranischer Oppositioneller?**

Wir überlassen die Beantwortung dieser Fragen dem Urteilsvermögen des Lesers und wenden uns statt dessen Khomeinis Motiven für die Inszenierung des Falles Rushdie zu. Was bezweckt dieser hinterlistige Mullah mit seiner Morddrohung?

### *Kulturkonflikt oder politische Demagogie?*

Viele Menschen im Westen glauben, es handle sich um den historischen Kulturkonflikt zwischen Orient und Okzident, Christentum und Islam usw. Nicht daß es den nicht gäbe, mit dem leben wir ja schon seit ein paar Jahrhunderten. Die Frage ist nur, warum er vom selbsternannten "Führer" der islamischen Welt gerade jetzt und heute angefacht wird. Unserer Meinung nach war Khomeinis wichtigstes Motiv einerseits die Wiederherstellung seiner Autorität unter den eigenen Anhängern nach dem Gesichtsverlust, den die Niederlage im Krieg gegen Irak mit sich gebracht hatte. Nachdem seine vom Gottes-Staat-Gedanken des Mittelalters geprägten, expansionistischen und wahnwitzigen Vorstellungen vom "schiitisch-islamischen Imperium" sich als reine Luftschlösser entpuppt hatten, stand die Frage offen: Wie das Fußvolk beschwichtigen, das sich 8 Jahre lang als Kanonenfutter hergegeben hatte? Die 1,5 Millionen Kriegstoten und 3 Millionen Verstümmelten hingen angesichts des militärisch-politischen Fiaskos wie das Schwert des Damokles über den Köpfen der Mullahs in Teheran. Die Rushdie-Affäre war eine ideale Lösung dieses für das Khomeini-Regime lebensbedrohenden Problems, indem sie die Aufmerksamkeit von den inneren Problemen ablenkte. Andererseits war sie wie geschaffen dafür, Khomeini auf internationaler Ebene die Führungsrolle in der islamischen Welt im Kampf gegen alles "Ungläubige" zu liefern und damit die pan-islamistischen Machtgelüste dieses "Möchte-Gern-Theokraten" zu befriedigen.

### *Krise als Dauerzustand*

Die 10-jährige Geschichte der Islamischen Republik ist eine Geschichte von künstlich erzeugten politischen Krisen, bar jeder aus objektiver Notwendigkeit entspringenden Motivation, einzig und allein zur Konsolidierung der Macht der Mullahs. Die Geiselnahme in der US-Botschaft in Teheran, die Fortsetzung des Krieges gegen Irak (nach Wiedereinnahme aller iranischen Territorien), das Blutbad in Mekka im Juli 87, die Verminung des Persischen Golfes, die Geiselnahmen in Beirut, die Bombenanschläge in Paris, ... - und jetzt die Morddrohung gegen Salman Rushdie. Das sind nur einige (berühmt gewordene) Glieder in der Kette von Krisen, die die Islamische Republik 10 Jahre lang zusammengehalten haben. Ohne solche Krisen kann das religiös-faschistische Khomeini-Regime nicht überleben. Sie sind die Luft, die es zum Atmen braucht. Gibt es sie nicht, so müssen sie geschaffen werden.



## **Religiöser Faschismus oder "antiimperialistischer Kampf" ?**

Es gibt fortschrittliche Menschen, die all dies für "antiimperialistischen Kampf" halten. Für uns ist der Kampf gegen den Imperialismus nicht getrennt vom Kampf für Demokratie. Ein Faschist kann kein Antiimperialist sein. Khomeinis "Angriffe" gegen den Imperialismus sind die eines religiösen Despoten gegen den "Unglauben". Sie werden nicht von einem demokratischen Standpunkt aus für fortschrittliche Ziele wie Unabhängigkeit und nationale Selbstbestimmung geführt, sondern vom mittelalterlich-restaurativen Standpunkt aus zur Errichtung eines schiitisch-islamischen Gottes-Staates fundamentalistischer Prägung über die ganze Welt. Diese reaktionären Hirngespinnste ähneln eher dem restaurativen Kampf des Feudalismus gegen den Kapitalismus. Einen Beweis für unsere Behauptungen sehen wir in der Tatsache, daß nach 10 Jahren "islamischer Revolution" der Iran immer noch ein wirtschaftlich vom Imperialismus abhängiges Land ist, ja in vieler Hinsicht ist diese Abhängigkeit auf Grund der zerstörerischen Folgen des Krieges noch grösser geworden als unter dem Schah-Regime. Keine ernsthaften Anstrengungen zum Aufbau einer nationalen Schwerindustrie, keine Verstaatlichung des Außenhandels und des ausländischen Kapitals, keine demokratische Bodenreform, Zerschlagung aller revolutionären und fortschrittlichen Kräfte des Volkes usw. Das Ergebnis ist, daß heute Imperialisten aller Schattierungen in den Startlöchern sitzen, um den größt möglichen Anteil an den Riesenprofiten zu ergattern, die der Wiederaufbau des Landes nach dem Krieg verspricht.

### **Teheraner Machtkampf : Balance-Akt zwischen Ost und West**

An der Frage, wer diese Riesenprofite einheimsen soll, der westliche Imperialismus oder der sowjetische Sozialimperialismus – denn für eine nationale Alternative des Wiederaufbaus fehlen sowohl die materiellen als auch die sozialen Grundlagen – scheiden sich die Geister der Islamischen Republik. Nachdem eine Zeit lang die Anhänger des Westens um den Parlamentspräsidenten Rafsandjani die Oberhand hatten, aus dem einfachen Grunde, daß ohne die Waffenlieferungen des Westens (auf Grund des vom Schah geerbten Waffensystems) der Krieg gegen Irak nicht geführt werden konnte, hat sich das Blatt nun gewendet. Nach dem Krieg ist die Bindung an den Westen keine absolute Notwendigkeit. Bereits vor der Inszenierung der Rushdie-Affäre hatte Khomeini eine persönliche Botschaft an Gorbatschow geschickt. Die Antwort ließ nicht lange auf sich warten. Khomeini empfing Schewarnadse in seinen persönlichen Gemächern – eine "Ehre", die bisher keinem anderen ausländischen Politiker zuteil geworden war. Weitgehende Verträge über wirtschaftliche Zusammenarbeit wurden abgeschlossen. Die Befürworter dieser außenpolitischen Linie um den Ministerpräsidenten Moussawi hatten bereits nach dem Waffenstillstand mit Irak Morgenluft gewittert, ihre Zeit für gekommen angesehen und ihre Angriffe gegen ihre Rivalen, die Rafsandjani-Clique, intensiviert. Angesichts dieser Zuspitzung der inneren Streitigkeiten unter seinen engsten Mitarbeitern stellte sich der in der Balance-Kunst geübte Khomeini diesmal auf die andere Seite. Damit hatte die Moussawi-Clique das Tauziehen für sich entschieden. Ihre Siegestrophäe war die Rushdie-Kampagne, die sie nun mit Khomeinis Unterstützung vom Stapel lassen durfte und deren Ausgang in erster Linie vom Gleichgewicht der Kräfte im Teheraner Machtkampf abhängt.

Zur Zeit allerdings scheint Khomeini Schwierigkeiten bei der Durchführung seiner Morddrohung zu haben. Die in Teheran vor über einem Monat gegen Salman Rushdie abgefeuerten schwarzen Pfeile scheinen unterwegs steckengeblieben zu sein. Damit sie nie ihr Ziel erreichen, fordern wir :

**SCHLIEßT KHOMEINIS TERRORZENTRALEN (Botschaften, Konsulate,...) !**

**ABBRUCH ALLER DIPLOMATISCHEN BEZIEHUNGEN ZU IRAN !**

**AUSWEISUNG ALLER KHOMEINI-ANHÄNGER !**

**WELTWEITES HANDELSSEMBARGO GEGEN IRAN !**

**NIEDER MIT DEM RELIGIÖS-FASCHISTISCHEN  
REGIME DER ISLAMISCHEN REPUBLIK !**

AUSLANDSBÜRO DER PARTEI DER ARBEIT IRANS (TOUFAN)

Toufan, Postfach Nr. 1463, 6500 Mainz





## Bauern:

### KAMPF GEGEN EG-PLÄNE

Tausende Bauern demonstrierten am 17. März in Kiel gegen die Pläne der EG-Kommission zum Bauernlegen. Geht es nach der EG, so werden die Garantiepreise in der Landwirtschaft eingefroren für 1989/90. Für eine ganze Reihe landwirtschaftlicher Erzeugnisse soll außerdem die Preisstützung eingeschränkt werden. Der neue EG-Agrarkommissar Ray aus Irland empfiehlt den Bauern, sich stärker als bisher an der Nachfrage zu orientieren - das heißt auf gut Deutsch, nach Kapitalistenmanier das anzupflanzen, was möglichst schnell den größten Gewinn abwirft, und nicht etwa das, was aus gesunden Ernährungs- oder ökologischen Gründen sinnvoll wäre. Die EG soll die Bauern, die Getreide anbauen, dadurch unter Druck setzen, daß sie nur noch während vier Monaten das Getreide aufkauft und nicht mehr während sieben Monaten, wie bisher, nur könnten die Bauern das Getreide, was sie "frecherweise" "zuviel" angebaut haben, lagern und es später aufkaufen lassen - Pustekuchen: die EG plant auch, die Zuschüsse für die Lagerhaltung zu kürzen... Den deutschen Bauern geht es jetzt schon schlecht; nach Berechnungen des Deutschen Bauernverbandes (DBV) summieren sich die Verschlechterungen, wenn die EG-Pläne nicht verhindert werden, für die

deutsche Landwirtschaft bei Getreide um 9%. Schon seit mehr als 25 Jahren kämpfen die Bauern gegen die Verschlechterung ihrer Lage - schon seit mehr als 25 Jahren wettert der Agrar-Kapitalist Heeremann, der leider immer wieder zum Vorsitzenden des Bauernverbandes gewählt wird, lautstark, daß es nun nicht mehr lange so weiter gehe... Seit mehr als 25 Jahren aber geht das Bauernlegen in der Bundesrepublik munter weiter und Herr Heeremann und Co wissen es seit mehr als 25 Jahren einzurichten, daß die Bauernproteste nicht zu massiv werden. Die Bundesregierung macht mit dem Bauernlegen munter weiter. So beschloß im Januar der Bundestag ein Gesetz über die Einstellung der landwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit: Landwirte, die älter als 58 sind, können eine "Produktionsaufgaberente" erhalten. Voraussetzung ist allerdings, daß sie aus der landwirt-

schaftlichen Produktion ausscheiden, indem sie entweder ihre Anbauflächen stilllegen oder sie verpachten; das heißt dann, daß entweder weniger Nahrungsmittel angebaut werden und unsere Bevölkerung noch abhängiger vom Import wird, oder daß Großagrarier die Flächen pachten - der kleine Bauer wird also auf jeden Fall gelegt. Wie sieht Blümchen das aber? "Ein Gesetz mit Hand und Fuß für unsere Bauern". Na ja, so Unrecht hat er nicht, er hat ja nicht gesagt, wohin er den Bauern die Hand und den Fuß geben will...

In der Bundesrepublik gab es im Februar 466.900 landwirtschaftliche Betriebe, deren Inhaber älter als 45 Jahre waren. Davon haben 123.000 keinen Nachfolger, und auch von den restlichen wollen nur knapp die Hälfte ihre Höfe uneingeschränkt weiter bewirtschaften - kein Wunder bei der "ermutigenden" Bauernpolitik in Bonn.

## HÖRT RADIO TIRANA!

| 1. Programm   |      |      |              |
|---------------|------|------|--------------|
| 13.00 - 13.30 | 9375 | 31   | Meterband KW |
|               | 7310 | 41   | Meterband KW |
| 14.30 - 15.00 | 9375 | 31   | Meterband KW |
|               | 7310 | 41   | Meterband KW |
| 16.00 - 16.30 | 9375 | 31   | Meterband KW |
|               | 7310 | 41   | Meterband KW |
| 18.00 - 18.30 | 9375 | 31   | Meterband KW |
|               | 7310 | 41   | Meterband KW |
| 19.00 - 19.30 | 7310 | 41   | Meterband KW |
|               | 9375 | 31   | Meterband KW |
|               | 1395 | 215m | MW           |
| 2. Programm   |      |      |              |
| 21.30 - 22.00 | 7310 | 41   | Meterband KW |
|               | 5985 | 49   | Meterband KW |
|               | 1458 | 206m | MW           |
| 23.00 - 23.30 | 7310 | 41   | Meterband KW |
|               | 5985 | 49   | Meterband KW |
|               | 1485 | 206m | MW           |
| 6.00 - 6.30   | 7310 | 41   | Meterband KW |
|               | 9375 | 31   | Meterband KW |
|               | 1395 | 215m | MW           |







# Venezuela

IWF-POLITIK FORDERT HUNDERTE MENSCHENLEBEN !

Eine "Insel der Ruhe", das Volk ist "bekannt für seine Geduld und Friedfertigkeit", ein "must ergültiger Schuldner", "der reichste Staat Lateinamerikas" - so liest es sich in den bürgerlichen Zeitungen über Venezuela, jedenfalls bis vor kurzem.

Doch wer sich etwas genauer informierte, bekam ein anderes Bild: fast 50% der Venezolaner leben unterhalb der Armutsgrenze, davon 15% in extremer Armut. Rund 1,5 Millionen Menschen leben in den Elendsvierteln von Cara-

cas; die Inflationsrate liegt bei etwa 40% jährlich; die Auslandsverschuldung 1988 betrug 31 Milliarden Dollar - für Verpflichtungen aus diesen Schulden gingen 1988 allein 50% der Exporteinnahmen drauf.

Wenn das das reichste Land Südamerikas ist... es ist zu befürchten, daß es stimmt! Doch wie muß es dann mit den anderen Ländern stehen!

Die venezolanische Regierung mußte betteln gehen, bei ausländischen Regierungen und Banken, beim

IWF und der Weltbank. Um bei diesen Finanzhaien einen guten Eindruck zu erwecken, machte die Regierung Perez "Hausputz" - und der ging voll zu Lasten der ohnehin schon armen Bevölkerung. Die Preise für Grundnahrungsmittel wurden drastisch erhöht; Milch, Zucker, Maismehl, Reis und kaffee fehlten in vielen Familien wochenlang ganz, weil sie, wenn sie tatsächlich einmal in den Läden angeboten wurden, unerschwinglich waren. Die Mehl- und Brotpreise stiegen willkürlich um bis zu 300%. Die Preise für



Berechtigte Reaktion der Bevölkerung auf die Verteuerung der Konsumgüter





staatliche Dienstleistungen wurden drastisch erhöht, ebenso die Preise für die Personenbeförderung und vor allem für Benzin - dessen Preis stieg um 90%, und das in einem Erdöl-Land!

Zahlreiche Werktätige müssen dann bis zu 1/4 ihres Monatslohns allein für die Fahrt zwischen ihrem Wohnort und ihrem Arbeitsplatz ausgeben, das sind meist Entfernungen zwischen 30 und 50 Kilometern.

Nach Verkündung der starken Fahrpreiserhöhungen kam es sofort zu spontanen Protesten der Werktätigen. Viele von ihnen konnten nicht von der Arbeitsstelle nach Hause fahren. Aus ihren Protestzügen formierten sich die ersten Demonstrationen. Das Verkehrssystem

ist zum Teil in privater Hand, die privaten Unternehmer verlangten noch höhere Preise. Das führte dazu, daß die empörte Bevölkerung gegen Lastwagen, Omnibusse und Privatautos vorging und sie empört in Brand steckte. Gegen die drastischen Preiserhöhungen bei Lebensmitteln gingen die Werktätigen mit Beschlagnahmeaktionen in Supermärkten und großen Kaufhäusern vor. Während die arme Bevölkerung so handeln mußte, um ihre Familien ernähren zu können, gab es natürlich auch zahlreiche Reiche aus den wohlhabenden Villenvierteln, die die günstige Gelegenheit zum Plündern und zur eigenen Bereicherung nutzten.

Die Polizei ging gegen die empörten Werktätigen mit großer Brutalität vor. Offiziell gibt die Regierung Perez (übrigens ein Sozialdemokrat!) 247 Tote

und 2000 Verletzte zu - die Opfer einer Woche blutigen Terrors der Polizeieinheiten vor allem gegen die Menschen in den Elendsvierteln. Die Opposition spricht allerdings von 600 Toten; allein zwei Krankenhäuser gaben an, bei ihnen seien zusammen 2300 Verletzte behandelt worden.

Nach einer Woche massivem Polizeieinsatz ist der Aufstand der Bevölkerung vorerst niedergeschlagen. Doch wie heißt es in einem Lied des österreichischen Sängers Danzer?... auch die Ruhe nach dem Sturm ist nur die Ruhe nach dem Sturm!"

Für die Kapitalisten Venezuelas jedenfalls hat sich das Niederschlagen der Bevölkerung gelohnt: Als Belohnung wurde ihr sofort neue Kredite angeboten, zwei Milliarden Dollar, so hörte man aus New Yorker Bankkreisen....



Venezuela: Mit scharfen Schüssen versuchen Polizei und Militär, die aufgebrauchte Menge unter Kontrolle zu bringen





# DKP - Vollkommen verrottet!

In der DKP geht es seit einiger Zeit rund, der "Gorbi-Kurs" wird durchaus unterschiedlich verdaut. In einigen Orten, zum Beispiel in Bochum und Berlin, rätselten DKP-Genossen darüber, ob Gorbatschow nicht vielleicht ein Agent des CIA sei. Unseren Gelsenkirchener Genossen wollten dortige DKP'ler den Herbert Mies zum Sonderpreis verkaufen, doch die ließen sich dieses günstige Sonderangebot aus unbegreiflichen Gründen durch die Lappen gehen...

Die DKP in Köln ist in der gegenwärtigen innerparteilichen Debatte rechts außen. Massenweise treten ihre Mitglieder den Grünen bei. Anscheinend um den Verfall der DKP zu beschleunigen, fand am 14. Februar eine DKP-Veranstaltung im Bürgerhaus Stollwerk mit Prof. Dr. Jörg Huffschmid aus Bremen statt.

Er vertrat das "Neue Denken" Gorbatschows und die "Reformalternative" in Bezug auf die Bundesrepublik so rotzfrech, daß etliche Genossen links von der DKP, die die Veranstaltung besuchten, nur so mit den Ohren schlackern konnten. Beim Zerfall der kommunistischen Zirkel tarnte man sich noch mit Gramsci oder mit Sprüchen wie "Wir machen die Grünen rot!"

Prof. Huffschmid meinte,

die Kommunisten bräuchten keine Revolution mehr, sondern könnten Dompteur spielen, den Kapitalisten zum Sozialismus zwingen, wie im Zirkus der Dompteur den Tiger zwingt, durch den brennenden Reifen zu springen. Durch den langsamen Umbau der Gesellschaft durch die "Reformalternative" würde man den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus gar nicht merken! (Na, für einen Sozialismus, den man nicht bemerkt, bedanken wir uns aber - die Red.).

Gegen all dies Gewäsch richtete sich von der DKP-Basis gar kein Widerspruch mehr. Ein DKP'ler meinte, dies sei doch alles schon von Bernstein bekannt, da bekäme man doch Identitätsschwierigkeiten; warum habe man sich überhaupt von der Sozialdemokratie getrennt, solle man da die DKP nicht gleich auflösen?

Prof. Huffschmid meinte, das sei zu diskutieren. Er könne die Programme der SPD der zwanziger Jahre zur "Wirtschaftsdemokratie" Wort für Wort unterschreiben. Von der Kommunistischen Internationale sei nur eine unfaire Polemik dagegen gemacht worden.

Interessant war auch, daß er das Jahr 1960 als Beginn des Niedergangs der kommunistischen Weltbewegung bezeichnete, aber die wahre Ursache,

das Aufkommen des Revisionismus, natürlich verschwieg. Eine DKP-Genossin sagte, das sei doch alles nur große Jammerei, und im übrigen könne diesen Vortrag sowieso kein Arbeiter verstehen. Darauf antwortete Prof. Huffschmid: "Es ist doch sowieso kein Arbeiter hier. Wenn Arbeiter hier wären, würde ich anders sprechen." Tja, mein lieber Huffschmid, woran liegt's wohl, daß zu eurer Gewäsch-Veranstaltung keine Arbeiter kamen? Aber immerhin, wir danken für dein offenes Eingeständnis, daß du sie dann anders zu beschreiben versuchen würdest...

Auf die Frage, wie er zur Fraktion um Prof. Fülberth stehe, antwortete Prof. Huffschmid, Fülberth wolle doch nur ein Bündnis der Linkssektierer: Linke plus Grüne plus Ebermann minus Kleinert. Er dagegen würde auch den rechten Grünen einschließen, sonst müsse man ja auch die Sozialdemokratie ausschließen. Eine Teilnehmerin bemerkte daraufhin ironisch, dann müsse auch Biedenkopf von der CDU einbezogen werden - der verträte ja auch ökologische Positionen.

Lehndorf, der Vorsitzende der Kölner DKP, hob lobend die britische KP hervor, die neuerdings diskutiere, ob die Politik Thatcher's nicht als progressive Reform zu betrachten sei...



Insgesamt war es erschreckend zumindest für jemanden, der lange nicht

mehr auf einer DKP-Veranstaltung gewesen war wie tief dieser Verein,

der sich noch immer "kommunistisch" nennt, gesunken ist.

## PROTEST BEI BUSSEN UND BAHNEN IN NRW

Im Kapitalismus muß sich alles lohnen für die Kapitalisten, auch der Nahverkehr. Da zahlen wir zwar jede Menge Steuern, doch die werden natürlich nicht dazu verwandt, um den Weg zum Arbeitsplatz oder zum Einkaufen für uns möglichst billig zu machen.

Für den öffentlichen Nahverkehr im Ruhrgebiet ist der Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR) zuständig. Natürlich ist auch sein oberstes Ziel nicht, den Bürgern ein möglichst gutes Nahverkehrsmittel zur Verfügung zu stellen, sondern an ihm zu verdienen.

Mit der profitablen Umgestaltung des VRR wurde eine Unternehmensberatung beauftragt. Ihre Planung soll jetzt mit Zustimmung des Verkehrsministeriums (SPD) und des Zweckverbands verwirklicht werden. Das rief unter den 19.000 Beschäftigten des VRR große Unruhe hervor, denn das bedeutet den Verlust von bis zu 2.300 Arbeitsplätzen.

Aus Protest gegen diese Pläne standen im Januar schon einmal die Bahnen und Busse für eine Stunde still, in Düsseldorf, Bochum, Duisburg und anderen Städten Nordrhein-Westfalens.

## KINDERMUND...

Ein Genosse besucht mit seinem Töchterchen einen Genossen der DKP. Während sich die Väter über die Neonazis unterhalten, bekommt die Tochter, damit sie beschäftigt ist, eine DKP-Broschüre zur Frauenbewegung. Sie macht sich an die Durchsicht und findet zu ihrer Freude auf der letzten Seite ein Bild von Rosa Luxemburg - die kennt sie schon. Sie buchstabiert mühsam am Text herum, dann ruft sie auf einmal streng: "Hans! Komm mal sofort her!! Warum steht da das D auf der falschen Seite?" Und sie zeigt auf den Parteinamen. Hans will ihr erklären, daß es 2 kommunistische Parteien gibt, die DKP und die KPD. Da kommt er aber gut an! "Nein! Es gibt nur eine kommunistische Partei und da ist mein Papi drin, und die Rosa war da auch drin, da, guck!" Und sie zeigt auf die entsprechende Textstelle über Rosa, "das D gehört auf die andere Seite!"

**Rot  
Front!**







### Kleine wirtschaftspolitische Rundreise durch die Bezirke der DDR

Um den revisionistischen Teil unserer Heimat dem RM-Leser etwas näherzubringen, begannen wir ab Januar mit einer kleinen Artikelserie über die DDR-Bezirke; diesmal geht unsere Rundreise in den Bezirk Magdeburg.

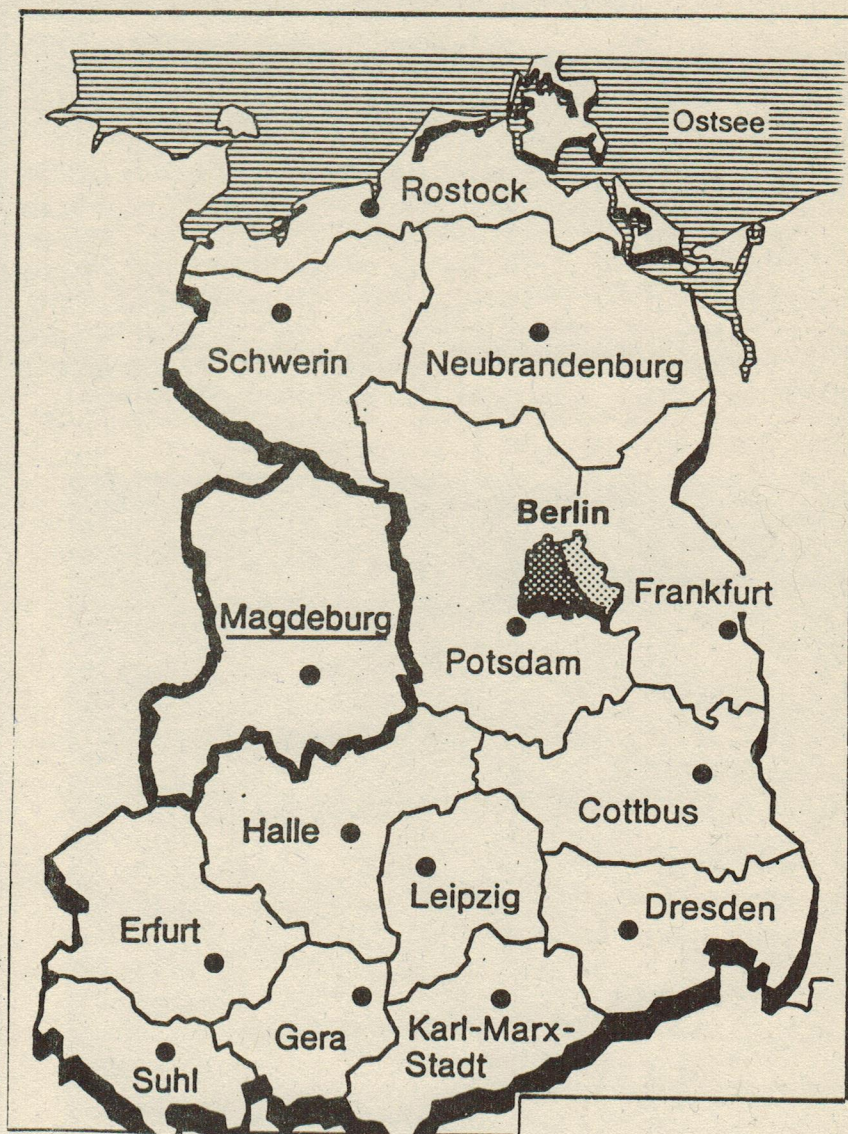
#### **Bezirk Magdeburg**

Der Bezirk Magdeburg hat 11.526 qkm Fläche und 1.250.000 Einwohner. Mit einer landwirtschaftlichen Nutzfläche von rund 734.000 Hektar ist dieser Bezirk der größte Agrarproduzent der DDR. Auf den fruchtbaren Böden in der Magdeburger Börde wachsen 25% der in der DDR angebauten Zuckerrüben, 16% des Getreides, 11% der Kartoffeln und u.a. ein Drittel aller in der DDR geernteten Zwiebeln. Der Bezirk liefert weiterhin 11% an Schlachtvieh und Eiern sowie 10% der Milch. An Bodenschätzen befinden sich dort bedeutende Vorkommen an Stein- und Kalisalzen sowie Vorkommen an Kalk, Schwefelkies und Erdgas.

Doch der Bezirk ist auch Industriebezirk, der mit 6,9% zum industriellen Bruttoproduct der DDR beiträgt. Traditionell besteht auch heute noch die Maschinenbauindustrie, die zusammen mit dem Fahrzeugbau 10,3% Anteil

ausmacht. Sogar 11,4% sind es bei der Baumaterialindustrie. Konzentriert sind die Produktionsstätten in der "Stadt des Schwermaschinenbaus" Magdeburg, in deren Industriebetrieben Walzwerk-ausrüstungen, Kabel- und Verseilmaschinen, Zement- und Chemieanlagen, Dieselmotoren, Tagebaugeräte, Schwerlastkräne und Armaturen sowie Trak-

toren und Fernsehgeräte produziert werden. Abgerundet wird das Bild durch die Bedeutung des Bezirkes in der Verkehrswirtschaft, da sich der größte Binnenhafen des Landes, der Elbehafen Magdeburg, im Bezirk befindet. Der Hafen ist über das Schiffshebewerk Rothensee mit der Nordsee und über ein Kanalsystem mit der Ostsee verbunden.





VOR 70 JAHREN

APRIL 1919

1. Zusammenstöße in Stuttgart: Tote, Verwundete
4. Schachtdelegiertenkonferenz des Ruhrgebiets stellt Ultimatum. Krupp-Arbeiter schließen sich Generalstreik an. Streikende Stuttgart.
6. Eßlingen und Nürtingen besetzt.
7. Proklamierung der Bayrischen Räterepublik. Generalstreik in Magdeburg, Bewaffnung.
8. Verlegung der KPD-Zentrale nach Leipzig. Kämpfe in Magdeburg. 2. Rätekongreß in Berlin.
9. Beginn des Feldzugs gegen Ruhrarbeiter, Verhaftung des Zentralzechenrates, Blutbad in Essen. Maercker besetzt Magdeburg. Generalstreik in Braunschweig.
10. Generalstreik in Zwickau und Danzig. Epp-Schneppenhorst ziehen in Ingolstadt (Bayern) ein. Blutbad in Beuthen (Oberschles.): 5 Tote.
11. In Düsseldorf Kämpfe mit Lichtschlag: 40 Tote. Blutbad in Danzig: 3 Tote. KPD nimmt mit beratender Stimme am bayrischen Zentralrat teil. Sturz der Räteherrschaft in Bamberg. Wiederauferscheinen der "Roten Fahne" in Leipzig.
12. Sturz der Räteherrschaft in Würzburg. Blutbad in Essen und Mülheim. Gefecht mit Maercker-Truppen vor Braunschweig. Streikende Danzig.
13. Putsch in München gegen Räteregierung niedergeschlagen. Zweite und eigentliche Räterepublik. Belagerung Sachsen und Braunschweig.
14. Dresden vom Freikorps Görlitz besetzt. Generalstreik in Königsberg. Unruhen in Hamburg.
15. Kämpfe mit Maercker-Truppen in Helmstedt. Generalstreik in Bremen u. Kohlrevier Sachsen
16. Blutbad in Iserlohn.
17. Maercker besetzt Braunschweig.
18. Blutbad in Offenbach. Gefecht bei Freising.
21. Augsburg nach schweren Kämpfen besetzt. Unruhen und Belagerungszustand in Hamburg.
24. Emil Eichhorn verhaftet und von Halberstädter Arbeitern befreit. Blutbad in Hannover. Hungerkrawalle in Hindenburg (Oberschlesien).
25. Druckereien der KPD und USPD in Stuttgart besetzt. Hungerkrawalle in Geliwitz. "Rote Fahne" wiederholt verboten, erscheint jedoch in Leipzig weiter. Noske verordnet Einwohnerwehren.
26. Blutbad in Nürnberg. Ebert-Noske verhängen Belagerungszustand über Sachsen. Große Streikbewegung in Oberschlesien.
27. In Stettin überfallen Angehörige der "Eisernen Division" KPD-Kundgebung: Tote, Verwundete.
28. Streikende im Ruhrgebiet. Generalstreik Stettin
29. Generalstreik in Jena gegen Besetzung.





# VOR 50 JAHREN

AM 10. MÄRZ 1939 STARB  
GENOSSE WALTER STOECKER  
IM KZ BUCHENWALD AN  
TYPHUS

Genosse Walter Stoecker wurde am 9. April 1891 als Sohn eines Ingenieurs in Köln geboren, besuchte die Realschule und absolvierte anschließend eine Lehre als Handlungsgehilfe. 1908 wurde er Mitglied der SPD und war dann Redakteur an SPD-Zeitungen in Kiel und Köln. Im Februar 1915 wurde er zum Militär eingezogen und war bis November 1918 Soldat. 1917 trat er zur USPD über und während der Novemberrevolution war er in Köln führendes Mitglied des Aktionsausschusses der Arbeiter- und Soldatenräte. Für die USPD wurde er 1919 in die preußische Nationalversammlung gewählt und 1920 in den Reichstag. Genosse Stoecker war neben anderen die treibende Kraft für den Anschluß an die Komintern und einer der Führer des linken Flügels der USPD. Nach der Vereinigung von KPD und USPD zur VKPD war er Mitglied der Zentrale von 1920 bis 1921, zwei Monate 1921 Mitvorsitzender unserer Partei und zunächst erneut Mitglied der Zentrale von 1923 bis 1924. Gleichzeitig war er Polleiter des Oberbezirks West (Nordrhein-Westfalen) und Mitglied des Reichstages. Nach Auflösung des Reichstags im Oktober 1924 polizeilich gesucht,



Walter Stoecker

erlangte er durch seine Wiederwahl im Dezember erneut Immunität und übernahm den Vorsitz der kommunistischen Reichstagsfraktion. Dem Parlament gehörte er bis Juli 1932 an. Der XI. Parteitag wählte ihn 1927 erneut ins Zentralkomitee. Er blieb bis 1933 Vollmitglied des ZK und leitete auch als Vorsitzender den "Bund der Freunde der Sowjetunion". In der Nacht des Reichstagsbrandes verhaftet, kam er in die KZs Sonneburg und Lichtenburg und 1937 nach Buchenwald, wo er an einer im Lager ausgebrochenen Typhus-Seuche am 10. März 1939 starb. Unsere Partei hat den Genossen Walter Stoecker

als einen von 30 Marxisten-Leninisten der Zentralkomitees von 1919 - 1933 (von insgesamt 128) in ihre Ehrenliste aufgenommen.

## Die KPD ehrt und gedenkt...

Genosse Ernst Aust - Gründer und Führer der KPD - wäre am 12. April 1989 66 Jahre alt geworden. Im Namen der KPD legten wir Blumen auf sein Grab.

Aus Anlaß des 4. Todestages des Genossen Enver Hoxha am 11. April 1989 besuchte eine Delegation die Botschaft der SVR Albanien, um Trauergrüße zu überbringen.

Aus Anlaß des 10. Gründungstages der POOF und der ROPB/ML übersandte das ZK der KPD brüderliche, revolutionäre Kampfesgrüße.





# Offener Brief

A N D I E K P D S T U T T G A R T

Im allgemeinen gehen wir im ROTEN MORGEN nicht auf eurer Differenzen mit unserer Partei ein - vielleicht ein Fehler angesichts der Schwierigkeiten, die unsere Bruderparteien mit der Tatsache haben, daß es zwei sich KPD nennende Organisationen gibt. Aber wir gehen davon aus, daß die Arbeiter in Deutschland sich höchstens am Rande für unsere Meinungsverschiedenheiten interessieren. Doch diesmal möchten wir von unserem Grundsatz abweichen. Anlaß ist ein Beitrag aus Berlin, den Ihr in Eurem ROTEN MORGEN Nr. 2/89 abgedruckt habt.

Wir glauben zu wissen, von welcher Person dieser Beitrag stammt. Sein Verfasser hat vor etwa einem Jahr in der Zeitung "Roter Stern" einen Artikel über Eure Partei geschrieben, der absolut albern und schwachsinnig war. Anlaß war Euer erstes Flugblatt zu Rheinhausen "Stahlarbeiter können noch härter".

Nach einem Eiertanz durch zahlreiche linke Organisationen innerhalb von etwa zwei Jahren (so lange können wir es rückverfolgen) ist dieser Genosse (?) jetzt vorübergehend (?) bei Euch gelandet und schreibt nun über uns genau so verlogen und arrogant, wie er zuvor über Euch hergefallen ist.

Und Ihr? Oder zumindest Eure Redaktion? Ihr druckt

das Geschmier dieses Chamäleons auch noch ab, ohne seine wesentlichen Stellen zu kommentieren! Oder seid Ihr allen Ernstes der Auffassung, unsere Partei hätte, weil sie bei den Kämpfen gegen die IWF-Tagung bzw. beim SEW-Jugendpektakel mit den richtigen Forderungen auftrat, "den ruhmreichen Namen der KPD diskreditiert und in den Dreck gezogen"?

Eure Partei war bei der Anti-IWF-Aktion in Berlin leider nicht anwesend, aufgrund der derzeitigen personellen und kräftemäßigen Schwäche vielleicht verständlich. Wir wissen aus Euren Veröffentlichungen, daß Ihr genau so gegen den Imperialismus kämpft wie wir, und wir gehen davon aus, daß Ihr, wäret Ihr in Berlin gewesen, ähnliche Forderungen erhoben hättet wie wir. Wir erwarten von Euch, daß Ihr Euch öffentlich von den unsere Partei beleidigenden Äußerungen distanzieret.

NACHTRAG:

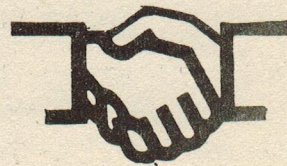
Einige Tage nach der Wahl in Berlin verteilte die DIDF und die TDKP, die mit der KPD Stuttgart zusammenarbeitet, bundesweit ein Flugblatt gegen die Republikaner und andere Neonazis und Faschisten. Unsere Genossen in Gelsenkirchen unterstützten die türkischen Genossen hierbei aktiv.

In einem kurzen anschlie-

Benden Gespräch, das in freundschaftlicher Atmosphäre verlief, stellten wir uns als "von der bösen Eggers-Gruppe" vor, was bei den türkischen Genossen Heiterkeit hervorrief. Sie fragten uns über die Differenzen zwischen Eurer und unserer Partei.

Unsere Genossen stellten als wichtigste Differenz die von uns geforderte proletarische Führung der Kommunistischen Partei heraus, was bei den türkischen Genossen Erstaunen hervorrief. Sie versicherten uns, daß Eure Partei das ebenso sieht - so soll es auf Eurem 7. Parteitag geäußert worden sein. Wir waren über diese Information natürlich sehr überrascht, hatten wir doch aus Euren bisherigen Veröffentlichungen etwas anderes herauslesen müssen.

Wir haben uns über diese Information gefreut und hoffen, daß sie stimmt. Dann stehen unserer Meinung nach Vereinigungsgesprächen auf der Basis gleichberechtigter Parteien keine wesentlichen Hindernisse mehr im Wege. So einen Beitrag wie den aus Berlin fassen wir dann als "Ausrutscher" auf und lassen ihn uns nicht quer aufstoßen.







## DER BEGRIFF VON DEM «GEMEINSAMEN EUROPÄISCHEN HAUS» IM DIENSTE DER SOWJETISCHEN INTERESSEN

„ZERI I POPULLIT“

Die Vertreter der Sowjetunion führen in letzter Zeit intensive, diplomatische Treffen mit Vertretern westeuropäischer Länder,

Der Begriff von dem „gemeinsamen europäischen Haus“ wird als ein Hauptziel der sowjetischen „neuen Politik“ zum Westen propagiert.

Diese ganze Plattform zur Einführung neuer Grenzen in den gesamteuropäischen Beziehungen, unter dem Etikett ihrer Entideologisierung, wird von Gorbatschow und seinen Leuten für das Ziel ausgeschlachtet, das Image der Sowjetunion in Westeuropa zu verändern, um nach innen und nach aussen Vertrauen und Unterstützung für die zukünftigen Pläne zu schaffen. Alle Predigten Gorbatschows, mit denen er den falschen Eindruck erwecken will, zwischen den europäischen Staaten und den Supermächten entstehe ein politischer Status quo und eine stärkere wirtschaftliche Zusammenarbeit, und die Erhaltung dieses Status quo wäre die Rettung, sind nur ein Propagandamanöver, mit dem das jetzige politische Spiel der sowjetischen Supermacht ständig in Rivalität zu den USA kaschiert werden soll. Die Gesamtheit der Interessen Europas entspricht nicht mehr den amerikanischen in dem Masse wie vor einigen Jahren.

Der Begriff von dem „europäischen gemeinsamen Haus“ strebt unter diesen Umständen die traditionellen Ziele der Sowjetunion an, die amerikanische Präsenz in

Europa wettzumachen und Europa von den Vereinigten Staaten von Amerika abzusondern. Sie ist sehr darauf angewiesen, dass Westeuropa sie bei den Bemühungen unterstützt, ihre wirtschaftlichen und politischen Reformen zu verwirklichen, zu einer Zeit, da Washington nicht dazu geneigt ist. Kapitalien und moderne Technologie im erforderlichen Maße zu gewähren, da es hierbei um Kampf um die Überlegenheit zwischen den beiden Supermächten geht. Die Sozialimperialisten berechnen ein, dass sie Westeuropa wie ein reiches, lebenswichtiges Hinterland gerade jetzt brauchen, da sich eine Periode der „Feuerruhe“ mit den USA abzeichnet, die sie für die Stärkung ihrer Wirtschaft, sowie dazu brauchen, unter den heutigen Bedingungen die Möglichkeit zu finden, die Strategie des Hegemonismus im Weltmassstab fortzusetzen. Der Handelsaustausch mit Westeuropa macht rund 80 Prozent des Handelsaustausches mit dem West aus; ebenso bleibt Westeuropa ihr wichtigster Lieferant von Maschinen und anderen Industrieerzeugnissen. Wie berechnet wurde, stammt der fünfte Teil eines Drittels der Industrieausrüstungen, die die Sowjetunion letztlich importiert hat, aus Westeuropa. Der Handelsaustausch mit den Vereinigten Staaten von Amerika ist viel geringer, er beträgt fast nur ein Viertel des Handelsaustausches mit der Bundesrepublik Deutschland. Zwei Drittel der Importe aus den USA bestehen aus Agrarerzeugnissen, die sie, im Unterschied zu technologisch sehr fortgeschrittenen Industrieerzeugnissen, sehr leicht

aus anderen Ländern des Weltmarkts einschliesslich den EG-Ländern beziehen kann. Aus diesen wenigen Daten ergibt sich, dass die Beziehungen der Sowjetunion zu Westeuropa, wie auch zu Japan, für Moskau wichtiger sind, als der sowjetisch-amerikanische Handelsaustausch.

In dieser Hinsicht erhält die Parole von dem „gemeinsamen europäischen Haus“ eine dreifache, wirtschaftliche Bedeutung für die Sowjetunion: die von dem Koordinierungskomitee für die multilaterale Exportkontrolle festgelegte Barriere zu durchbrechen, mit der die Verlegung von hoch technologischen Produkten verboten ist; die Gründung von gemeinsamen Betrieben, mit denen die Last der Investitionen im Bereich der modernen Technologie und die Last der militärischen Rüstung, die weiterhin 15-17 Prozent des Nationalprodukts beanspruchen, gelindert werden soll und drittens das Haushaltsdefizit zu denken. Bei diesen Vorhaben nimmt das westeuropäische Kapital, das inzwischen mit dem Vorschlag für einen „Marshall-Plan“ für die Sowjetunion und Osteuropa aufgetreten ist den Hauptplatz ein. Die ersten Ergebnisse davon sind bereits zu spüren. Auf 9 Milliarden Dollar beläuft sich in letzter Zeit die von den Banken Westeuropas versprochene Summe, mit der Moskau die Möglichkeit gegeben wird, sein Haushaltsdefizit von 37 Milliarden Rubeln zu reduzieren und mit den Problemen der wirtschaftlichen Auslandsbeziehungen fertig zu werden. ●





# KPD-INITIATIVE ZUR SCHAFFUNG EINER AKTIONSEINHEIT GEGEN DEN GORBIS-BESUCH IM JUNI 1989

Am 18. März 1989 lud die KPD alle revolutionären Kräfte in der BRD nach Köln ein, um ein gemeinsames Vorgehen gegen den Gorbatschow-Besuch im Juni ins Auge zu fassen. Was hat die KPD zu dieser Initiative bewogen?

Wir vertreten von Anfang an einen antirevisionistischen politisch-ideologischen Kurs. Das heißt:

Wollen die revolutionären Kräfte die Massen im Kampf um die sozialistische Revolution organisieren und führen, müssen sie eine Einheitsfront bilden. Gegen wen? Gegen die ärgsten Klassenfeinde des Proletariats, d.h. gegen den westdeutschen Imperialismus und gegen alle, die sich gemeinsam mit ihm an der internationalen Ausbeutung und Unterdrückung der Völker beteiligen. Dies tun die Sowjetrevisionisten schon seit Chruschtschow. Aber Gorbatschows Besuch wird noch bestehende Schranken niederreißen, die der Profitgier der Imperialisten in Ost und West im Wege standen. Gorbatschow ist ein Verbrecher. Er unterdrückt die Völker der Sowjetunion und ihrer Vasallenstaaten und beutet sie aus. Er marschiert in fremde Länder und hält sie militärisch besetzt, nicht zuletzt auch die DDR. Er rüstet weiter auf und gefährdet den Weltfrieden durch sein Hegemoniestreben und seinen Konkurrenzkampf mit dem USA-Imperialismus. Er ist Vertreter einer Supermacht, die die internationale Sicherheit aufs äußerste bedroht. Er ist ein Feind der europäischen Völker. Er arbeitet mit Imperialisten, Reaktionären und Faschisten zusammen und verrät den Befreiungskampf der Völker. Er ist der größte lebende Verräter am Marxismus-Leninismus und hat das revolutionäre Erbe Lenins und Stalins an den Kapitalismus verkauft.

Gorbatschow versteckt sich hinter einer sympatisch aussehenden Maske. Er versteht es, die ehrlichen Hoffnungen der Völker zu wecken als Friedensengel, Reformier, Revolutionär, was auch immer gut ankommen mag.

Dies macht ihn um so gefährlicher und das machen sich auch die Imperialisten im Westen zunutze. Sie veranstalten Sympatiawellen in ihren Medien und das nicht nur fürs zukünftige Geschäft. Mit Gorbatschows Namen läßt es sich auch gut gegen den Kommunismus kämpfen, zB gegen Stalin!

Also ist klar:

Die Arbeiterklasse und die Völker können sich nur befreien, wenn sie nicht nur die Kapitalisten zum Teufel jagen, sondern auch die Revisionisten. Wir streben einen Sozialismus an, in dem es keinen Platz für solche Leute wie Gorbatschow gibt.

Die KPD freut sich darüber, daß es viele Organisationen hier in der BRD gibt, die den Revisionismus bekämpfen.

Wir freuen uns besonders über jene Organisationen, die wegen der Zusammenarbeit nach Köln gekommen sind, um ein gemeinsames Vorgehen zu beraten.

Hierzu zählten Genossinnen und Genossen der FAU (HD) - A und der Schwarzen Garde, der EMEK, ATIF, Proletaryanin Yolu", sowie der MLPD.

Es wurde ein weiteres Vorbereitungstreffen für den 16. April um 11.00 Uhr im MLPD-Büro Bergisch-Gladbacher Str. 103 in 5000 Köln-Mühlheim vereinbart. Für die Aktionseinheit werden Entwürfe erarbeitet und zur gemeinsamen Beratung vorgelegt. Es soll sich ein Aktionskomitee bilden, um die Arbeit in die Hand zu nehmen.

Die Notwendigkeit unserer Initiative hat sich bestätigt und die Ergebnisse der Konferenz sind positiv zu bewerten. Ein gemeinsamer Wille ist vorhanden, jetzt kommt es darauf an, daß er sich auch in gemeinsames, solidarisches Handeln umsetzt. Erfolgreiche Zusammenarbeit ist die Grundlage für ein festes Bündnis der revolutionären Kräfte und der Schmiedung der Einheitsfront der Arbeiterklasse für das Ziel der proletarischen Revolution.

Wir würden es uns zu einfach machen, wollten wir aus der Abwesenheit anderer Organisationen schlußfolgern, daß sie die Aktionseinheit ablehnen. Aber wir fragen uns natürlich, was einzelne Organisationen dazu bewogen haben könnte, eventuell existierende Differenzen höher zu stellen als das gemeinsame Interesse am Kampf gegen den Revisionismus, als die Aktionseinheit gegen den Gorbatschow-Besuch.

Wenn die revolutionären Kräfte nicht fähig sind, eine antirevisionistische Front zustande zu bringen, schwächt das die Revolution und nützt nur dem Klassenfeind.

Die KPD ruft daher nochmals alle revolutionären Kräfte auf, sich an den gemeinsamen Vorbereitungen zu beteiligen oder zumindest darzulegen, warum nicht.

Sicherlich ist die Frage der Wirkungsmöglichkeit einer gemeinsamen Aktion, zB einer Demonstration, wichtig, aber wichtiger ist doch unsere prinzipielle Haltung. Die KPD stand 1973 gegen den Breschnew-Besuch in vorderster Front und sie steht auch gegen den Gorbatschow-Besuch an vorderster Front, gemeinsam mit anderen revolutionären, antirevisionistischen Kräften.

Vorbereitungstreffen:

16. April 1989 - 11.00h im MLPD-Büro Bergisch-Gladbacher Str. 103 - 5000 Köln-Mühlheim.





### Fortsetzung von S.4

wie wir den Partisanen in El Salvador und ihrem Sender "Radio Venceremos" unsere Unterstützung zusichern.

Die Siege an der diplomatischen Front, die durch die legitimen Vertreter des leidgeprüften palästinensischen Volkes, die PLO, errungen wurden, erfüllen uns mit großer Freude und Genugtuung. Der Volksaufstand in den von Israel besetzten Gebieten wird letztendlich trotz allen Terrors der Okkupanten siegen.

Aber auch Asien bleibt von den Komplotten und Verschwörungen der beiden Supermächte nicht verschont. Das sozialistische Vietnam und Kambodja sind seit Monaten verschärftem Druck aus Moskau ausgesetzt, damit sie einer sogenannten Konfliktregelung zustimmen. Worum geht es hier im Konkreten? In trauter Zusammenarbeit mit dem US-Imperialismus soll hier ein "Deal" gegen die Völker Indochinas ablaufen, der den Massenmördern um Pol Pot zu einer Regierungsbeteiligung in Kambodja verhelfen soll. Unter dem Mantel der "nationalen Aussöhnung" wird eine Wiederholung der blutigen Tragödie der Jahre 1975-1979 geplant. Dies darf nie geschehen. Deshalb bedingungsloser Kampf gegen die Pol-Pot-Banden, diese Söldlinge Pekings und der USA..

Auch auf dem "schwarzen" Kontinent soll, wenn es nach dem Willen von Bush und Gorbatschow geht, dem nationalen



Befreiungskampf das Wasser abgegraben werden. Während das Rassistenregime Südafrikas auch weiterhin seine Söldnerbanden gegen Mozambique und Angola in Aktion setzt, fordert Moskau Kuba auf, seine Truppen abzuziehen. Gerade Angola ist tagtäglich Opfer südafrikanischer Aggressionshandlungen und wird nun von seinem angeblichen Verbündeten Sowjetunion im Stich gelassen. Die Politik der heutigen Kremlherrscher sollte für alle nationalen Befreiungsbewegungen eine heilsame Lehre sein. Im Gegensatz zur Zeit, als Genosse J.W.Stalin an der Spitze der UdSSR stand, haben die Gorbatschow und Co den proletarischen Internationalismus längst verraten.

In dieser kapitalistisch-revisionistischen Welt der Finsternis, die ge-

prägt ist von schreiender sozialer Ungerechtigkeit, Not und Hunger, erscheint die Sozialistische Volksrepublik Albanien allen Ausgebeuteten und Unterdrückten wie ein Leuchtturm in dunkler Nacht, der den Weg zur Befreiung weist. Dort, an den Ufern der Adria, leben heute über 3 Millionen Menschen wirklich frei, für sie hat die Zukunft schon begonnen. Während in Kosovo zwei Millionen ihrer Landsleute einem brutalen großserbischen Terror ausgesetzt sind, begehen die Werktätigen in Tirana und im ganzen Land diesen Roten 1.Mai 1989 in einer glänzenden Situation politischer Stabilität und wachsenden sozialen Wohlstands. Die KPD entbietet ihre Kampfesgrüße der Partei der Arbeit Albaniens mit Genossen Ramiz Alia an der Spitze. Das Vermächtnis Enver Hoxhas wird erfüllt, und das erfüllt auch die klassenbewußten Arbeiter unserer Heimat mit großem Stolz.

Liebe Kolleginnen und Kollegen!  
Liebe Freunde und Genossen!

Das Zentralkomitee der KPD spricht an diesem Roten 1.Mai 1989 allen Mitgliedern und Freunden seinen Dank aus, die durch ihre Opferbereitschaft, ihren Mut und ihre Tatkraft dazu beigetragen haben, das Banner des Wissenschaftlichen Sozialismus nicht sinken zu lassen. Der 7. Parteitag konnte erfolgreich abgeschlossen werden. Seine Beschlüsse gilt es mit





Leben zu erfüllen und aktiv umzusetzen. Die Generallinie unseres Handelns ist die Politik der Roten Einheitsfront gegenüber allen anständigen Mitgliedern von DKP und SEW, die von ihren verräterischen Führern schamlos belogen werden, um sie von den Ideen des Kommunismus fernzuhalten. Diese einfachen DKP- und SEW-Mitglieder sind unsere Klassenbrüder ebenso wie der sozialdemokratische Kollege. Um ihre Herzen und Hirne gilt es zu ringen. Perspektivisch ist ihr Platz in den Reihen der KPD. An diesem 1. Mai ruft unsere Partei alle Werktätigen in Stadt und Land erneut auf, ihre Zeitung "ROTER MORGEN" noch mehr durch neue Abonnements und Leser, durch Korrespondenzen zu unterstützen. unter der bewährten Führung des auf dem 7. Parteitag zum Vorsitzenden der KPD gewählten Genossen Wolfgang Eggers werden wir siegreich voranschreiten. Klassenbrüder, reiht Euch ein! Werdet Mitglied der KPD. Kämpfen wir gemeinsam für den Sieg des Sozialismus in ganz Deutschland!



Unser verstorbener Vorsitzender Ernst Aust  
in freundschaftlichem Gespräch mit Enver Hoxha

**VERANSTALTUNG:** DIE BEZIRKSGRUPPE WESTBERLIN DER KPD LÄDT EIN!

**"DIE KPD ZEIGT DEN AUSWEG"**

**Veranstaltung der KPD zum Roten 1. Mai 1989 in Westberlin**

**Es spricht: Wolfgang Eggers, der Vorsitzende der KPD**

**Wann und wo? Am Sonnabend, 30. April, um 18 Uhr  
im "Blüchertreff", Berlin 61,  
Blücherstr. 59**





# LOSUNGEN DER KPD ZUM ROTEN 1.MAI 1989

GEGEN MASSENARBEITSLOSIGKEIT, KURZARBEIT UND WACHSENDES ELEND -  
SCHAFFT DIE ROTE EINHEITSFRONT ALLER WERKTÄTIGEN !

GEGEN LOHNRAUB, TEUERUNG UND POLITISCHE UNTERDRÜCKUNG !  
VEREINIGT EUCH IM REVOLUTIONÄREN KLASSENKAMPF GEGEN DAS KAPITAL UND SEINE HANDLANGER !

ARBEITER, DIE FAUST GEBALLT - GEGEN FASCHISMUS HILFT NUR GEWALT !

BILDET SELBSTSCHUTZORGANE GEGEN NEONAZITERROR -  
VORWÄRTS ZUR ANTIFASCHISTISCHEN AKTION !

NUR DER GRIFF DER MASSEN ZUM GEWEHR SCHAFFT DEN SOZIALISMUS HER !

ES LEBE DIE SOZIALISTISCHE VOLKSREPUBLIK ALBANIEN - DAS BOLLWERK DES FRIEDENS UND DES SOZIALISMUS, DAS VATERLAND ALLER WERKTÄTIGEN !

"DER FRIEDEN WIRD ERHALTEN UND GEFESTIGT WERDEN, WENN DIE VÖLKER DIE SACHE DES FRIEDENS IN IHRE HÄNDE NEHMEN UND DIESEN BIS ZUM ÄUSSERSTEN VERTEIDIGEN" - J.W.STALIN

BRD raus aus der NATO! AMI GO HOME !

GEGEN DAS EUROPA DER MONOPOLE - FÜR DAS EUROPA DER ARBEITERKLASSE !

GORBATSCHOW, VERRÄTER AM KOMMUNISMUS - RAUS AUS DER BRD!  
ES LEBE DER BESTE FREUND DES DEUTSCHEN VOLKES - STALIN

ES LEBE DIE KOMMUNISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS UND IHR ZENTRALKOMITEE MIT WOLFGANG EGGERS AN DER SPITZE !

UNTER DEM BANNER VON MARX, ENGELS, LENIN UND STALIN - VORWÄRTS ZU NEUEN SIEGEN IM KAMPF FÜR FRIEDEN UND SOZIALISMUS

## Abonniert das Zentralorgan der KPD

**ROTER  MORGEN**

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

### I M P R E S S U M

#### Herausgeber:

Zentralkomitee der KPD  
Kommunistische Partei  
Deutschlands  
v.i.S.d.P., Redaktion  
und Vertrieb:

Winfried A. Karsten  
Hohenstauffenallee 32

4650 Gelsenkirchen

EIGENDRUCK IM SELBSTVERLAG  
monatl.Erscheinungsweise

Einzelpreis 2,-  
Abopreis 1 Jahr 24,-

Abonnementsgebühren sind  
nach Erhalt der Voraus-  
rechnung zu zahlen. Die  
Lieferung erfolgt nach  
Zahlungseingang.

Abonnementskündigung  
zum Jahresende (Postein-  
gangsdatum 31.11)

PSK Hamburg 490067-208  
Arthur Dankers  
Erlenweg 4, 2121 Neetze

## Bestellt Informationsmaterial der KPD

- ☐ Ich bitte um Zusendung einer Probenummer
- ☐ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien
- ☐ Ich möchte zu Veranstaltungen eingeladen werden
- ☐ Ich möchte Mitglied der KPD werden

Name .....

Vorname .....

Straße .....

PLZ/Ort .....

Bestellungen an:

Winfried Karsten,  
Hohenstauffenallee 32  
4650 Gelsenkirchen